

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw — 9

Kontroversen zur Wirtschaftspolitik



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Harsewinkel), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Wiesbaden), Arno Brandt (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Clausthal-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion: Ilse Bettstein, Robert Brögeler, Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Michael Zenz.

Sekretariat: Ilse Bettstein, Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Christiane Rix-Mackenthun

Redaktion und Vertrieb: Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: (030) 8342422

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699.

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktober Druck, Berlin-Kreuzberg. Umschlaggestaltung: Amelie Glienke. — Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1980

Die *spw* erscheint in 4 Hefen jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 420 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 7,70 DM, in der Republik Österreich 60,— ÖS, in der Schweiz 8,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 5,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 6,— DM (45,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BFG) Berlin 1115028300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt des spw-Verlages, sowie — in Teilaufgaben — eine Zahlkarte, einen Bestellzettel für Geschenkabos und eine Abo-Rechnung 1981 des spw-Verlages.

Inhalt

Editorial	3
-----------------	---

Aktueller Kommentar

Erik Nohara

Friedenssicherung in Mitteleuropa.....	5
--	---

Diskussionsschwerpunkt: Kontroversen zur Wirtschaftspolitik

Frank Beckenbach

Sozialistische Steuerpolitik.....	9
-----------------------------------	---

Hermann Kepplinger

Verstaatlichte Industrie als Instrument des Staatsinterventionismus.....	39
--	----

Christiane Rix-Mackenthun

Die Antwort der britischen Labour Party auf die Herausforderungen des Thatcherismus.....	49
---	----

Außerhalb des Schwerpunktes

Michael Häupl

Von Otto Bauer zu Franz Bauer

Zur Situation der österreichischen Sozialdemokratie.....	61
--	----

Interview

Henning Scherf und Günter Beling zum Wahlausgang.....	65
---	----

Interview mit dem Vorsitzenden der Schweizer Jungsozialisten, Andreas Gross...	79
--	----

Dokumentation

Heinz Hawreliuk

Einheitsgewerkschaft und innerorganisatorische Demokratie.....	83
--	----

»10-Punkte-Programm für ein sauberes Österreich«.....	94
---	----

Die Konsequenzen aus der Entspannungspolitik ziehen

Berliner Juso-LDK-Beschluß vom Juli 1979.....	95
---	----

Berichte

Ludwig Eitel

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall.....	99
---	----

Anmerkungen zum HBV-Gewerkschaftstag.....	103
---	-----

Buchbesprechungen

<i>Josef Hindels und Peter Pelinka</i> : Roter Anstoß - Der »Österreichische Weg«.....	107
--	-----

<i>Uwe Wesel</i> : Der Mythos vom Matriarchat.....	110
--	-----

Über die Autoren.....	113
-----------------------	-----

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

DAS
ARGUMENT
124

Materialistische Politiktheorie.
Staatstheorie. Krise der Parteien.
»Außenpolitik«. Polen. Kulturpolitik
in Schweden. Sozialistische Strategie.
Jäger, Offe, Steinhaus u.a.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-)



Projekt Ideologie Theorie (PIT):
Das Ideologische in marxistischen Fa-
schismustheorien. Die faschistische
Modalität des Ideologischen. Die Reor-
ganisation des 1. Mai. Erziehung des
faschistischen Subjekts.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Opferritual und Volksgemeinschafts-
diskurs. »Betriebsgemeinschaft«.
Gebauter Nationalsozialismus. Litera-
turverhältnisse. Reichsparteitagsfilm.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Editorial

Seit Jahren wird die sozial-liberale Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik von fortschrittlichen, links-keynesianisch argumentierenden Wissenschaftlern sowie von einer wachsenden Zahl von Gewerkschafter kenntnisreich kritisiert. Diese Kritik drückt sich einmal in gewerkschaftswissenschaftlichen Stellungnahmen aus: Man denke an die Monographien »Krise der Wirtschaftspolitik« (1978) und »Wirtschaftspolitik — kontrovers« (1979), die im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag erschienen. Zum andern in den empirisch und theoretisch von Jahr zu Jahr gehaltvolleren »Memoranden« alternativer Wirtschaftswissenschaftler: Man beachte besonders das jüngste Memorandum, das ebenfalls im Bund-Verlag unter dem Titel »Gegen konservative Formierung — Alternativen der Wirtschaftspolitik« (1980) erschien. In der Ablehnung der herrschenden Wirtschaftspolitik, deren Konzepte und Instrumente auf Gewinnmaximierung beschränkt bleiben, und ihrer wechselnden Rechtfertigungen durch die offizielle Wirtschaftswissenschaft (neuerdings: Monetarismus), ist sich die Linke weitgehend einig. Innerhalb der SPD wird eine wirtschaftspolitische Debatte, die solches Niveau beanspruchen könnte, seit 1975 (Orientierungsrahmen '85) allerdings kaum mehr geführt.

Angesichts des daraus resultierenden Dilemmas versuchen die in diesem Schwerpunkt veröffentlichten Aufsätze Orientierungspunkte für eine linkssozialdemokratische Alternative zum vorherrschenden Krisenmanagement zu liefern. Gerade vor dem Hintergrund der publikumswirksam geführten konservativen Diskussion um die »Staatsverschuldung« und der von der sozialliberalen Regierungskoalition in den jüngsten Koalitionsvereinbarungen fortgeschriebenen Forderung nach einer »Drosselung der Staatsausgaben« gewinnt die Untersuchung von Frank Beckenbach an aktueller Bedeutung. Beckenbach fragt nach den Grundlagen, Prinzipien und Perspektiven einer Sozialistischen Steuerpolitik. Eine Frage, die — wie er nachweist — sowohl von kritischen Gewerkschaftern wie von den Alternativökonomern als Hebel für eine sozial verantwortliche Politik noch nicht hinreichend thematisiert worden ist. Ausgehend von der Untersuchung der klassenspezifischen Struktur des Steueraufkommens und seiner Verwendung, stellt er die Frage, inwieweit die Steuer, das Hauptelement der Staatseinnahmen, als nicht-marktmäßige Zugriffsform auf den gesellschaftlichen Reichtum Keimformen einer zukünftigen Gesellschaftsformation enthält. Von welchen Organisationen kann nach welchen Kriterien eine Korrektur des Steuersystems erfolgen, die als Moment einer sozialistischen Politikstrategie schon innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft dazu beiträgt, daß die soziale Lage der Lohnabhängigen verbessert wird? Beckenbach's Darstellung der SPD-Steuerreform von 1975 verdeutlicht, daß die daraus resultierenden Veränderungen der Struktur des Steueraufkommens (und die von der Arbeiterbewegung weitgehend akzeptierten Umverteilungsstrategien) sowie die damals geführte Diskussion um die Funktionsweise des Steuersystems »diffus« geblieben sind.

Deshalb fragt er zu Recht, »welchen Beitrag die älteren — hinsichtlich gesellschaftstheoretischer Grundlagen und tagespolitischer Anforderungen — wesentlich prägnanteren Debatten der Steuerfrage für die Vermittlung leisten können«. Seine Auseinandersetzung mit den traditionsreichen sozialdemokratischen, noch auf der Marx'schen Theorie basierenden Steuerkontroversen (repräsentiert durch Lassalle, Kautsky, Bernstein und Renner) bietet ausgezeichnete Anknüpfungspunkte für die Strategie einer »Sozialistischen Steuerpolitik«, deren Stellenwert lange verkannt wurde.

Zweifelloos populärer als die Erarbeitung einer linkssozialdemokratischen Steuerstrategie ist die Debatte um die Verstaatlichung, Vergesellschaftung der Industrie als Moment des Transformationsprozesses. (Die unterschiedliche Gewichtung beider Politikbereiche in den »Herforder Thesen« ist aufschlußreich genug.) Hermann Kepplinger stellt in seinem Beitrag die Besonderheiten der in weiten Teilen direkt oder indirekt verstaatlichten österreichischen Wirtschaft vor. Durch Ausnutzung nachkriegsbedingter Umstände wurden 1945/46 in allen volkswirtschaftlich relevanten Produktionsbereichen verstaatlichte Industriebereiche errichtet. Kepplinger geht von der Tatsache aus, daß die allgemeine Wirtschaftskrise in den OECD-Ländern in Österreich einen untypischen Verlauf nahm, wenn etwa die Beschäftigungsrate als Vergleichsindikator genommen wird. Er fragt deshalb, »ob der relativ große verstaatlichte Sektor nicht eine zusätzliche Instrumentenvariable darstellt, die quantitativ und qualitativ im Rahmen der staatsinterventionistischen Politik von besonderer Bedeutung ist«.

In Österreich gelang es der SPÖ durch das wirtschaftspolitische Instrumentarium der verstaatlichten Industrie, eine relativ erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik zu betreiben — im Gegensatz zur konservativen Thatcher-Wirtschaftspolitik in Großbritannien. Christiane Rix-Mackenthun zeigt in ihrem Aufsatz zunächst die sozialen und ökonomischen Konsequenzen des Thatcherismus auf; darüber hinaus fragt sie nach der Antwort der Labour-Party und der Gewerkschaften auf die Herausforderung des »neuen Konservatismus«. Der kürzlich in Blackpool abgehaltene Parteitag der Labour-Party gibt nicht nur über die Konturierung eines wirtschaftspolitischen Gegenprogramms Aufschluß, sondern ebenso über die innerorganisatorische Verfaßtheit der Partei. Rix-Mackenthun kommt zu dem Schluß, daß »die Entscheidungen des Parteitages der LP zur inneren Struktur (...) als historisch bezeichnet werden« können. Denn sie »schaffen die Voraussetzung zur Durchsetzung der politischen Programmatik in der Regierungspolitik einer Partei, in der in den 70er Jahren Mehrheiten für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft entstanden sind.«

Der schon angekündigte Beitrag von Rudolf Hickel konnte aus technischen Gründen nicht erscheinen.

Klaus-Peter Kisker

Aktueller Kommentar

Erik Nohara

Friedenssicherung in Mitteleuropa*

Zum Stand der Beziehungen Bundesrepublik — DDR

Die neue Ost- oder DDR-Politik der Bundesrepublik ist am 28. Oktober 1980 genau elf Jahre alt geworden. Heute, da sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sichtlich in einer Krise befinden, tut man gut daran, die Grundzüge dieser Umorientierung noch einmal zu skizzieren, die von Bundeskanzler Brandt wenige Wochen nach der Wahl der sozialliberalen Koalition vor dem Bundestag vorgetragen wurden. Das Gütesiegel von damals gilt noch heute.

Das Neue wurde in vorsichtigen Formulierungen verpackt. Es kann in sechs Punkten zusammengefaßt werden: Erstens wurde die Existenz zweier deutscher Staaten indirekt anerkannt (»Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland ...«). Zweitens wurden dem Ministerrat der DDR beiderseitige Verhandlungen »ohne Diskriminierung« in Aussicht gestellt. Drittens bekannte sich die neue Regierung zum Gewaltverzicht — »auch gegenüber der DDR« (ohne Anführungszeichen). Damit hatte man zu verstehen gegeben, daß man die osteuropäischen Staaten nicht gegeneinander auszuspielen beabsichtige, daß also ein solcher Gewaltverzicht auch gegenüber den anderen osteuropäischen Staaten und hier besonders gegenüber der UdSSR angestrebt werde. Viertens wurde angekündigt, die Bundesregierung werde an die Westmächte herantreten mit der Bitte, die »Besprechungen mit der Sowjetunion über die Erleichterung und Verbesserung der Lage Berlins mit Nachdruck fortzusetzen«. Fünftens wurde der »Ausbau der nachbarlichen Handelsbeziehungen« mit der DDR befürwortet. Und sechstens schließlich wurde mit bisher im offiziellen westdeutschen Sprachgebrauch unbekanntem Formulierungen auf eine gewisse Gemeinsamkeit der Auffassungen aufmerksam gemacht — so mit der Feststellung vom »Nationalen Verrat des Hitler-Regimes« oder mit dem Appell, daß ein »geregeltes Nebeneinander« zu einem »Miteinander« führen und damit zum »Frieden in Europa« beitragen können. Gerade dieser letzte Punkt sollte rückblickend nicht unterbewertet werden.

Nicht zufällig waren nun für die Ostpolitik zwei SPD-Funktionäre verantwortlich, die ungeachtet der schon seit Jahrzehnten bestehenden Differenzen doch eines — durchaus nicht Nebensächliches — mit den SED-Führern gemeinsam hatten: nämlich die Herkunft aus dem antifaschistischen Exil bzw. Widerstand.

Berücksichtigt man die vorangegangene Frontenstellung in der Periode des Kalten Krieges, ist es verblüffend, wie schnell sich das »Nebeneinander« zum

* Vgl. auch die Dokumentation des Berliner Juso-LDK-Beschlusses vom Juli 1979, in diesem Heft, S.95ff.

»Miteinander« verändern ließ. Bereits im August 1970 war der Vertrag mit der Sowjetunion unter Dach und Fach. Im November begann der Dialog zwischen Egon Bahr und Michael Kohl, bereits einen Monat später war der Vertrag mit der VR Polen ausgehandelt, ein Jahr später folgte das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, und am 8. November 1972 konnte der Grundlagenvertrag mit der DDR paraphiert werden. Dies wiederum wirkte sich auch auf den Handel zwischen der BRD und der DDR positiv aus: Der Umsatz konnte von 1969 bis 1978 auf 8,8 Milliarden Verrechnungseinheiten erhöht, also beinahe verdreifacht werden. Und da Warenaustausch immer auch gegenseitige Abhängigkeiten produziert, hatte man damit zu verstehen gegeben, daß diese Interdependenz gegenseitig nicht als riskant angesehen wurden, daß also ein minimales Vertrauen zueinander bestand. Für das laufende Jahr rechnet man mit einem Umsatz von rund 11 Milliarden Verrechnungseinheiten. Die Sicherung von Arbeitsplätzen hier und die Erfüllung der 5-Jahr-Pläne drüben sind heute schwer trennbar mit dem Handelsaustausch verbunden.

Die immateriellen Vorteile von den »menschlichen Erleichterungen« bis zum »Klima der Entspannung« lassen sich nicht in Zahlen ausdrücken. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres hatte es den Anschein, daß für ein perfektioniertes Miteinander, ungeachtet der ideologischen Abgrenzung, nur noch zwei weitere Vertragswerke erforderlich wären, nämlich das seit langem ausstehende Kulturabkommen und die Übereinkunft hinsichtlich des Umweltschutzes mit der Kaliseuchung der Werra und Weser als schwerwiegendem Problembereich.

Es spricht nun viel dafür, daß die seit dem Herbst 1979 eingetretene Verschlechterung der Beziehungen sich um so unkontrollierter und damit gefährlicher durchsetzen konnte, als sie von den beiden deutschen Staaten nicht beabsichtigt war, sondern durch die Nebenwirkungen äußerer, wenn auch mitverschuldeter Umstände verursacht wurde. Auch hier sollen wiederum nur die Stufen der abwärts führenden Wendeltreppe in ihrem chronologischen Ablauf benannt werden: Die zurückgestellte SALT-Ratifizierung im amerikanischen Senat im Spätherbst, der von der BRD der mit herbeigeführte sogenannte NATO-Nachrüstungsbeschluß Anfang Dezember 1979, das sowjetische Eingreifen in den Bürgerkrieg in Afghanistan Ende des gleichen Monats sowie die im Juli 1980 beginnende Streikbewegung in Polen — Ereignisse, die zusammengenommen schließlich in die abrupte Aufkündigung der Schmidt-Honecker-Begegnung im August 1980 einmündeten.

Mit mehreren — vielleicht gewagten — Prämissen unterstellen wir nun, daß beide Seiten die Ursachen des Tiefs erkannt haben und gleichermaßen überwinden wollen. Die Dialektik der Verflechtung in die jeweiligen übernationalen Gesellschaftssysteme hat für die beiden deutschen Staaten zur Folge, daß sie nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch militärisch an die jeweilige Führungsmacht angebonden sind, daß ihre Beziehungen zueinander also einerseits durch die Konflikte zwischen den USA und der UdSSR bis hin zur »innerdeutschen« Friedensgefährdung beeinträchtigt werden, daß sie sich jedoch anderer-

seits von den militärischen Bündnissen schon deshalb nicht abkoppeln dürfen, weil dies hüben wie drüben den Frieden noch mehr bedrohen würde. Mit anderen Worten: Die Zugehörigkeit zur NATO bzw. zum Warschauer Pakt ist hauptverantwortlich für den Tiefstand der Beziehungen, aber die zwischen-deutsche Friedensgefährdung wäre noch intensiver und weltweiter, wenn beide Staaten in gegenseitiger Absprache die jeweiligen Bündnisse verlassen würden.

Da dieser vermeintliche radikale Ausweg in Wirklichkeit ein Irrweg wäre, bleibt als Lösung nur übrig, die einzelnen Konfliktbereiche auf ihre Ursachen hin zu analysieren und abschließend zu fragen, wie die Linke hierzulande als weithin außerparlamentarische Kraft zur Konflikt-Aufhebung beitragen kann. Da ist zum einen der Rüstungsbeschluß der NATO. Da hier Analysen wie Empfehlungen zur Genüge vorliegen, erübrigt sich eine weitere Erörterung. Zu fragen wäre allerdings, ob in der Agitation gegen die Pershing-II und die Marschflugkörper bereits alle Phantasie und Findigkeit ausgeschöpft sind. Zweitens sind da die innergesellschaftlichen Konflikte in Polen. Sie bilden nur deshalb ein die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD belastendes Problem, weil es nach dem Propaganda-Selbstverständnis der DDR nicht geben kann, was es nicht geben darf (nämlich brisante innergesellschaftliche Konflikte im Sozialismus), weil die DDR-Medien deshalb über die Vorgänge nicht oder nur manipulativ berichten, während die Medien der Bundesrepublik umgekehrt die Streiks so herausstreichen, als würden sie in München oder Hamburg und nicht in Gdansk oder Sczezyn stattfinden und damit dem Revanchismus-Vorwurf Vor-schub leisten.

Doch da die Medienpolitik nicht zwischenstaatlich geregelt werden kann (oder sollte), ist der Zusammenhang zwischen Westfernsehen und Polen ausschließlich ein Problem der DDR. Dabei täte man hierzulande wie auch in der DDR gut, wenn man die Rezeptionsgewohnheiten der DDR-Bevölkerung berücksichtigen würde. Wenn das DDR-Fernsehen einen Mangel oder Widerspruch nicht oder nur verfälschend benennt, vermutet der Bürger drüben (meist zutreffend), dieses Problem werde von den zuständigen Behörden fälschlicherweise für gegenwärtig unlösbar gehalten. Der gleiche Zukunftsoptimismus veranlaßt den DDR-Zuschauer des Westfernsehens zu der Annahme, die dort in aller Ausführlichkeit behandelten Probleme bürgerlicher Gesellschaften seien nicht nur lösbar, sondern würden von den Autoritäten bei uns auch demnächst gelöst. Der DDR-Optimist übersieht dabei den Sachverhalt, daß hierzulande gerade diejenigen Widersprüche bis zum Exzeß öffentlich erörtert werden, die sich unter den gegebenen Bedingungen nicht aufheben lassen.

Ein Stein des Anstoßes in den Beziehungen ist weiterhin die von der DDR geforderte und von der Bundesregierung entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) abgelehnte Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Eine Annäherung scheint so lange undenkbar, wie das BVG sich in seiner Sicht des Deutschlandfrage nicht freiwillig der Wirklichkeit annähert. Nur zu viele entspannungsfreundliche Bundesbürger halten die Staatsbürgerschaft für eine

DDR-spezifische Marotte — etwa vergleichbar mit den Springer-Anführungszeichen. Sie wissen nicht, daß sich die BRD über ihr Konsulate im westlichen Ausland noch heute bei allen DDR-Bürgern für zuständig hält und in dieser durch das normale Völkerrecht nicht abgedeckten Betrachtungsweise von den Regierungen des Westens unterstützt wird. Hier wäre immerhin eine Veränderung der Praxis möglich und dringend erforderlich, die den Buchstaben der BVG-Interpretation nicht verletzen müßte. Erhebliche Schwierigkeiten in den Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR bereitet schließlich die im Oktober d.J. vorgenommene Erhöhung des Mindestumtausches beim Besuch der DDR. Die DDR-Regierung kann als Rechtfertigung für diesen Schritt anführen, daß der Mindestumtausch bei Berufstätigen bisher wahrscheinlich zu niedrig war — gemessen an den üblichen täglichen Ausgaben bei einem Besuch der DDR. Zutreffend ist auch, daß gerade die von Westbesuchern beanspruchten Dienstleistungen und Waren (öffentliche Verkehrsmittel, Gaststätten, Bücher, Schallplatten etc.) beim Umtauschkurs 1:1 in der DDR erheblich weniger kosten als in der Bundesrepublik und in Westberlin. Genaue Berechnungen der Preisdifferenz dürften jedoch an dem Problem des Qualitätsunterschieds und auch daran scheitern, daß der tatsächliche Einkaufskorb der Einreisenden aus dem Westen nicht kalkuliert werden kann. Schließlich ist es auch formal zutreffend, daß der Mindestumtausch in den Abkommen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht geregelt wird, daß also die Erhöhung keinen Verstoß darstellt. Die Betonung liegt allerdings auf dem Begriff »formal«: Mit der am 1. Januar d.J. in Kraft getretenen Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren bei Einreisen in die DDR hat sich die BRD verpflichtet, bis Ende 1989 jährlich 50 Millionen Mark, also insgesamt eine halbe Milliarde an die DDR zu zahlen. Bei der Festlegung des Pauschal-Betrags wurden die Summen geschätzt und fortgeschrieben, die die DDR bisher durch die individuell zu entrichtenden Benutzungsgebühren erhalten hatte. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hatte bei Abschluß dieses Abkommens am 31. Oktober 1979 die von der DDR nicht widersprochene Erwartung zum Ausdruck gebracht, »daß der Wegfall der Straßenbenutzungsgebühren den Reiseverkehr insbesondere im grenznahen Bereich und in Berlin beleben wird«. Durch die Erhöhung des Minimalumtauschs auf 25 DM hat sich jedoch der motorisierte Besucherverkehr um 40 bis 50% verringert. Es ist also zumindest nicht abwegig, wenn die Bundesregierung jetzt der DDR vorwirft, daß die Erhöhung des Zwangsumtausches, wenn auch nicht gegen den Buchstaben, so doch gegen den Inhalt kurz zuvor abgeschlossener Abkommen verstößt. Die genannten Schwierigkeiten beenden zwar keineswegs die seit 1969 geltende Atmosphäre der Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten, sie stellen jedoch, sofern es nicht zu einer Abhilfe kommt, eine Gefährdung dar. Deshalb muß sich die Linke hierzulande nachdrücklich dafür einsetzen, daß das prinzipiell vereinbarte und im August nur verschobene Treffen Honecker-Schmidt so bald wie möglich stattfindet.

Frank Beckenbach

Sozialistische Steuerpolitik

Gliederung

Vorbemerkung

1. Grundzüge des Steuersystems in der BRD
2. Vorüberlegungen zur Bedeutung des Steuersystems für eine sozialistische Bewegung
3. Aktuelle steuerpolitische Vorstellungen in der Arbeiterbewegung (und um sie herum)
 - 3.1 Deutscher Gewerkschaftsbund
 - 3.2 Steuerpolitik der SPD seit 1975
 - 3.3 Diskussion über alternative Wirtschaftspolitik
 - 3.4 Resümee
4. Ältere Debatten um die Steuerfrage in der Arbeiterbewegung
 - 4.1 Zur Behandlung der Steuern bei Marx und Engels
 - 4.2 Zur Steuerdebatte in der älteren Sozialdemokratie
5. Schlußbemerkung

Steuern sind zum Steuern da (Volksmund)

Vorbemerkung

In vielen entwickelten kapitalistischen Ländern hat sich in den letzten Jahren eine Tendenz zur Verschiebung der Steuerlastverteilung bemerkbar gemacht. Wird das Verhältnis von Privatwirtschaft und Staatswirtschaft durch einen Mechanismus bestimmt, der diese Verschiebung erzwingt? Wenn ja, wie kann dieser Mechanismus außer Kraft gesetzt werden? Wenn nein, welche Steuerlastverteilung sollte stattdessen verwirklicht werden?

Doch auch hinausgehend über diese bloße Korrekturperspektive könnte die Steuerfrage von Bedeutung sein. In der neueren Staatsdiskussion herrscht weitgehendes Einverständnis darüber, daß zumindest für einen Teil der Tätigkeiten des bürgerlichen Staats — und daher auch für die entsprechenden Staatsausgaben — ein auch in nachkapitalistischen Zuständen zu erhaltender (»reproduktiver«) Inhalt ausmachbar ist. Im Anschluß daran stellt sich die Frage, welche Bedeutung der Finanzierungsform in diesem Umwälzungsprozeß zukommt. Enthält die Steuer, das Hauptelement der Staatseinnahmen, als nicht marktmäßige Zugriffsform auf den gesellschaftlichen Reichtum Keimformen einer künftigen Gesellschaftsorganisation und wie können ggf. diese Momente zum Tragen gebracht werden? Kann das Steuersystem als Ausgleichsmittel für klassenspezifische Ungleichheiten eingesetzt werden? Wieweit sind einzelne Steuern als Finanzierungsquelle für sozialpolitische Reformprogramme tauglich?

Die folgenden Ausführungen sind in mehrfacher Hinsicht beschränkt: erstens sind sie vorwiegend normativ-theoretisch orientiert, klammern also faktische Steuerpolitiken ebenso wie die Erörterung der Umsetzungsbedingungen für eine alternative Steuerpolitik weitgehend aus; zweitens sehen sie von der Steuerverwendung (und ihrer nicht unerheblichen Rückwirkung auf die Steuern selber) ab

und schließlich drittens erfolgen sie weitgehend aus einem sozialpolitischen Blickwinkel, blenden also (wichtige) konjunkturpolitische Zusatzgesichtspunkte aus.

1. Grundzüge des Steuersystems in der BRD

Was ist überhaupt eine Steuer? Nach der geltenden Abgabenordnung sind »Steuern ... Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einkünften allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft.«¹ Das prinzipielle Getrenntsein von der Wertproduktion macht es also für den bürgerlichen Staat zu einer Notwendigkeit, sich unter Umgehung der marktmäßigen Verkehrsformen die für seine Aufgabenbewältigung notwendige gesellschaftliche Arbeit anzueignen. Diese geheime, weil unter der Geldform versteckte, Gegensätzlichkeit des staatlichen Zwangsverhältnisses zur Privatwirtschaft macht es notwendig, jeweils verschiedene ökonomische Daseinsformen der Staatsbürger zum 'Anlaß' für die Besteuerung zu machen. Die Gesamtheit der diesen Anlässen korrespondierenden Einzelsteuern bildet das Steuersystem.

Der ökonomische Reproduktionsprozeß kann analytisch aufgelöst werden in die Phase der eigentlichen Wertproduktion, die Einkommenserzielung und die Einkommensverwendung. Die wichtigsten im Produktionsprozeß ansetzenden Steuern in der BRD sind: erstens die Vermögensteuer, bei der vor allem die in der Form von Grundeigentum, Anlagen, Geld u.a. gegebenen Bestandteile des Betriebsvermögens der Ansatzpunkt der Steuer sind; zweitens die Gewerbesteuer, die als Gewerbeertragsteuer den buchhalterisch ausgewiesenen Gewinn und als Gewerbekapitalsteuer den gesamten Einheitswert eines Betriebs besteuert; schließlich drittens die Körperschaftsteuer, die den ausgewiesenen Gewinn von Kapitalgesellschaften, die als gesonderte juristische Subjekte angesehen werden, zur Grundlage hat. Offenbar um das marktwirtschaftliche Gebot der Konkurrenz nicht zu verfälschen, sind alle auf den Produktionsprozeß fallenden Steuern mit einem proportionalen Tarif ausgestattet. Dabei erweisen sich die Eigentümer der Produktionsmittel zugleich als Monopolinhaber der legalen Steuerhinterziehung. Diese ist zunächst möglich durch Steuerumgehung, indem entweder durch buchhalterische Manipulationen in der Bewertung des Betriebsvermögens, oftmals gedeckt durch großzügige Abschreibungsregelungen und/oder durch Schaffung fiktiver Kostengrößen und/oder durch Bildung von Rückstellungen und Rücklagen der ausgewiesene Gewinn vermindert wird. Des weiteren besteht die Möglichkeit der Steuerüberwälzung. In Abhängigkeit von der Preiselastizität der gesellschaftlichen Nachfrage und den Produzentenstrukturen in einer Sphäre kann die Steuer als Preisbestandteil geltend gemacht werden und ggf. durch entsprechende Veränderungen im Produktionsumfang erzwungen werden.²

Die direkt bei der Einkommenserzielung ansetzende Steuer ist die Einkom-

mensteuer. Für ihre Ausgestaltung sind die ökonomischen und sozialen Verschiedenheiten der Einkommensbezieher — ob lohnabhängig oder als Kleinproduzent, Kapitalist, Grundrentner u.ä. — gleichgültig. Unterschiede in der Steuerbelastung ergeben sich nur in Abhängigkeit von der unterschiedlichen Größe der Einkommen. Einerseits ist der Steuertarif dreigeteilt: einen steuerfreien Bereich für Einkommen, die noch unterhalb des Existenzminimums liegen (sog. Grundfreibetrag, der für alle Einkommen in Rechnung gestellt wird), einen Bereich, in dem die Steuerbelastung proportional mit dem Einkommen wächst (sog. Proportionalzone) und einen Bereich, in dem die Steuerbelastung rascher wächst als das Einkommen (sog. Progressionszone). Andererseits sind die die persönlichen Verhältnisse der verschiedenen Einkommensbezieher berücksichtigenden verschiedenen Steuerermäßigungsgründe ('Werbungskosten', Sonderausgaben, außerordentliche Belastungen usw.) so konzipiert, daß sie als Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage eine um so größere Steuerersparnis bedeuten, je größer das bezogene Einkommen ist. Unterschiedlich ist schließlich auch das Erhebungsverfahren der Steuer. Während für die Masse der lohnabhängigen Einkommensbezieher die Steuer direkt an der 'Quelle' beim Unternehmer erhoben wird (sog. Quellenabzugsverfahren) und damit in der Regel eine unfreiwillige Kreditgewährung an den Staat verbunden ist, wird für die oberen Einkommensgruppen — seien sie nun 'selbständig' oder lohnabhängig — die Steuer zu einem in der Regel unterhalb der wirklichen Steuerschuld verbleibendem Betrag veranlagt (sog. Veranlagungsverfahren) und damit ein staatlich gewährter zinsloser Kredit in Anspruch genommen. Die qualitative Unterschiedlichkeit der Einkommensbezieher macht sich steuertechnisch wiederum in den sich erst für die einfachen bzw. kapitalistischen Warenproduzenten eröffnenden Steuerumgehungs- und Steuerüberwälzungsmöglichkeiten (vgl. oben) geltend (bei der Einkommensteuer kommt noch zusätzlich die Absetzbarkeit von Bewirtungsspesen und Teilen der individuellen Konsumtion in Betracht).

Die wichtigste bei der Einkommensverwendung ansetzende Steuer ist die Steuer auf den Kauf und Verkauf von Waren, die sog. Umsatzsteuer. In den westeuropäischen kapitalistischen Ländern hat sich die sog. Mehrwertsteuer durchgesetzt. Durch sie wird, am Verkaufsakt der Ware ansetzend, der sich auf der jeweiligen Produktions- oder Handelsstufe ergebende Wertzuwachs besteuert. Obwohl bei der in der BRD geltenden Form der Mehrwertsteuer die auf die geschäftsnotwendigen Einkäufe gezahlte Steuer, die sog. Vorsteuer, in Abzug gebracht werden kann, firmiert in der Regel der gesamte Mehrwertsteuersatz als Preisaufschlagsgrund. Um diese Preisaufblähung in Grenzen zu halten, gilt für die sog. lebensnotwendigen Waren ein etwa um 50% ermäßigter Steuertarif. Die Belastung durch die am Warenumsatz anknüpfenden indirekten Steuern ist um so größer, je größer der konsumierte und je kleiner der gesparte Einkommensanteil ist. Da letzterer aber mit steigendem Einkommen zunimmt, werden die unteren Einkommensgruppen überproportional durch diese Steuern belastet.

Die Entwicklungstendenzen des bundesdeutschen Steuersystems in den siebzi-

ger Jahren lassen sich wie folgt zusammenfassen. Die Steuerquote, der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, hat sich von 22,8% im Jahre 1971 auf 25% im Jahre 1977 erhöht. Dieser Wachstumstrend ist durch die jüngsten steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung vorläufig unterbrochen worden. Im Jahre 1979 betrug die Steuerquote ca. 24,7%.³ Die Entwicklung der Anteile der verschiedenen Einzelsteuern am Gesamtsteueraufkommen wird durch folgende Tabelle deutlich:

Entwicklung der Anteile am Gesamtsteueraufkommen 1967 bis 1977 in v.H.

Steuergruppe bzw. Steuerart	1967	1977
<i>1) Direkte Steuern</i>		
— Lohnsteuer	17,1	30,1
— Gewinnsteuern	28,3	25,6
— Sonstige direkte Steuern	9,6	5,3
Anteil der direkten Steuern insgesamt:	55,0	61,0
<i>2) Indirekte Steuern</i>		
— Mehrwertsteuer	22,7	20,9
— Sonstige indirekte Steuern	22,6	18,1
Anteil der indirekten Steuern insgesamt	45,0	39,0

(Quelle: W. Höhnen/H.G. Wehner, Staatsfinanzen, Köln 1978)

Für das Jahr 1979 beträgt der Anteil der Lohnsteuer ca. 28%, der Anteil der Gewinnsteuern etwa 24%.⁴ Hauptmerkmal dieser Entwicklungsphase ist offenkundig die — in den letzten Jahren nur geringfügig gebremste — Zunahme der direkten Steuerbelastung der Lohnabhängigen. Dies würde sich noch prononcierter zeigen, wenn von der hier gänzlich den Gewinnsteuern zugerechneten veranlagten Einkommensteuer die Teile abgezogen würden, die von besser bezahlten Lohnarbeitern gezahlt werden. Während die direkten Steuern für die Unternehmen kontinuierlich zurückgehen, ist der Lohnsteueranteil erst in letzter Zeit leicht rückläufig. Der Mehrwertsteueranteil scheint insbesondere dann zuzunehmen, wenn das Wachstum des Lohnsteueranteils vermindert bzw. negativ wird. Wenn man nun weiterhin davon ausgeht, daß erstens die Mehrwertsteuer hauptsächlich von den Endkonsumenten und dabei wiederum, gemessen am Einkommen, überproportional von den Lohnarbeitern zu tragen ist und daß zweitens ein beträchtlicher Teil der Gewinnsteuern durch den Steuerüberwälzungsprozeß sozialisiert werden dürfte, so kann mit großer Sicherheit für den betrachteten Zeitraum angenommen werden, daß die klassenspezifische Verteilung der Steuerlast zuungunsten der Lohnarbeiter verstärkt worden ist. Die Ursachen dafür sind nicht zuletzt auch in der Ausgestaltung des Steuersystems selber zu suchen: zum einen der für den Einkommensverteilungsprozeß unter der Bedingung inflationärer Preisentwicklung inadäquate Lohn- und Einkommensteuertarif und zum anderen die in der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer vorgesehenen weitläufigen Steuerbefreiungsmöglichkeiten für die Unternehmer.

2. Vorüberlegungen zur Bedeutung des Steuersystems für eine sozialistische Bewegung

Von der praktischen Lebenssituation der Arbeiterklasse im Kapitalismus ausgehend, ist das Steuersystem in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. Zum einen vermindert der direkte Steuerabzug den verfügbaren Nominallohn, während die in einen Preisbestandteil (der Konsumgüter) verwandelte Steuer Umfang und Struktur des Reallohns mitbestimmt. Mit dem Steuerabzug wächst der Umfang eines nicht direkt beeinflussbaren Lohnteils. Insofern aber der verfügbare Lohn als die eigentliche ökonomische Grundlage der individuellen und gesellschaftlichen Reproduktion relativiert wird, stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten und Formen einer Einflußnahme auf die Verwendung des staatlich angeeigneten Lohnelements. In dieser Hinsicht wird also der Einfluß auf den Umfang, die Verteilung und die Verwendung der Steuer zu einem Moment der Sicherung und des Ausbaus des sozialen Besitzstandes der Arbeiterklasse noch innerhalb der durch die kapitalistische Ökonomie gezogenen Grenzen. Darüber hinaus bezieht eine Politik der Arbeiterbewegung in jeweils unterschiedlich entwickeltem Ausmaß auch Momente ein, die über die marktwirtschaftlichen Bestandsvoraussetzungen und die in sie eingeschlossenen sozialen Verhältnisse hinausweisen. Entsprechend ist die Frage zu stellen, ob und in welcher Weise das Steuersystem zu einem Hebel für die (allmähliche?) Veränderung eben dieser Bestandsvoraussetzungen werden kann.

Perspektive, Erfolgsaussichten und tagespolitische Umsetzung einer möglichen (Teil-)Instrumentalisierung des Steuersystems für die Interessen der Arbeiterbewegung bedürfen der theoretischen Klärung. Bis heute uneingeschränkt gültig ist die Bemerkung von M. Nachimson aus dem Jahre 1911: »Das Fehlen einer Steuertheorie macht sich aber immer mehr fühlbar: Hier wie überall führt die theoretische Unsicherheit zur Verwirrung im praktischen Tageskampf.«⁵ Wichtigste innertheoretische Ursache für dieses Defizit dürfte das staatstheoretische Erbe der marxistischen Theorietradition sein. Danach firmiert der moderne Staat lediglich als Agentur der Bourgeoisie bzw. als politischer Ausschuß des ideellen Gesamtkapitals, woraus dann die haarscharfe Schlußfolgerung gezogen wird, daß die Steuerfrage lediglich eine Frage der Sekundärverteilung des Mehrwerts sei und für die auf die Zerschlagung der Staatsmaschinerie zu orientierende Arbeiterbewegung von keinerlei Interesse sei. Auch in der neueren marxistischen Diskussion, die den modernen bürgerlichen Staat mit Titulierungen wie »sekundäre Gesellschaftssphäre« oder »Überbauinstitution« als unbedeutend für die gesellschaftliche Reichtumsproduktion einstuft, ist die Steuerfrage eine Nebenfrage, indem man sich mit der automatischen Gleichsetzung von Lohnsteuer und staatlichen Diensten zur Erhaltung des Arbeitsvermögens begnügt. Gerade in Anbetracht der vielfältigen reproduktiven Aufgabenfelder des modernen bürgerlichen Staates einerseits und der Tatsache, daß die Lohnarbeiter zum faktischen Hauptträger der Steuerlast geworden sind andererseits, wäre die Fra-

ge zu stellen, wie eine marxistische Interpretation moderner Steuersysteme aussehen könnte und ob und wie daraus Anhaltspunkte für eine sozialistische Steuerpolitik gewonnen werden können! Dabei wären auch Antworten auf die sich aus der Entwicklung des Steuersystems in der BRD ergebenden Fragen zu finden: Welche Entwicklung kann und soll die Steuerquote nehmen? Wie entwickelt sich die Steuerverteilung zwischen den Klassen und wie kann und soll sie beeinflusst werden? Durch welche Einzelsteuerkombinationen und unter welchen Bedingungen kann dieser Einfluß umgesetzt werden?

3. Aktuelle steuerpolitische Vorstellungen in der Arbeiterbewegung (und um sie herum)

Im folgenden soll eine grobe Skizze der theoretisch-normativen und der wirtschaftspolitisch-praktischen Komponente der steuerpolitischen Vorstellungen der wichtigsten gewerkschaftlichen und politischen Repräsentanten der Arbeiterbewegung gegeben werden.

3.1 Deutscher Gewerkschaftsbund

Für den DGB soll das Steuersystem eine doppelte Zwecksetzung haben. Einerseits soll es vorwiegend an den Finanzierungsbedürfnissen der von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinschaftlich zu bewältigenden Aufgaben, vor allem Maßnahmen zum Ausbau des Bildungswesens und Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, orientiert sein.⁶ Während hier noch eine globale, klassenunspezifische Vorstellung von Strukturverbesserung vorliegt, wird in der andererseits zu verzeichnenden Einsetzung der Steuer als Mittel der Investitionslenkung ein spezifisches Interesse der Gewerkschaften am Steuersystem sichtbar: »Umfang und Art der Investitionstätigkeit bestimmen maßgeblich die Konjunkturlage und die zukünftige Entwicklung einer Volkswirtschaft. Fehlleitungen von Kapital und Arbeitskraft sind ebenso wie Arbeitslosigkeit und Nichtausschöpfung der wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten eine Belastung des Lebensstandards. Deshalb müssen im privatwirtschaftlichen ebenso wie im öffentlichen Bereich die Investitionen und strukturellen Erfordernisse der Gesamtwirtschaft abgestimmt werden. Die in konjunktureller und struktureller Hinsicht notwendige Steuerung der privaten Investitionstätigkeit erfordert zusätzlich zu der global wirkenden Kreditpolitik einzelwirtschaftliche, auf bestimmte Wirtschaftszweige oder auf regionale Bereiche gerichtete Maßnahmen. Diese differenzierte Investitionssteuerung kann z.B. durch gezielte steuerliche und kreditpolitische Mittel oder durch Änderung der Abschreibungsbedingungen erfolgen.«⁷

Für die Ausgestaltung der Binnenstruktur des Steuersystems sollen die Grundsätze der Einfachheit und Überschaubarkeit, der Gleichmäßigkeit und der sozialen Gerechtigkeit Richtschnur sein.⁸ Diese Normen werden offenbar in weitgehender Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit gesehen.⁹ All diesen — seit Jahrhunderten in der National-

ökonomie diskutierten — Prinzipien gemeinsam ist der Versuch, oberflächliche Strukturmerkmale der privaten Ökonomie in Gesetzmäßigkeiten für die Staatswirtschaft zu verwandeln. Es ist jedoch äußerst zweifelhaft, ob damit empirisch gehaltvolle Antworten auf folgende Fragen gegeben werden können: Was ist ein sozial gerechtes Steuersystem? Ist eine 'formelle' oder 'reale' Gleichverteilung der Steuern anzustreben? Inwiefern kann die Leistungsfähigkeit des Lohnarbeiters mit der Leistungsfähigkeit des Kapitalisten verglichen werden?¹⁰ — Man wird sehen.

Ein erstes Mittel zur Einlösung dieser Grundsätze soll die tendenzielle Vergrößerung des Anteils der direkten Steuer am Gesamtsteueraufkommen darstellen.¹¹ Zugrunde liegt die auch in der keynesianisch inspirierten akademischen Finanzwissenschaft gängige These, daß die Belastung der verschiedenen Einkommensbezieher durch die indirekte Steuer eine regressiv Struktur aufweise: sie ist um so größer, je größer der konsumierte Teil des Einkommens ist, letzterer nimmt aber in den oberen Einkommensgruppen ab. Trotz der Einsicht, daß dementsprechend eine Heraufsetzung des Tarifs der indirekten Steuer den Steueranteil am Einkommen bei der lohneempfangenden Masse der Einkommensbezieher steigern würde (während der entsprechende Steueranteil bei den oberen 'Einkommensklassen' entsprechend der niedrigeren Konsumquote sinken würde), wird dies von den Gewerkschaften unter der Maßgabe befürwortet, daß eine 'kompensierende' Ausgestaltung in der Progression des Tarifs der direkten Einkommensteuer stattfinde und dadurch die soziale Gerechtigkeit in der Steuerverteilung wieder hergestellt werde.¹²

Die Umgestaltung der Lohn- und Einkommensteuer selber bildet denn auch die zweite Hauptmaßnahme für die Verwirklichung eines vereinfachten und sozial gerechten Steuersystems. Diese Umgestaltung bezieht sich im wesentlichen auf zwei Bereiche:

a) *Veränderung des Steuertarifs*: Die sich im Gefolge der trendmäßigen Preissteigerungen ergebenden Lohnsteigerungen und die daraus — bei der gegebenen Struktur des Einkommensteuertarifs — folgende Dynamisierung des absoluten und relativen Lohnsteueraufkommens soll durch eine Entschärfung der Progression des Steuertarifs im Bereich bis zu einem versteuernden Jahreseinkommen von 50000 DM erreicht werden.¹³ Zwar wird die Existenz einer »oberen Proportionalzone«, also einer nurmehr proportionalen Zunahme von Steuer und Einkommen für die oberen, vorwiegend 'selbständigen' Einkommensbezieher, im geltenden Steuertarif konstatiert, daraus aber nicht die Konsequenz einer gerade hier notwendigen, scharfen Progression gezogen, sondern im Anschluß an die Behauptung, daß das daraus resultierende Steueraufkommen gering sei, nurmehr die Vermeidung von weiteren Steuergeschenken an die Unternehmer als Norm formuliert.¹⁴

b) *Veränderung der Steuerentlastungsregelungen*: Hier sollen einerseits die den persönlichen Verhältnissen der Lohnarbeiter Rechnung tragenden verschiedenen Steuerermäßigungsgründe (vor allem Werbungskosten, Lebensvorsorge

und sonstige Sonderausgaben, außerordentliche Belastungen, Ehegattensplitting, Kindergeld) so gestaltet werden, »... daß eine progressive Besteuerung der Einkommenserzielung keineswegs auch eine mit steigendem Einkommen immer stärker zunehmende (progressive) Steuerentlastung durch die steuerliche Begünstigung bestimmter Ausgaben erfordert. Das Ziel einer Einkommens- und Steuerlastumverteilung macht jedoch andererseits die Umwandlung progressiv wirkender Steuervergünstigungen in gleichmäßige Steuerentlastung erforderlich.«¹⁵ Dies ist möglich vor allem durch die Verwandlung der (üblichen) absoluten Verminderung der Steuerbemessungsgrundlage in prozentige oder absolute direkte Abzüge von der 'Steuerschuld'. Andererseits soll das die Steuerumgehung ermöglichende Gestaltungsprivileg der 'selbständigen' Einkommensbezieher durch eine restriktive steuerrechtliche Definition der Betriebsausgaben (vor allem Beseitigung der Anerkennung der Bewirtungsspesen, striktere Trennung von betrieblicher und privater Konsumtion) eingeschränkt werden. Der Haupthebel der steuerrechtlich sanktionierten Hinterziehung der Steuern durch die Unternehmen, die Vorschriften über die Bewertung des Betriebsvermögens, bleibt dabei allerdings unangetastet.¹⁶

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Umgestaltung der Lohn- und Einkommensteuer zuwenig dem Umstand Rechnung trägt, daß sich hinter der formellen, das Steuerrecht vorwiegend bestimmenden Gleichheit der Einkommensbezieher eine qualitative Verschiedenheit verbirgt (vor allem Einkommen aus lohnabhängiger Arbeit einerseits und Einkommen aus Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen und Vermietung andererseits), die für die Konzipierung eines »sozial gerechten« Steuersystems herangezogen werden muß.¹⁷

Die dritte Komponente schließlich für die Verwirklichung eines ihren normativen Vorstellungen entsprechenden Steuersystems sehen die Gewerkschaften in einer Ausschöpfung der Reserven bei der Gewinn- und Vermögensteuer.¹⁸ Dazu sollen insbesondere folgende Maßnahmen dienen:

- Ablehnung der Aufrechenbarkeit der Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne der Kapitalgesellschaften mit der Einkommensteuer, wie dies in der Körperschaftsteuerreform verwirklicht ist. Dies wird mit der klassenspezifischen Verteilung des Aktienbesitzes in der BRD begründet.¹⁹
- Restriktivere Freibetragsregelungen und progressivere Tarifstruktur bei der Vermögen- und Erbschaftsteuer. Begründung: »Den Erbschaft(und Vermögen-)Steuern kommt nach Auffassung der modernen Finanzwissenschaft eine Ergänzungs- und Kontrollfunktion gegenüber der Einkommensteuer zu. Nach dieser Auffassung muß die Erbschaftsteuer (und Vermögensteuer; d. Verf.) als Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer den Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit verwirklichen helfen, wozu die Einkommensteuer allein nicht imstande ist.«²⁰
- Beibehaltung der Gewerbesteuer als wichtigste Ertragsteuer.²¹ Allerdings wird hier die Tatsache, daß diese Steuer entweder überwälzbar ist oder die zu zahlende Einkommen- und Vermögensteuer vermindert, nicht zum Anlaß

genommen, den durch Steuer- und Hebesatzvariation einerseits und durch die Freibetragsregelungen andererseits abgesteckten Gestaltungsspielraum extensiv auszunutzen.

- »Finanzhilfen für Unternehmen sind verstärkt durch ein Umlageverfahren von der Wirtschaft selbst aufzubringen.«²²

Abschließend soll die Vermutung formuliert werden, daß der Aktionsradius der gewerkschaftlichen Steuerpolitik eine Einschränkung erfährt, die nicht durch das notwendige Ausgehen von den Bestandsbedingungen des gegenwärtigen Gesellschaftssystems in der BRD diktiert ist. Durch das Hineinprojizieren der eigenen beschäftigungspolitischen Vorstellungen in die staatliche Wirtschaftspolitik einerseits und dem Ausgehen von schwammigen Besteuerungsgrundsätzen andererseits, ist die Konzipierung einer an der spezifischen Lebenslage der Lohnabhängigen orientierten Steuerkonzeption vielfach gebrochen. Die dadurch zu bewerkstellende Vereinheitlichung der Arbeiterklasse ebenso wie die Belastung der Besitzenden sind nur in Ansätzen erkennbar.

3.2 Steuerpolitik der SPD seit 1975

Abgesehen von der nichtssagenden Selbstverständlichkeit, daß die »... Staatsfinanzierung ... den Bürger und die Wirtschaft in ihrer Steuerkraft nicht überfordert«, geht die heutige SPD — ähnlich wie die Gewerkschaften — davon aus, daß die Steuerpolitik vorrangig dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu dienen habe und daß darüber hinaus, soweit mit diesem Grundsatz vereinbar, das Steuersystem vereinfacht werden soll.²³ Offenbar um den aus der 'Unterwelt' geschichtlicher Erinnerungen gespeisten Verdacht einer Strangulierung der Marktwirtschaft durch die Steuerpolitik zu entkräften, wird dies auch hier als weitgehend gleichbedeutend mit dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit verstanden.²⁴ — Den Gehalt dieser beliebig operationalisierbaren Grundsätze für die heutige SPD erhellt die Instrumentalisierung der Steuerpolitik für 'übergeordnete' Ziele der Wirtschaftspolitik. Sie soll eines der Hauptmedien für die Sicherstellung einer expandierenden kapitalistischen Volkswirtschaft mit tendenziellem Gleichgewicht auf Güter-, Arbeits- und Außenmarkt darstellen.²⁵ In dem — unter wesentlicher Federführung der SPD zustande gekommenen — Stabilitätsgesetz ist dies dahingehend präzisiert, daß je nach Konjunktursituation erstens der Satz der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhöht oder gesenkt werden kann und zweitens für sog. Wirtschaftsgüter entweder der Abschreibungsspielraum eingeschränkt wird oder ein steuerlicher Investitionsbonus gewährt wird.²⁶ Diese konjunkturpolitische Instrumentalisierung der Steuer steht aber unter der Maßgabe, daß die Entscheidungsautonomie der Privateigentümer nicht beschränkt wird, diese vielmehr durch marktkonforme Anreize oder Beschränkungen beeinflusst wird.²⁷ Daraus wird auch die Schlußfolgerung abgeleitet, daß diese Maßnahmen global, d.h. für die Gesamtheit der Träger einer spezifischen ökonomischen Eigenschaft (z.B. Einkommensbezieher zu sein) gleichmäßig sein muß. Diese Abwesenheit qualitativer Orientierungspunkte

schränkt auch die Auffüllung der o.g. sozialpolitischen Zwecksetzung der Steuer weitgehend ein: die klassenspezifische Verschiedenheit der Einkommensbezieher wird durch ihre Gleichartigkeit als Verkörperer zahlungsfähiger Nachfrage verdrängt; die branchenspezifische Gestaltbarkeit der Steuer wird durch das Gebot der Aufrechterhaltung des Wettbewerbsgleichgewichts tabuisiert. Die traditionellen, sozialreformerischen Implikationen der sozialdemokratischen Steuerpolitik sind weitgehend gebrochen durch Politikvorstellungen, die die Wohlfahrt der Arbeiterbewegung nur als Begleitumstand einer in Gang gesetzten und von ihren chaotischen Auswüchsen befreiten kapitalistischen Dynamik verwirklichtbar sehen.²⁸ Auf diesem Umweg kommen wieder liberale Bewußtseinsformen zum Tragen, die in der Steuer schlicht einen von der Allgemeinheit zu tragenden Tribut zum Wohle der Allgemeinheit sehen.

Diese Vermutung ist auch nicht durch die seit 1974 erfolgten steuerpolitischen Aktivitäten der SPD, die von ihr als ein Verwirklichungsmittel für ein sozial gerechtes Steuersystem gefeiert werden, entkräftbar. Denn Ursache dieser Aktivitäten war nicht etwa das Bestreben, die sozialpolitischen Normen im Steuerwesen praktisch werden zu lassen, sondern: erstens die mit der überzyklischen Preis- und Lohnsteigerung überproportional zunehmende Einkommensteuerbelastung für die Masse der Lohnabhängigen (was vom 'mittelständischen' Steuerbeamtenverband und der CDU/CSU zum Zwecke der steuerpolitischen Profilierung sofort aufgegriffen wurde); zweitens der Umstand, daß im Gefolge der Krise 1974 die Steuerpolitik (teilweise) für die Stärkung der ökonomischen Wiederbelebungskräfte eingesetzt werden mußte. Aus den verschiedenen Steueränderungsgesetzen seit 1974 ergeben sich für die Lohnabhängigen Steuerentlastungen durch Erhöhung des Grundfreibetrages, Verlängerung der Proportionalzone, Beseitigung des Sprungs in die Progressionszone, Abflachung der Progressionskurve und durch großzügigere Gestaltung diverser Steuerumgehungsgründe.²⁹ Abgesehen von einer bescheidenen Anhebung des Spitzensteuersatzes sind die Maßnahmen für die Eigentümer von Produktionsmitteln nicht mit zusätzlichen Belastungen verbunden. Soweit sie hinausgehend über die Einkommensteuer durch die auf ihre spezifische gesellschaftliche Stellung zielenden Vermögen-, Erbschaft-, Körperschaft- und Gewerbesteuer erfaßt werden, trägt die Steuerpolitik der SPD in diesem Zeitraum rege dazu bei, die schon länger anhaltende Tendenz zum Abbau dieser Steuern weiter zu befördern: Erhöhung der Freibeträge bei Vermögen-, Erbschaft- und Gewerbesteuer, Abschaffung der Lohnsummensteuer, Abschaffung der sog. Doppelbelastung bei der Körperschaftsteuer, Senkung der Vermögensteuer und Verbesserung der degressiven Abschreibung. Dem steht lediglich eine restriktivere Festsetzung der Vermögenswerte gegenüber. Existiert also einerseits die Notwendigkeit, die Belastung der unteren Einkommens-'klassen' durch die direkte Einkommensteuer zu vermindern, während andererseits konjunkturbedingt die Aufgabengebiete des Staates zunehmen, so mußte ein Ausweg gefunden werden. Da weder über die Einkommensteuer noch über die anderen Steuern eine Ausdehnung der Steuerlast für

die oberen Einkommens-‘klassen’ versucht wird, bleibt als Ausweg nur die Steuerlast anonymisierende Mehrwertsteuer. Sie wird von 1974-1979 von 11 auf 13% (bzw. 5,5 auf 6,5%) erhöht. Entsprechend der Tatsache, daß sie — gemäß ihrer Konzeption — im Durchschnitt ein Bestandteil des Warenpreises wird und bei Berücksichtigung der regressiven Wirkung auf die verschiedenen Gruppen von Einkommensbeziehern, dürfte die Schlußfolgerung berechtigt sein, daß die Hauptlast dieser Steuer von den Lohnabhängigen zu tragen ist — ein Modellfall für sozialdemokratische Steuerpolitik in den achtziger Jahren? Es scheint, daß die zyklische, von kontinuierlichen Preissteigerungen überlagerte ökonomische Bewegung für die SPD-Steuerpolitik zu einem Mittel geworden ist, einerseits die Steuerbelastung den Lohnarbeitern statt in offener Form nunmehr in versteckter Form aufzuerlegen, während sie andererseits — nicht zuletzt aufgrund der o.g. wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen — für Vermögende, Erbende, Gewerbetreibende und Körperschaften zu einem partiellen Steuerbefreiungsmittel geworden ist. Von den in den frühen siebziger Jahren sowohl von der SPD (Steuerparteitag 1971) als auch den Gewerkschaften (Vorschläge zur Steuerreform 1972) entwickelten Forderungen bleiben insbesondere die Korrektur der Progression der Steuerermäßigung mit steigendem Einkommen und die Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, die Ablehnung des Anrechnungsverfahrens bei der Körperschaftsteuer, einer Verminderung der Gewerbesteuer und einer Mehrwertsteuererhöhung sowie schließlich der geforderte Abbau der z.T. noch aus der Nachkriegsphase herrührenden Steuervergünstigungen für die Unternehmer uneingelöst.

3.3 Diskussion über alternative Wirtschaftspolitik

Die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Steuerumgruppierung werden in den Diskussionsbeiträgen zur alternativen Wirtschaftspolitik sowohl unter sozialpolitischen als auch unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten als ungenügend kritisiert. So wird darauf hingewiesen, daß der von der Lohn- und Einkommensteuerermäßigung ausgehende Stimulus für die zahlungsfähige Nachfrage, insbesondere bei Berücksichtigung der ‘kompensatorischen’ Mehrwertsteuererhöhung, zu gering sei. Damit sei aber auch der verteilungspolitische Effekt für die unteren Einkommensklassen sehr gering. Dieser werde dadurch beeinträchtigt, daß die Progression der Steuerentlastungen weitgehend bestehen bleibe und daß das erneute Hineinwachsen der unteren Einkommensgruppen in Tarifzonen mit scharfer Steuerbelastungszunahme nur eine Frage der Zeit sei. Zudem wird mit dem Abbau der Unternehmensteuern der sozialdemokratischen Finanzpolitik eine Umverteilung der Steuerlast zugunsten des Kapitals attestiert.³⁰

Insbesondere in den steuerpolitischen Vorschlägen der Memoranden wird von einer weitgehenden Kongruenz einer sozialpolitisch und konjunkturpolitisch orientierten Umgestaltung des Steuerwesens ausgegangen. Die Grenzen für dessen Durchsetzung seien allein bestimmt durch das jeweilige Kräfteverhältnis. Ei-

ne die Besitzenden belastende Steuer als Finanzierungsquelle für ein staatliches Sozialprogramm wird zunächst verworfen, weil sie als Steigerung der Gewerbesteuer auch die kleineren Betriebe empfindlich treffen würde (also sozialpolitisch unerwünschte Folgen habe) bzw. als Steigerung der Körperschaftsteuer und der oberen Einkommensteuer wenig aufkommenswirksam sei (offenbar wegen der Verschleierungsallgewalt des Kapitals). Daher sei allenfalls durch Eintreiben von Steuerrückständen, durch verschärfte Betriebsprüfungen auf Basis der gegebenen Steuergesetze und durch Erfassen von marktbedingten Zufallsgewinnen ('windfall profits') ein zusätzlicher Finanzierungsspielraum zu eröffnen.³¹ In der sich späterhin verdichtenden Krisenerklärung der Memorandum-Gruppe geht die Auffassung ein, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern die nichtexpansive (»unproduktive«) Verwendung von Profitbestandteilen (für Verkaufsförderung, Geldmarktinvestition, Transfer ins Ausland) durch die großen resp. »monopolistischen« Kapitale zu einer Bedingung für die Aufrechterhaltung der vermachteten Marktstrukturen werde. Genau diese Profitteile sollen nun durch eine Steuer abgeschöpft und zu einem Hauptträger der Erhöhung der Steuerquote am Nationaleinkommen werden.³² Unerörtert bleibt dabei, durch welche Steuern dieser Profitteil absorbiert werden soll, insbesondere durch welche Umstände die bei Unterstellung der o.g. These nahezu universellen Steuerüberwälzungsmöglichkeiten der großen Kapitale eingeschränkt werden können. Weitgehend ausgeklammert wird die Bestimmung der Höhe und der Art und Weise der Besteuerung des Arbeitslohns. Hier bleibt insbesondere die Frage unbeantwortet, ob und wie die Steuer tendenziell ein Kompensationsmittel für die von der kapitalistischen Produktionsweise hervorgebrachte Differenzierung der Lebenslage der verschiedenen Lohnarbeiterabteilungen darstellen kann.³³

3.4 Resümee

Für die Verteilung des Gesamtsteueraufkommens auf die verschiedenen Steuerarten ebenso wie für die Entwicklung der Steuerquote als Ganzes werden keine eindeutigen aus der spezifischen Lebenslage der Lohnabhängigen entwickelten Kriterien formuliert: die qualitative Unterschiedlichkeit der Klassen wird erstens durch die hauptsächlich an formellen Eigenschaften der ökonomischen Agenten anschließende Steuergesetzgebung und/oder durch das Außerachtlassen der klassenspezifischen Steuerumgehungsmöglichkeiten und zweitens durch das scheinbar unterschiedslose konjunkturpolitische Interesse an der Sicherung des gesamtökonomischen Gleichgewichts gebrochen. Dem korrespondiert ein theoretisches Defizit:

Für alle der hier untersuchten Positionen kann ohne Einschränkung gesagt werden: Keine der in ihnen formulierten steuerpolitischen Normen geht zurück auf ein präzises gesellschaftstheoretisch abgesichertes Konzept, d.h. nirgends wird eine Verbindung zu einer theoretischen Erörterung der Art und Weise der Entstehung, Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums hergestellt mit dem Ziel, Ansatzpunkt und Variationsspielraum der Steuer inner-

halb der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse (oder hermetischer: des Gesellschaftssystems) abzustecken. Unklar muß daher die Struktur und Entwicklungstendenz 'des' bürgerlichen Steuersystems bleiben einschließlich der Art und Weise, in der es als Befestigungsmittel der Klassenherrschaft firmiert. Erst auf dieser Grundlage könnten aber operationalisierbare Normen für eine Steuerpolitik der Arbeiterbewegung einschließlich der Erfolgsaussichten für ihre Umsetzung formuliert werden.

Wenn so festgestellt werden kann, daß sowohl die Analyse der faktischen Entwicklung des Steuersystems als auch die Artikulation der steuerpolitischen Interessen der Arbeiterbewegung diffus bleiben, daher das eine nicht zur Grundlage für das andere werden kann, dann ist jetzt zu fragen, welchen Beitrag die älteren — hinsichtlich gesellschaftstheoretischer Grundlage und tagespolitischen Anforderungen wesentlich prägnanteren — Debatten der Steuerfrage für diese Vermittlung leisten können.

4. Ältere Debatten um die Steuerfrage in der Arbeiterbewegung

4.1 Zur Behandlung der Steuern bei Marx und Engels

In den Schriften von Marx und Engels (im folgenden M/E) findet sich keine systematische — etwa aus der Nutzenanwendung der Darstellung der ökonomischen Grundstruktur folgende — Steuertheorie. Da die späteren Debatten zur Steuerfrage z.T. an die Auffassungen von Marx und Engels anknüpfen, sollen im folgenden ihre diesbezüglichen Äußerungen kurz interpretiert werden.

Einerseits ist die Steuer die wirtschaftliche Grundlage des Staates. Ihre Erhebung, Verteilung und Verwendung soll den politischen Bewegungsspielraum der staatlichen Bürokratie und darüber auch der Bourgeoisie bestimmen. »Starke Regierung und starke Steuer sind identisch.«³⁴ Andererseits wird die Steuer als Abzug vom Einkommen bestimmt. Dabei handelt es sich um die von jeweils verschiedenen Klassen angeeigneten Teile des gesellschaftlichen Wertprodukts. Die Auswirkungen der Besteuerung auf die private Wirtschaft sind nun nach der Auffassung von M/E vergleichsweise minimal: erstens sollen die o.g. Verhältnisse durch die Steuererhebung selbst nur »in Nebenpunkten modifiziert werden können«³⁵, und zweitens verbirgt die Geldform der Steuer nur die zwangsweise Aneignung eines Teils der von einer Nation produzierten Waren durch den Staat. Von diesem werden sie ohne ökonomische Auswirkungen für die private Ökonomie konsumiert. Der Staat stellt also einen einkommensbeschränkenden reinen Kostenfaktor für die gesellschaftliche Reproduktion dar.³⁶ Die Tatsache, daß der Staat sich die von ihm benötigten Waren nicht mittels selbst produzierten Werten aneignet, nehmen M/E zum Anlaß, diesem einen nennenswerten Einfluß auf die private Wirtschaft abzusprechen. Zusammenfassend kann also zur Grundbestimmung der Steuer bei M/E gesagt werden, daß sie zwar für den politischen Handlungsspielraum einer Regierung eine wichtige

Determinante darstellt, ihr Beeinflussungspotential für die ökonomische Struktur aber eine zu vernachlässigende Größe ist.

M/E beschränken sich nun aber nicht darauf, die Einkommen aller Klassen als (potentielle) Steuerquelle zu bestimmen und damit die Steuer als eine Kategorie der Sekundärverteilung von produziertem Wert aufzufassen. Da der Arbeitslohn — seinem idealen Durchschnitt nach betrachtet — zugleich die Wertgröße der Ware Arbeitskraft darstellt, wird die Frage aufgeworfen, in welchem Sinn die Steuer in die Wertbestimmung (dieser Ware) eingeht. Dazu finden sich bei M/E zwei grundsätzliche Positionen: einerseits wird die Steuer als zwangsweise Verwandlung eines Teils der Surplusarbeit aufgefaßt. Dies hätte zur Konsequenz, daß jede faktische Steuer auf den Arbeitslohn als vom Lohnarbeiter abgewinkelte Übereignung von Mehrwertbestandteilen an den Staat aufzufassen wäre.³⁷ Andererseits soll für die durch den Staat angeeignete Arbeit gelten: »Aber soweit sie nötig ist für die Gemeinde, und für jeden einzelnen als *Glied* derselben, ist sie keine Surplusarbeit, die er verrichtet, sondern ein Teil der *notwendigen* Arbeit, der Arbeit die notwendig ist, damit er sich als *Gemeindeglied* und damit das Gemeinwesen reproduziert, was selbst eine allgemeine Bedingung seiner produktiven Tätigkeit ist.«³⁸ Daraus folgt, daß (zumindest teilweise) die für die Bewältigung der staatlichen Aufgaben erforderliche Arbeit als Bestandteil der notwendigen Arbeit angesehen werden muß und insoweit auch in die Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft eingehen muß.³⁹ Es stellt sich dabei natürlich sofort die Anschlußfrage, in welchem Ausmaß die Arbeit für den Staat 'notwendige' Arbeit ist und in welchem Umfang diese Arbeit von den Lohnarbeitern zu tragen ist oder anders, ob es einen der Kategorie des Werts vergleichbaren Mechanismus in der Ermittlung und Verteilung der 'Staatsarbeit' gibt. Dazu finden sich bei M/E keine Aussagen. Es scheint also, daß die Widersprüchlichkeit der beiden o.g. Positionen zur Bestimmung der Steuerquellen lediglich die Schwierigkeiten widerspiegelt, die sich für eine auf Vergegenständlichung von gesellschaftlicher Arbeit beruhenden Werttheorie bei der Behandlung der Reproduktionskosten des politischen Systems stellen.

In der Unterscheidung verschiedener Steuerformen folgen M/E der auch schon in der klassischen politischen Ökonomie gängigen Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern.⁴⁰ Unter direkter Steuer wird dabei die auf das Einkommen gelegte Steuer verstanden, während die indirekte Steuer die auf die Zirkulation von Waren gelegte Steuer meint. Bei der direkten Steuer wird dabei offenbar von einer weitgehenden Identität zwischen Steuerträger und Steuerzahler ausgegangen⁴¹, während die indirekte Steuer komplizierte Steuerumgehungs- und Weiterwälzungsprozesse auslöst. Deren Bedingungen und Verlauf für besondere Waren, für notwendige Lebensmittel und für Produktionsmittel werden von M/E in verstreuten Bemerkungen angesprochen.⁴² Als Quintessenz dieser Betrachtungen steht für M/E offenbar der Umstand im Vordergrund, daß der Einfluß der indirekten Steuern auf die private Ökonomie die Wertrelationen verwirrt und die freie Konkurrenz beeinträchtigt.⁴³ Das darin

u. U. liegende wirtschaftspolitische Steuerungspotential bleibt unerörtert. — Diese Einschätzung der ökonomischen Wirkungen der verschiedenen Steuerformen bestimmt denn auch die von M/E abgegebenen Prognosen über die Entwicklungstendenz des bürgerlichen Steuersystems. Bezüglich der Bedeutung der verschiedenen Steuerformen für die bürgerliche Fiskalität geht vor allem Marx von der These aus, daß die mit der indirekten Steuer verbundenen Störungen des Warenverkehrs zu einer tendenziellen Beseitigung derselben zugunsten der direkten Einkommen- und Eigentumsteuer führen werde.⁴⁴ Demgegenüber weist vor allem Engels darauf hin, daß es für den entwickelten bürgerlichen Staat unmöglich ist, seine Finanzbedürfnisse allein durch direkte Steuern zu decken. Die mit der Transparenz der direkten Steuer zusammenhängende Gefahr des Steuerwiderstandes im allgemeinen und die gefährdeten Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals im besonderen sollen daher die Gleichzeitigkeit beider Besteuerungsformen zur Notwendigkeit machen.⁴⁵ Über die Entwicklung ihrer relativen Bedeutung wird nichts weiter ausgesagt. Es kann aber festgehalten werden, daß in der genannten Marxschen These sowohl die Notwendigkeit der Steuermystifikation als auch die Möglichkeit der Gestaltung eines konkurrenzadäquaten Systems der indirekten Steuer unterschätzt werden.

Ungeachtet der fehlenden Eindeutigkeit in der Bestimmung der Verteilung des Gesamtsteueraufkommens auf die verschiedenen Steuerformen operieren M/E mit der Behauptung, daß sich die sozialen Konflikte im Budget widerspiegeln bzw. die Staatsfinanzen einen spezifischen Klassencharakter aufweisen würden.⁴⁶ Für die klassenspezifische Verteilung der Steuern wird dies in zweifacher Weise konkretisiert: Erstens wird behauptet, daß die soziale Stellung der Lohnarbeiter ihnen im Vergleich zu anderen Klassen die größte Steuerlast aufbürde⁴⁷ und zweitens sei die Steuer ein Mittel, den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert zu senken.⁴⁸ Bevor diese Hinweise zu einem Theorem über Steuerausbeutung — als besonderer Form der sich außerhalb des Produktionsprozesses vollziehenden »Sekundärausbeutung«⁴⁹ — verdichtet werden könnten, müßte zunächst geklärt werden, was unter einer möglichen Gleichverteilung der Steuern zwischen den Klassen zu verstehen wäre, zumal auch die dem jeweiligen Anteil am Gesamteinkommen entsprechende Verteilung der Steuer für die jeweiligen Klassen eine ganz unterschiedliche Bedeutung haben könnte.⁵⁰ Weiterhin ist zu berücksichtigen: »Wenn man die Last einer Steuer einschätzt, so kann ihr nomineller Betrag nicht schwerer ins Gewicht fallen, als die Methode ihrer Aufbringung und die Art ihrer Anwendung.«⁵¹ Schließlich müßte die Steuerverwendung mit berücksichtigt werden, um zu sehen, inwieweit die in der Form der Steuer enteigneten Werte den Lohnarbeitern »in Form von gesellschaftlich nützlichen Einrichtungen« zurückgegeben werden.⁵² Wegen der fehlenden Präzisierung der These vom Klassencharakter der Staatsfinanzen kann hier auch nur vermutet werden, daß sich daraus wichtige Konsequenzen für den Kampf der Arbeiterklasse um Verteilung und Verwendung der Steuern ergeben.

Die von M/E aufgestellten Grundsätze für eine sozialistische Steuerpolitik fal-

len entsprechend der Behauptung von der untergeordneten ökonomischen Bedeutung des Staatshandelns und der fehlenden Detailuntersuchung über die Steuerverteilung dürftig aus. In Bezug auf das bestehende bürgerliche Steuersystem wird in Anknüpfung an die vermutete Tendenz zur direkten Besteuerung die radikale Umwandlung aller indirekten in direkte Steuern gefordert. Da sie von der Nichtüberwältzbarkeit der direkten Steuern ausgehen, soll dies für den Steuerzahler den Einblick in seine wirkliche Steuerbelastung ermöglichen. Diese wiederum soll ihn bzw. seine politischen Repräsentanten zur Kontrolle der Regierung animieren.⁵³ Abgesehen von der bezweifelbaren Hypothese der Nichtüberwältzbarkeit der direkten Steuer dürfte dies eine Maßregel sein, die die Logik der bürgerlichen Fiskalität sprengt, da diese zu einem Gutteil auf die in der Realisierung des Warenpreises versteckte Steueraneignung angewiesen ist. Bezieht sich dieser Grundsatz auf die Struktur schon bestehender Steuern, so gilt für jede neue Steuer das Gebot der Verweigerung ihrer Bewilligung durch eine im Parlament vertretene Arbeiterpartei, sofern es sich um eine autoritäre Regierung handelt. Gegenüber einer illegalen oder illegal handelnden Regierung ist darüber hinaus sogar die Verweigerung der Bezahlung einer erlassenen Steuer angemessen.⁵⁴ Bezogen auf die weiterreichenden Ziele der gesellschaftlichen Umwälzung wird die Bedeutung der Steuerpolitik einerseits gering eingeschätzt. Da das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital durch Steueränderungen nicht 'wesentlich' verändert werden kann, hat die Steuerreform für die Sozialisten allenfalls als Abschlagszahlung Bedeutung.⁵⁵ Andererseits soll die Ausdehnung und progressive Ausgestaltung der direkten Eigentumsteuer und der Erbschaftsteuer ein wichtiges Kontroll- und Unterwerfungsmittel für die Macht des Kapitals sein. Auf diese Weise soll das »Budget der Arbeiterklasse« geschaffen werden, das wiederum zu umfassenderen Maßnahmen Anlaß gibt.⁵⁶

Generell kann gesagt werden, daß bei M/E eine Verharmlosung des Problems der Steuer im allgemeinen und der klassenspezifischen Steuerlastverteilung im besonderen vorliegt. Die Gründe dafür dürften sein: einerseits der unbedeutende Steueranteil am Volkseinkommen, das unentwickelte Aufgabenfeld des Staates in Bezug auf die Reproduktion des Gesamtarbeitsvermögens ('Sozialpolitik') und der noch geringe Spielraum für die Lohnbesteuerung; andererseits steht die Nutzbarmachung der Marxschen Werttheorie für das Begreifen der ökonomischen Dimensionen der staatlichen Tätigkeit vor nicht geringen Schwierigkeiten.

4.2 Zur Steuerdebatte in der älteren Sozialdemokratie

Vor allem gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts findet in den sozialdemokratischen Parteien eine lebhafte Auseinandersetzung um die Steuerfrage statt. Es geht dabei um die Frage, welche Steuerprinzipien im Interesse der Arbeiterbewegung formulierbar sind, wenn kapitalistische Produktionsweise und bürgerliche Finanzwirtschaft als gegebene Voraussetzungen in Rechnung zu stellen sind.⁵⁷ Insoweit im Zentrum dieser Diskussionen weder die faktische, von Zufälligkeiten etc. geprägte Entwicklung in einzelnen kapitalistischen

Ländern steht, noch eine allein normative Begründung des Interesses der Arbeiterbewegung erfolgt, sondern jeweils verschiedene Einschätzungen über allgemeine Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft den Ausgangspunkt bilden, können diese Debatten heute noch Orientierungspunkte bieten. Im folgenden soll diese Diskussion zusammengefaßt und in systematisierter Form dargestellt werden. Die verschiedenen Grundpositionen werden dabei in Beantwortung folgender Fragen deutlich: 1) Welche Wertbestandteile kommen überhaupt als Steuerquelle in Frage? — 2) Was sind die Grundtendenzen des bürgerlichen Steuersystems? — 3) Welche Maximen für eine sozialistische Steuerpolitik ergeben sich daraus?

zu 1): Sinn dieser zumeist vorweg gestellten Frage ist die Suche nach den Werten, die in Anknüpfung an die Marxsche Theorie überhaupt die Form der Steuer annehmen können. Welche sozialen Gruppen kommen als Steuerträger in Frage und welche nicht? *Renner* geht im Anschluß an die Feststellung der alleinigen Wertschöpfungspotenz der Arbeit von der Arbeit als allgemeiner Steuerquelle aus. Entsprechend der wirklichen Zerfällung des Wertprodukts sieht er Profit, Zins, Rente und Arbeitslohn als die vier besonderen Steuerquellen an. Da diese Einkommen qualitativ verschiedene soziale Lebenslagen ausdrücken, unterscheidet er dann zwischen Besitzsteuern und Arbeitsteuern.⁵⁸ Wenn die gesellschaftliche Reproduktion nicht gefährdet werden soll, muß der zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel notwendige Teil der gesellschaftlichen Arbeit außerhalb des Horizonts der Steuer bleiben.⁵⁹

Die Behandlung der Besteuerbarkeit des Arbeitslohns steht in einer durch die Ricardosche Lohntheorie und dem Lassalleschen 'ehernen Lohngesetz' umrissenen Theorietradition. Der Lohn stellt dann im wesentlichen lediglich die für das Existenzminimum notwendigen Produktionskosten dar. Es folgt daraus, daß die Arbeiterklasse von allen Steuerbelastungen freigehalten werden muß. Wird der Arbeitslohn dennoch mit Steuern belegt, sollen sich Lohnsteigerungen einstellen, die den Nettolohn wieder gleich dem obigen Existenzminimum machen. Bei *Lassalle* führt physischer Raubbau am Arbeitsvermögen zu einer Verminderung der Arbeiteranzahl und damit zu entsprechender Lohnsteigerung⁶⁰, während diese sich bei *Renner* im Gefolge der mit der Entwicklung des Kapitalismus wachsenden Assoziationsmacht der Arbeiter, der ebenfalls zunehmenden genossenschaftlichen Wehrhaftigkeit der Konsumenten und der wachsenden Konkurrenz der Produzenten untereinander⁶¹ ergeben soll. Diese antizipierbaren Lohnsteigerungen sollen die Arbeiterklasse dann weitgehend von Steuern frei halten. In der weiteren Diskussion dieses Punktes wurde dieses Dogma in zweifacher Hinsicht problematisiert. Einerseits wird zunehmend auf das der akademischen Finanzwissenschaft entlehnte Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückgegriffen.⁶² Damit kann eine Lohnbesteuerung nicht mehr prinzipiell ausgeschlossen werden! Zum anderen formuliert *Kautsky* zwei Ausnahmen von der Regel der Steuerfreiheit der Arbeiterklasse: erstens hält er in Einlösung einer schon von *Renner* aufgestellten Forderung die Berücksichti-

gung der Verwendungsseite für die Beurteilung der Steuer für notwendig. Bei einer durch Staatsausgaben vermittelten Ersetzung des individuellen Konsums durch 'höheren Massenkonsum' kann auch der Lohn als Finanzierungsquelle herangezogen werden.⁶³ Zweitens hält Kautsky eine Lohnsteuer für zulässig und notwendig, wenn unter der Form des Arbeitslohns andere Einkommensbestandteile angeeignet werden.⁶⁴ Schließlich problematisiert *Eckstein* den bei Lassalle, Renner u.a. vorhandenen Überwälzungsoptimismus in Bezug auf eine mögliche Lohnsteuer mit Verweis auf die kapitalistische Organisationsform des Arbeitsmarktes. Die dann auf den Arbeitslohn fallende Steuer hat aber nicht — wie bei der Existenzminimumbestimmung des Lohnes — die Gefährdung der Reproduktion der Arbeiter zur Folge. Eckstein sieht diese vielmehr durch Elastizitätsmomente bestimmt, die im wesentlichen in der Frauen- und Kinderarbeit und in den für Alter, Arbeitslosigkeit und Krankheit notwendigen Ersparnissen ihre Grundlage haben sollen.⁶⁵ Gelingt der Überwälzungsprozeß aufgrund entsprechender Konstellationen auf dem Arbeitsmarkt nicht, so kann der Arbeiter seine Reproduktion nur sichern durch Zunahme der Arbeit der anderen Familienmitglieder und/oder durch Abbau des individuellen Assekuranzfonds und/oder durch Verlagerung der Reproduktionskosten für die nicht mehr Arbeitsfähigen auf öffentliche Institutionen und schließlich gegebenenfalls durch Steigerung von Arbeitsexensität und Arbeitsintensität.⁶⁶ In jedem Fall ergibt sich daraus jedoch eine Schwächung und Entwertung der Arbeitskraft, die negative Konsequenzen für den Produktionsprozeß hat.⁶⁷ Auf dieser Grundlage erscheint immerhin ein mittelfristiger Zustand denkbar, bei dem der Preis der Arbeitskraft unter ihren historisch vermittelten Wert fällt, ohne daß deswegen schon das lebensnotwendige Existenzminimum erreicht bzw. unterschritten wäre.⁶⁸ So kann zwar die faktisch stattfindende Lohnbesteuerung erklärt werden; die Sicherung des Werts der Ware Arbeitskraft und damit der Gesetzmäßigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft selber erfordert aber den Kampf um entsprechende Strukturen auf der Verwendungsseite des Staatshaushalts. Da mit der Form der Steuer eine Zweckungebundenheit verbunden ist, dürfte dieser Kampf nicht in jeder Situation erfolgreich sein. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob es der Arbeiterklasse gelingt, sich auf Dauer von den *allgemeinen* Produktionskosten des politischen Systems frei zu halten.

Hauptquelle der Steuern in einer sozialistisch orientierten Steuerlehre bildet traditionellerweise der Mehrwert. In der Untersuchung der Tauglichkeit des Mehrwerts als Steuerquelle wird in der Regel von der Sekundärverteilung des Mehrwerts abgesehen. In der Verwendung des von den fungierenden Kapitalisten angeeigneten Mehrwerts wird lediglich zwischen Akkumulationsfonds und Konsumtionsfonds unterschieden, der Ersparnisfonds bleibt somit außerhalb der Betrachtung. Grundlage der steuerquellentheoretischen Erörterung des Mehrwerts bildet das Dogma von der Notwendigkeit der Steuerfreiheit des Akkumulationsfonds.⁶⁹ Die Mehrwertbesteuerung speist sich dann hauptsächlich aus dem dem Konsumtionsfonds des fungierenden Kapitalisten entsprechenden

Mehrwertbestandteil und den von anderen Kapitalgattungen angeeigneten Mehrwertbestandteilen. *Renner* formuliert dazu den Grundsatz, daß die Besteuerung möglichst nahe am Erwerbsbetrieb anzusetzen habe und im umgekehrten Verhältnis zur wirtschaftlichen Aktivität des Besteuerenden stehen soll.⁷⁰ Für *Eckstein* ergibt sich die Schlußfolgerung, daß eine Steuer auf den Ertrag des fungierenden Kapitals durchaus möglich ist, ohne die Akkumulation zu strangulieren: »Ich habe die Frage aufgeworfen, wie eine Besteuerung des Mehrwerts auf die Kapitalakkumulation wirke, und war zu dem Schluß gekommen, daß der kleine Kapitalist die Steuer aus seinem Akkumulationsfonds bestreiten müsse, weil er in der Regel seinen Konsumtionsfonds nicht einschränken kann, daß aber die Kapitalmagnaten auch eine hohe Steuer mit Leichtigkeit auf ihren Konsumtionsfonds übernehmen würden, da sie sich deshalb nicht einmal merklich in ihren Lebensgewohnheiten einschränken brauchten, das Maß ihrer Akkumulation aber nicht dadurch bestimmt wird, wieviel von ihren Einkünften für den persönlichen Konsum erforderlich ist, sondern vor allem durch die Aussichten, das zusätzliche Kapital gewinnbringend anzulegen ... Ist die Konjunktur günstig, so wird ein bedeutender Teil der verfügbaren Kapitalien in Industrierenten, Staatsanleihen usw. angelegt, die persönlichen Auslagen treten etwas zurück. Wird nun die Steuer erhoben, so werden wohl in den seltensten Fällen Kapitalien zurückgezogen oder der beabsichtigten Anlage nicht zugeführt; vielmehr wird in der Regel der Steuerbetrag aus dem Konsumtionsfonds bestritten. Ist die Konjunktur hingegen ungünstig, dann erfolgt die Akkumulation sowieso langsam, die Gelder bleiben meist bei niedrigem Zinsfuß 'müßig' in der Bank liegen, zum persönlichen Konsum bereit. In diesem Falle würde eine Steuer erst recht auf das Konsumkonto übernommen werden.«⁷¹ Mit der Berücksichtigung der Steuerverwendung in der steuerpolitischen Diskussion ließen sich darüber hinaus die Bedingungen für eine Besteuerung des Akkumulationsfonds selber präzisieren. Eine erste Möglichkeit zur Mehrwertbesteuerung, die auch den Akkumulationsfonds beschneidet, wird dann gesehen, wenn die Steuergelder für produktive Zwecke verausgabt werden. Unter produktiv wird dabei die staatsausgabenvermittelte Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit verstanden. Diese soll sich sowohl bei sozialpolitischen Maßregeln als auch bei dem Ausbau des Kommunikationswesens und schließlich bei gänzlicher Übernahme einzelner Betriebe durch den Staat ergeben.⁷² Eine zweite Möglichkeit, den Akkumulationsfonds mit einer Steuer zu belegen, ergibt sich, wenn diese unmittelbar — also ohne vermittelnde staatliche Produktion — in Mehrwertbestandteile zurückverwandelt wird.⁷³

zu 2): In der noch weitgehend durch den Kampf zwischen Feudalaristokratie und Bourgeoisie bestimmten Frühphase der kapitalistischen Produktionsweise stellt die indirekte Steuer den Hauptträger des Steuersystems dar. Einerseits sind die Möglichkeiten der direkten Besteuerung noch begrenzt: die politische Stärke der Bourgeoisie verhindert den Zugriff auf das Profiteinkommen, während die (ökonomische) Schwäche der Arbeiterbewegung die direkte Besteuerung des Ar-

beitslohns nur in sehr engen Grenzen erlaubt. Andererseits scheint die indirekte Steuer ein geeignetes Mittel zu sein, um auf leisen — ökonomischen — Sohlen sowohl den genießenden feudalen Reichtum zu treffen⁷⁴ als auch um die stille Expropriation der Mittel- und Arbeiterklasse vorzunehmen.⁷⁵ An diesen Zusammenhang knüpft denn auch *Lassalle* mit seiner These, derzufolge die indirekte Steuer das spezifische Kennzeichen der Bourgeoisfiskalität darstelle, an.⁷⁶ Unter Hinwegsehen der Nachfragebedingungen geht er von einer prinzipiellen Umsetzbarkeit einer Konsum-, Grund- und Gewerbesteuer in einen Preisbestandteil und damit von ihrer Überwälzbarkeit auf den Konsumenten aus.⁷⁷ Da nun die Steuereinhaltungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse mittels Lohnerhöhung beschränkt sind, und die Belastungsstruktur dieser Steuer regressiv ist⁷⁸, stellt diese Steuer das für die Bourgeoisie eigentümliche Mittel zur Steuerbefreiung der herrschenden Klasse dar. »Zwar kann sie (die Bourgeoisie; d. Verf.) freilich nicht offen erklären, daß sie steuerfrei sein will. Ihr ausgesprochenes Prinzip ist vielmehr in der Regel, daß ein Jeder im Verhältnis zu seinem Einkommen steuern solle. Aber sie erreicht wiederum, mindestens so gut es geht, dasselbe Resultat in verkappter Form durch die Unterscheidung von direkten und indirekten Steuern.«⁷⁹

Mit der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und dem entsprechend gesteigerten Finanzbedarf des bürgerlichen Staates stößt die alleinige Belastung der Lohnarbeiter an die Schranke der Beeinträchtigung der Produktivkraft der Arbeit. Das o.g. Steuerprinzip der Bourgeoisie muß dann zugunsten der (zunehmenden) Heranziehung direkter Steuern relativiert werden. Sie wird damit selber zu einem Mitträger der Steuerlast.⁸⁰ *Renner* sieht diese Entwicklung im wesentlichen als Resultat zweier Umstände: erstens wird durch die sich entwickelnde Gewerkschaftsbewegung die lohnpolitische Steuereinhaltung öfter möglich und zweitens schränkt die mit der Verallgemeinerung des Kapitalverhältnisses zunehmende Konkurrenz die Möglichkeit einer Preissteigerung im Gefolge einer indirekten Steuer zunehmend ein.⁸¹ Mit der zunehmenden Heranziehung der direkten Steuer (vor allem Einkommen- und Vermögensteuer) verlagert sich das steuerpolitische Interesse der Bourgeoisie auf die Ausgestaltung dieser Steuer. Es geht dabei einerseits um die Abgrenzung des Einkommensbegriffs (Differenz zwischen Reinvermögenszuwachs und Überschuß von Einnahmen über Ausgaben, Sicherheit der verschiedenen Einkommensarten etc.) und andererseits um die Tarifierung der Einkommensteuer (Proportional- versus Progressionstarif).⁸² Klar scheint zu sein, daß damit die Bourgeoisie zunehmend an der definitiven Steuerlast beteiligt wird. »Sie betrachtet diese Ausgaben als einen Teil der Geschäftskosten, den ihr die kapitalistische Produktionsweise ebenso auferlegt wie andere, z.B. Versicherung gegen Kursverluste, Veruntreuung und dergl.«⁸³ In welchem Umfang dieses geschieht und wie dieser Sachverhalt mit der allenthalben von sozialistischen Finanztheoretikern vertretenen These vom Klassencharakter des Steuersystems vereinbar ist, bleibt damit allerdings ungeklärt.⁸⁴ Als weitere Fragen verbleiben: Erstens, unter wel-

chen Bedingungen eine direkte Steuer überwälzbar ist und zweitens, ob nicht in dem modernen, wesentlich durch den Staat mitgestalteten Kreditsystem der Überwälzung der indirekten Steuer, etwa als allgemeine Umsatzsteuer, ein weiterer Spielraum eröffnet wird.

Für eine organisierte Arbeiterbewegung stellt sich nun die Frage nach der Beeinflussbarkeit dieser — hier nur grob umrissenen — Entwicklungstendenzen im bürgerlichen Steuersystem. Wenn alle Staatsbürger Steuern zahlen müssen, fragt sich, wie die klassenspezifische Steuerlastverteilung beeinflußt werden kann. Wenn von der Gleichzeitigkeit verschiedener Steuerarten auszugehen ist, fragt sich, wie die Verteilung des Gesamtsteueraufkommens zwischen verschiedenen Steuerarten beeinflußt werden kann. Schließlich fragt sich, wie beide Probleme miteinander zusammenhängen.

zu 3): Die Grundsätze sozialistischer Steuerpolitik werden in Abgrenzung zu einem — nicht zuletzt auch durch die Positionen von Marx und Engels genährten — steuerpolitischen Attentismus* entwickelt. Grundlage des letzteren ist die Auffassung, daß aus der Tatsache, daß die Arbeit die einzige wertschöpfende Instanz sei, die Schlußfolgerung gezogen werden könne, die Form und Verteilung der Steuer sei für die Arbeiterklasse gleichgültig, da sie allemal der eigentliche Steuerproduzent sei.⁸⁵ Bernstein kritisiert diese Auffassung: »Der Gedanke, daß die Art und Weise, wie die Steuerlasten verteilt werden, für die Arbeiterklasse ohne nennenswerte Bedeutung sei, konnte nur zu einer Zeit aufkommen und Anhänger finden, wo die Lehre vom *ehernen Lohngesetz* in ihrer krassesten Auslegung die Geister beherrschte, d.h. als man in den Kreisen der Nationalökonomie allgemein glaubte, die kapitalistische Entwicklung führe mit Notwendigkeit dahin, daß der Lohn des Arbeiters immer wieder auf das zum bloßen Leben des Arbeiters Unentbehrliche zurückfalle.«⁸⁶ In der weiteren Diskussion wird nun aber entweder das Vorhandensein eines Automatismus' zur Sicherung des existenzminimalen Lohnes geleugnet oder aber die durchschnittliche Lohnhöhe selbst oberhalb des Existenzminimums angesiedelt. Dann stellt sich die Frage, wie sich die Lohnarbeiter einer faktischen Steuerbelastung erwehren können bzw. in welchem Umfang sie gegebenenfalls zum Mitträger der Steuerlast werden.⁸⁷

Die Programmatik einer sozialistischen Steuerpolitik ist auf zwei unterschiedliche Ebenen bezogen. Zum einen benennt sie Prinzipien für die Ausgestaltung des Steuerwesens innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Zum anderen wird die Bedeutung der Steuerpolitik für einen Übergangszustand zwischen kapitalistischer Produktionsweise und Sozialismus beleuchtet. Für die Politik innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft wiederum werden einerseits allgemeine Grundsätze in Bezug auf die Steuerverteilung und andererseits Maximen für eine parlamentarische Steuerbewilligungspolitik formuliert.

Für die ersteren bildet das Verdikt der Verwandlung der indirekten Steuern in direkte Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuern den Ausgangspunkt. In

* Haltung derjenigen, die erst nach endgültiger Klärung der Machtverhältnisse Partei nehmen wollen.

den sozialdemokratischen Programmen von Eisenach 1869, von Gotha 1875, von Erfurt 1891 und im Leipziger Aktionsprogramm der USPD von 1919 stellt dies die steuerpolitische Hauptaussage dar.⁸⁸ Diese programmatische Kontinuität verbirgt jedoch eine Unterschiedlichkeit der Begründungen, die sich späterhin zu einer Neuorientierung verdichtet hat.⁸⁹ Marx und Engels gehen in ihrer Begründung einerseits von vermuteten Entwicklungstendenzen des bürgerlichen Steuersystems selbst und andererseits von der Notwendigkeit einer transparenten Steuerbelastung aus. Allgemeine Grundsätze in Bezug auf die Verteilung der Steuerlast zwischen den Klassen formulieren sie nicht. Genau dies wird aber der o.g. Grundsatz in der Lassalleschen Fassung: indem das bürgerliche Steuersystem im wesentlichen auf indirekte, d.h. von der Bourgeoisie überwälzbare Steuern reduziert wird und der Lohn als eine jede Steuerbelastung ausschließende Einkommensform angesehen wird, ist mit der Opposition gegen die indirekte Steuer zugleich die verteilungspolitische Norm der Steuerbefreiung der Lohnarbeiter verbunden. In der weiteren Diskussion sind nun die der Opposition gegen die indirekten Steuern zugrundeliegenden Umstände und damit diese selbst problematisiert worden. Erstens hatte schon Engels darauf verwiesen, daß die indirekte Steuer für die entwickelte bürgerliche Fiskalität notwendig bleibt. Zweitens wird der Zusammenhang zwischen der Unterscheidung der Steuer in direkte und indirekte und der Frage ihrer Überwälzbarkeit problematisiert: je nach Anknüpfungspunkt der Steuer und Marktsituation kann eine nach ihrer Erhebungsform direkte Steuer überwälzbar sein, während eine indirekte Steuer u.U. nicht überwälzt werden kann. Konsequenz ist drittens, daß an die Stelle des obigen allgemeinen Steuerprinzips eine von der jeweiligen Einzelsteuer abhängige Erörterung der Steuerwirkung tritt. Die Befürwortung bzw. Ablehnung einer Steuer hängt dann davon ab, ob ihre Auswirkungen mit einer Verbesserung oder Verschlechterung der Lebenslage der Lohnarbeiter verbunden ist.⁹⁰ Aber auch die von Lassalle favorisierte ricardianische Lohnbestimmung erweist sich als zunehmend unbrauchbar für eine sozialistische Steuerpolitik. Insoweit — nicht zuletzt unter dem Einfluß von Gewerkschaften und Sozialdemokratie — der faktische Durchschnittslohn sich über dem Existenzminimum einpendelt, kann mit der pauschalen Formel von der Steuerfreiheit der Lohnarbeiter nicht weiter operiert werden. Sie wird ersetzt durch die Forderung der Steuerfreiheit des Existenzminimums⁹¹, was die Besteuerung des Arbeitslohns durch Luxus- und Einkommensteuer keineswegs ausschließt.⁹² Desweiteren kann — unabhängig von der Bestimmung des existenznotwendigen Lohns — die Lohnsteuer gerechtfertigt werden, wenn ihr auf der Ausgabenseite des Haushalts Einrichtungen entsprechen, die in die Reproduktion des Arbeitsvermögens eingehen.⁹³ Kern der sozialistischen Steuerforderungen, die die Funktionsprinzipien des bürgerlichen Gesellschaftssystems nicht in Frage stellen, bleibt die Beschleunigung, und der Ausbau der aus dem Mehrwert gespeisten Einkommensformen. In der Diskussion schält sich dazu die Vorstellung einer möglichst nah am Erwerbsbetrieb ansetzenden und mit progressiver Tarifstruktur versehenen Ertragsteuer heraus, die

durch Vermögen- und Erbschaftsteuer ergänzt werden soll.⁹⁴ In der in der sozialdemokratischen Tradition stehenden Literatur werden diese Konzepte allerdings unter der Maßgabe formuliert, daß ihre Verwirklichung die ökonomische Stabilität des Systems nicht gefährden dürfe, da dann die Handlungsbedingungen für die Arbeiterbewegung am günstigsten seien. Sie ziehen daraus die, in ihren Spielarten bereits skizzierte, Schlußfolgerung, daß der Akkumulationsfonds und der zur 'standesgemäßen' Konsumtion des Kapitalisten notwendige Fonds eine Tabuzone für die Besteuerung darstellen sollen.⁹⁵ Demgegenüber wird in der mehr in kommunistischer Tradition stehenden Literatur von der Erwartung ausgegangen, daß jede mittels Steuerpolitik erfolgende Verschiebung der realen Einkommensverteilung zugunsten des Proletariats mit einer Verschärfung der Krise verbunden sei und insoweit revolutionierend wirke.⁹⁶

Da nun nach dieser Diskussion sowohl Lohnarbeiter als auch (die in verschiedene Fraktionen zerfallende) Bourgeoisie als Steuerträger anzusehen sind, stellt sich die Frage nach der Verteilung der Steuerlast zwischen diesen beiden Hauptklassen. Für die steuerliche Belastung jener Bestandteile des Wertprodukts, die nicht Existenzminimum, notwendiger Akkumulationsfonds und standesgemäßen Konsumtionsfonds darstellen, wird dann das der akademischen Finanzwissenschaft entlehnte Prinzip der Leistungsfähigkeit bemüht. »Die Steuerbelastung bildet einen Teil der Ausbeutung, die die politisch und wirtschaftlich herrschenden Klassen auf die beherrschte, die Arbeiterklasse, legen. Demgegenüber fordern wir als diejenige Partei, die gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle erstrebt: nicht die Unterdrückung durch die andere, sondern gleiches Recht auch im Steuerwesen. Und da die heutige Gesellschaft ungleiche Klassen enthält, so kann die Gleichheit nur dadurch geschaffen werden, daß die Steuern sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Besteuernten richten ...«⁹⁷ Ob allerdings das als Konkretisierung des Gleichheitsgrundsatzes aufgefaßte Leistungsfähigkeitsprinzip einen brauchbaren Schutz gegenüber der klassenspezifischen Übervorteilung im Steuerwesen darstellt, kann insofern bezweifelt werden, als einerseits ohne jede Grenze die über das Existenzminimum hinausgehenden Lohnbestandteile für die Besteuerung freigegeben werden, während andererseits nicht nur ungeklärt bleibt, was unter einem »notwendigen« Akkumulations- und Konsumtionsfonds für das Kapital zu verstehen ist, sondern auch, wie die darüber hinausgehenden Mehrwertbestandteile bei den reichhaltigen Steuerumgehungs- und Steuerüberwälzungsmöglichkeiten der Kapitalisten überhaupt abgeschöpft werden können.

Die Umsetzung dieser Grundsätze für eine innerhalb der Grenzen des bürgerlichen Gesellschaftssystems verbleibende sozialistische Steuerpolitik unterstellt zumindest einen gewichtigen Einfluß der politischen Repräsentanten der Arbeiterbewegung. Da davon aber nicht von vornherein auszugehen ist, stellt sich die Frage, wie sich die Sozialisten zur Finanzpolitik einer bürgerlichen Regierung verhalten sollen. Einerseits ist das Gesamtbudget als materielle Quelle für die Organisierung der Klassenherrschaft aufzufassen und insoweit prinzipiell abzu-

lehnen.⁹⁸ Andererseits wird durch diesen eher deklamatorischen Akt der konkrete Einflußspielraum nur unzureichend ausgeschöpft. Dies soll dann in Anlehnung an die jeweils favorisierten Steuerprinzipien geschehen. So wird zunächst die Bewilligung einer von einer bürgerlichen Regierung auferlegten direkten Steuer befürwortet, wenn entweder der Verwendungszweck dies rechtfertigt oder dadurch indirekte Steuern ersetzt werden.⁹⁹ Dieser noch einigermaßen eindeutige Grundsatz wird jedoch verwässert zur sogenannten Wahl des kleineren Übels, die gleichbedeutend ist mit der Befürwortung einer Steuer für den Fall, daß ihre Nichtbewilligung die Einführung von für die Arbeiterklasse noch nachteiligeren Steuern zur Folge hat. Sollte dies zunächst nur für eine zusätzliche direkte Steuer gelten, so wird dies schließlich für jedwede Steuer, also auch für die ehemals vielgeschmähten indirekten Steuern, formuliert.¹⁰⁰ Da diese Norm in Anbetracht der Unwägbarkeiten bürgerlicher Politikprozesse wenig Orientierungshilfen bietet, besteht zumindest die Möglichkeit, daß damit einem finanzpolitischen Opportunismus Tür und Tor geöffnet wird.¹⁰¹

Abgelehnt wird von den sozialistischen Theoretikern die Vorstellung, daß mittels expandierender Mehrwertbesteuerung eine stille Sozialisierung und so ein allmähliches Hineinwachsen in den Sozialismus stattfinden könne.¹⁰² Die durch 'notwendigen' Konsumtions- und Akkumulationsfonds gezogenen Schranken für die Mehrwertbesteuerung können nur bei gleichzeitiger (Teil-)Verstaatlichung von wichtigen Industriezweigen übersprungen werden, da damit die gesellschaftliche Reproduktion vom kapitalistischen Kalkül teilweise unabhängig wird.¹⁰³ Für die Steuerpolitik einer parlamentarisch mehrheitsfähigen Arbeiterpartei soll der Grundsatz gelten, »... daß die Gesamtheit durch reichliche Steuereinnahmen in die Lage versetzt wird, selbst eine rege wirtschaftliche Tätigkeit zu entfalten.«¹⁰⁴ Günstige strukturelle Bedingungen für einen vom Markt unabhängigen Typ der gesellschaftlichen Reproduktion können durch die Besteuerung in mehrfacher Hinsicht geschaffen werden. Erstens kann bei entsprechenden Verwendungsaufgaben die Lohnsteuer die Ausdehnung des politisch, d.h. über gesellschaftliche Planungsprozesse, vermittelten Teils des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens bewirken. Zweitens kann eine offensive Form der Mehrwertbesteuerung die Grundlagen für eine nicht nur aus dem Informationsmonopol der Kapitalisten gespeiste gesellschaftliche Buchführung legen.¹⁰⁵ Drittens dadurch, »... daß die gesamtwirtschaftlich orientierte Steuerpolitik die Aufgabe hat, die gesamtwirtschaftlichen Tendenzen der Wirtschaft zu fördern und zu diesem Zweck die *öffentliche Kapitalbildung vor die private Kapitalbildung* zu stellen hat.«¹⁰⁶ Viertens: »Die sozialistische Steuerpolitik muß die *unsozialen Wirkungen der Gegensätzlichkeit in der kapitalistischen Güterverteilung aufheben*, soweit sie nicht schon durch andere unmittelbare wirksame Maßnahmen der unmittelbaren Verteilungspolitik möglich ist.«¹⁰⁷

In der Reduktion des Staates auf eine Maschine der Klassenherrschaft, die im revolutionären Vergesellschaftungsprozeß zu zerschlagen sei, sieht *Goldscheid* die eigentliche Ursache für die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, ihr wirtschafts-

politisches Alltagshandeln mit ihren strategischen Zielvorstellungen zu vermitteln. Zum einen werde überhaupt die Bedeutung der ökonomischen Grundlagen des Staates für seine politische Feingliederung verkannt. Zum anderen werde seine Rolle als Wirtschaftsorgan für den — keinesfalls abrupt zu denkenden — Transformationsprozeß in Richtung Sozialismus gering geschätzt bzw. übersehen und damit positive Politikmöglichkeiten in Bezug auf den bürgerlichen Staat nicht ausgeschöpft. Daher habe der wissenschaftliche Sozialismus bisher keine umfassende Steuertheorie hervorgebracht, aus der für die praktische Steuerpolitik Orientierungspunkte entwickelt werden könnten. »Es ist sicherlich die größte Lücke im wissenschaftlichen Sozialismus, daß seine Steuerlehre bisher am dürftigsten ausgebaut war, daß er sich in dieser Beziehung, namentlich in letzter Zeit, weitmehr aus seiner Abwehrstellung gegen die Strömungen des Tages entwickelte als *auf Grund neuer eigener positiver Ideen.*«¹⁰⁸ In diesem bloßen Abwehrkampf sieht Goldscheid dann die Gefahr, »... *so sehr in den Gegenwartsstaat hineinzuwachsen, daß sie sich, um ihren politischen Einfluß zu stärken, theoretisch und praktisch mehr an diesen anzupassen sucht und so ein Stück nach dem andern von ihrem spezifischen Wirtschaftsprogramm preiszugeben bereit wird.*«¹⁰⁹

5. Schlußbemerkung

Hinausgehend über die Andeutungen bei Marx und Engels selber wird in der älteren sozialdemokratischen Diskussion der Versuch gemacht, unter Nutzbarmachung der Marxschen Theorie für die Steuerfrage in Umrissen Quellen und Wirkungen der Steuern im Kapitalismus zu ermitteln, um auf dieser Grundlage handhabbare Normen für eine Steuerpolitik im Interesse der Arbeiterbewegung zu formulieren. Die durch den bürgerlichen Staat entfalteten Potenzen illusorischer Gemeinschaftlichkeit und die entsprechende Allgemeinheit der Steuer führen dann vor dem Hintergrund einer teilweise dogmatisierten Aneignung der Marxschen Theorie zu einem allmählichen Verfall in der Artikulation des steuerpolitischen Klasseninteresses durch die SPD.

Da die akademische Finanzwissenschaft, wo sie mit gesellschaftstheoretischem Konsistenzanspruch auftritt, finsterste Neoklassik ist, dagegen funktionalistisch-reduziert argumentiert, wo sie die Funktionsdefizite entwickelter Marktwirtschaften zur Kenntnis nimmt, bleibt eine umfassende, an den ökonomischen und sozialen Antagonismen orientierte Untersuchung der Staatswirtschaft nach wie vor Programm. — Abgesehen von der ungelöst bleibenden prinzipiellen Frage, ob die 'politischen Gemeinkosten' neben den technischen Produktionsbedingungen und den Realisierungsbedingungen zu einem Bestimmungsfaktor der 'notwendigen Arbeit' werden, verbleibt als Hauptproblem die Ermittlung der sowohl gewünschten als auch umsetzbaren Steuerquotenentwicklung, der wichtigsten Grundlage für die Staatsquotenentwicklung. Die ältere sozialdemokratische Diskussion hat nun gezeigt, daß diese nur durch eine einkommensspezifische und damit klassenspezifische Diskussion der Besteuerungs-

spielräume ermittelt werden kann. Hauptaufgabe bleibt die Konzipierung einer systematischen Mehrwertbesteuerung, die einerseits nicht die Akkumulation zum Erliegen bringt, andererseits aber die Steuerbefreiungsmöglichkeiten für die Unternehmer einschränkt. Durch Ausdehnung der buchhalterischen Kontrollkompetenz der Steuerbehörde wäre die Steuerumgehung zu verhindern. Durch das Setzen entsprechender makroökonomischer Rahmenbedingungen wäre die Steuerüberwälzung einzuschränken und schließlich wären durch Zusatzsteuern die steuerkompensierenden Maßnahmen der Unternehmungen auf Kosten der Arbeiter zu begrenzen (z.B. steuerliche Belastung der 'steuerinduzierten' Freisetzung von Arbeitskräften). Da aber vermutlich die sozialpolitischen Aufgaben des Staates rascher wachsen als dieser Korridor für die Besteuerung des Mehrwerts, bleibt die Steuer auf den Arbeitslohn ein wichtiger Bestandteil des Gesamtsteueraufkommens. Diese müßte einerseits so ausgestaltet werden, daß die Verwendung der Steuer der Reproduktion der Lohnarbeiter dient und eine Kontrolle dieser Verwendung institutionalisiert wird. Zum anderen müßte sie hinausgehend über das Raster der geltenden Einkommensteuer die spezifische Lebenssituation der verschiedenen Gruppen von Lohnempfängern berücksichtigen und weitestmöglich nivellieren.

Anmerkungen

- 1 Abgabenordnung, 1977, §3, Absatz 1.
- 2 Zu beantworten wäre hier die — z.T. auch in der makroökonomisch orientierten Steuerüberwälzungstheorie gestellte — Frage, ob nicht eine steuerbedingte Zunahme des Anteils der kreditfinanzierten Investitionen einerseits und die staatliche Nachfrage andererseits die Bedingungen für eine erfolgreiche Steuerüberwälzung schaffen.
- 3 Vgl. Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrats, Tabelle 23 und Jahresgutachten 1979/80, Tabelle 26.
- 4 Berechnet nach den Zahlen im Jahresgutachten 1979/80, Tabelle 26 und in 'Die Welt' vom 24.5.1980.
- 5 M. Nachimson, David Ricardos Steuertheorie, in: Neue Zeit, 29.Jg. 1911, S.244.
- 6 Vgl. G. Leminsky/B. Otto, Politik und Programmatik des deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974, S.50, 283.
- 7 Ebenda, S.51.
- 8 Vgl. ebenda, S.51, 63, 285 und DGB-Grundsatzprogrammwurf 1980, Punkt 12.
- 9 Vgl. Leminsky, a.a.O., S.292, 296.
- 10 Vgl. auch die treffende Kritik am spekulativen Gehalt finanzpolitischer Normen bei G. Myrdal, Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, Bad Godesberg 1976, S.151ff.
- 11 Vgl. Leminsky, a.a.O., S.51, 254 und DGB-Grundsatzprogrammwurf, Punkt 12.
- 12 Vgl. W. Höhnen/H.G. Wehner, Staatsfinanzen, Steuern, Arbeitnehmer, Köln 1978, S.74f. Undiskutiert bleiben dabei allerdings die Steuerhinterziehungsmöglichkeiten der Produktionsmitteleigentümer. Die — latente — Opposition gegen die indirekte Steuer bildet einen der Hauptdifferenzpunkte in den steuerpolitischen Konzeptionen von SPD und DGB.
- 13 Vgl. Höhnen, a.a.O., S.60. Dieser Forderung wird im Steuerentlastungsgesetz für 1981 weitgehend entsprochen.
- 14 Vgl. Höhnen, a.a.O., S.59, 63, 65, 75. Andernorts formulierte Vorstellungen über die Vergrößerung der Progression im oberen Tarifbereich, einschließlich einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes in Verbindung mit der Beseitigung der Steuerumgehungsmöglichkeiten für die Unternehmer haben noch keinen Niederschlag in den steuerpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften gefunden. Vgl. K. Neumann, Strukturwandel und Strukturpolitik, Frankfurt/M. 1976, S.130f.
- 15 Leminsky, a.a.O., S.288.
- 16 Vgl. zum Ganzen Leminsky, a.a.O., S.285-293, 300 und Höhnen, a.a.O., S.46, 49, 55f.

- 17 Umgekehrt geben manche Formulierungen Anlaß zu der Vermutung, daß in den Köpfen der gewerkschaftlichen Steuerreformer diese illusorischen Gleichheitsvorstellungen weiterbestehen: »Werbungskosten können als 'Betriebsausgaben des kleinen Mannes' bezeichnet werden. Ihre steuerliche Abzugsfähigkeit z.B. bei Lohneinkünften hat dieselbe Aufgabe wie die Berücksichtigung der Betriebsausgaben bei der Gewinnermittlung.« Leminsky, a.a.O., S.300.
- 18 Ebenda, S.260 und DGB-Grundsatzprogrammentwurf 1980, Punkt 12.
- 19 Vgl. Leminsky, a.a.O., S.193f. und Höhnen, a.a.O., S.75ff.
- 20 Leminsky, a.a.O., S.298, siehe auch S.260.
- 21 Leminsky, a.a.O., S.294ff. und Höhnen, a.a.O., S.77f.
- 22 DGB-Grundsatzprogrammentwurf, Punkt 12.
- 23 Vgl. Wahlprogramm der SPD für 1980, S.14.
- 24 Vgl. die Ausführungen des Steuerexperten der SPD, Gobrecht, in: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 218. Sitzung, S.17518, 17520.
- 25 Vgl. schon Godesberger Programm, in: W. Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Köln 1978, S.147 und neuerdings Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, Bonn 1975, S.49.
- 26 Vgl. §§26-28 Stabilitätsgesetz.
- 27 Vgl. z.B. A. Fischer, Die Steuerreform und ihr Verhältnis zur Wirtschaftspolitik und Vermögenspolitik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 95/1971, S.1054ff.
- 28 Allerdings wäre im Rahmen eines radikalisierten keynesianischen Konzepts eine konjunkturpolitisch motivierte Verschärfung der Steuerbelastung für die oberen Einkommensbezieher denkbar. Dies scheint auch P. Grottian vorzuschweben, der die Erfolgsaussichten von sozialpolitisch motivierten Steuerreformen steigen sieht, wenn arbeitsmarkt- und konjunkturpolitische Zusammenhänge reaktiviert werden. Vgl. P. Grottian, Thematisierungs- und Dethematisierungsstrategien des Staates anhand der Steuerreform, in: R. Grauhan/R. Hickel (Hrsg.), Krise des Steuerstaats?, Leviathan Sonderheft 1/1978.
- 29 Insbesondere das letzte Steuerentlastungsgesetz für 1981 dokumentiert die normative Orientierungslosigkeit der SPD-Steuerpolitik. Erstens wird als Ziel ausgegeben, daß die Steuerbelastung mit steigendem Einkommen »angemessen« wachsen müsse und zweitens soll gegenüber dem »überproportionalen Anstieg der direkten Steuer« im Verhältnis zur indirekten Steuer (in gänzlicher Verleugnung tradierter Argumentationsmuster) einfach ihr früheres Verhältnis als Norm festgeschrieben werden. Vgl. Bundesrat-Drucksache Nr. 100/80, S.133.
- 30 Vgl. Memorandum 1978, Köln 1978, S.62f., 66-67; Memorandum 1979, Köln 1979, S.45-49; Memorandum 1980, Köln 1980, S.23f.; Arbeitskreis Politische Ökonomie, Der Arbeitsmarkt in der BRD, in: Leviathan Nr. 3/1978, S.451f.
- 31 Vgl. J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs?, Köln 1977, S.494f. und Memorandum 1977, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 5/1977, S.642.
- 32 Vgl. Memorandum 1978, S.118 und Memorandum 1979, S.72, 93f.
- 33 Vgl. dazu Sozialistische Studiengruppen, Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Hamburg 1980, S.26, 27.
- 34 Marx-Engels, Werke, Berlin (DDR) 1966ff (im folgenden MEW), Bd.8, S.202, vgl. MEW, Bd.4, S.164, 348f. und MEW, Bd.19, S.30.
- 35 Vgl. MEW, Bd.7, S.285.
- 36 Vgl. K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953 (im folgenden GR), S.430.
- 37 Vgl. dazu GR, S.424, 425; MEW, Bd.24, S.419f.; Bd.4, S.348.
- 38 GR, S.425.
- 39 Vgl. MEW, Bd.26.1, S.55, 181; Bd.23, S.587; Bd.18, S.232; Bd.9, S.44; Bd.4, S.348.
- 40 Vgl. z.B. J.R. McCulloch, A Treatise on the Principles and Practical Influence of Taxation and the Funding System, 1845, Neuauflage Edingburgh 1975.
- 41 Vgl. z.B. MEW 16, S.198.
- 42 Vgl. u.a. MEW, Bd.23, S.784; Bd.25, S.766; Bd.26.2, S.90, 152, 387f.; Bd.10, S.229; Bd.16, S.198; GR, S.824f., 836.
- 43 Vgl. MEW, Bd.8, S.476.
- 44 Vgl. ebenda.
- 45 Vgl. MEW, Bd.22, S.495, aber auch die Hinweise von Marx MEW, Bd.8, S.477 und Bd.12, S.132.
- 46 Vgl. MEW, Bd.9, S.62ff. und Bd.12, S.130.
- 47 Vgl. MEW, Bd.26.1, S.181; Bd.12, S.133; Bd.4, S.348.
- 48 Vgl. MEW, Bd.23, S.784; Bd.9, S.63; GR, S.822.
- 49 MEW, Bd.25, S.623.

- 50 Vgl. Marx' Hinweis in MEW, Bd.12, S.514.
 51 Ebenda, S.516.
 52 Ebenda, S.517.
 53 Vgl. MEW, Bd.16, S.198; Bd.34, S.418; Bd.35, S.365, 428.
 54 Vgl. MEW, Bd.6, S.30, 33, 254ff.; Bd.34, S.418; Bd.35, S.428.
 55 Vgl. MEW, Bd.16, S.198; Bd.18, S.232; Bd.22, S.495f.
 56 Vgl. MEW, Bd.7, S.253, 286ff.; Bd.9, S.82; Bd.4, S.481, 373; Bd.27, S.477.
 57 Vgl. K. Renner, Das arbeitende Volk und die Steuern, Wien 1909, S.33; K. Kautsky, Noch ein Wort zur Steuerpolitik, in: Neue Zeit, Jg.34 1916, S.107.
 58 Vgl. Renner, a.a.O., S.7, 9, 36f.
 59 Vgl. K. Kautsky, Sozialdemokratische Steuerpolitik, in: Neue Zeit, Jg.34 1916, S.738.
 60 Vgl. F. Lassalle, Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen, Berlin 1892.
 61 Vgl. Renner, a.a.O., S.37-39, 49f.
 62 Vgl. z.B. E. Wurm, Referat über die Steuerfrage in Jena 1913, abgedr. in: K. Diehl/P. Mombert (Hrsg.), Grundsätze der Besteuerung, Jena 1922, S.184.
 63 Vgl. Kautsky, a.a.O., S.739. Wie allerdings zwischen beiden Größen ein Äquivalenzzusammenhang hergestellt werden soll, bleibt schleierhaft. Siehe auch 71, 72, 73 u.a.
 64 Vgl. ebenda, S.740f. und Renner, a.a.O., S.37f.
 65 Vgl. G. Eckstein, Löhne und Steuern, in: Neue Zeit, 31.Jg. 1912, Bd.3, S.335ff.
 66 Ebenda, S.338f., 342. Vgl. auch die Verweise auf die mögliche Verminderung von Ersparnis bzw. der 'Luxuskonsumtion' bei H. Cunow, Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?, Berlin 1916, S.21f.
 67 Vgl. Eckstein, a.a.O., S.339.
 68 Vgl. auch M. Nachimson, für den insbesondere bei regressiv wirkender indirekter Steuer auf notwendige Lebensmittel und in Perioden der Preissteigerung zumindest ein Teil der Steuer von der Arbeiterklasse zu tragen ist. A.a.O., S.252ff.
 69 Vgl. z.B. Renner, a.a.O., S.39f., 42, 51; Cunow, a.a.O., S.39ff. sowie O. Bauer, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, in: Werkausgabe, Bd.4, S.826, wo voreilig von einer hohen Einkommensteuer auf eine verlangsamte Akkumulation geschlossen wird.
 70 Renner, a.a.O., S.45f. Vgl. auch E. Bernstein, Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie, Berlin 1914, S.17.
 71 Eckstein, a.a.O., S.341. Vgl. auch einerseits Wurms weitergehende These, daß mit der Trennung von Kapitalfunktion und Kapitaleigentum der ganze Konsumtionsfonds der Kapitalisten weggesteuert werden könne (Wurm a.a.O., S.185f.) und andererseits Kautsky, der bloß den über den standesgemäßen Minimalkonsum hinausgehenden Teil des Konsumtionsfonds als wegsteuerbar ansieht (Kautsky, a.a.O., S.747ff.).
 72 Vgl. Kautsky, a.a.O., S.746; Cunow, a.a.O., S.43f.; Wurm, a.a.O., S.186f.; Bauer, a.a.O., S.826f.
 73 Kautsky, a.a.O., S.746f. Dies soll vor allem bei den steuerfinanzierten Zinszahlungen an die Staatsgläubiger der Fall sein. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, daß die Staatsgläubiger nicht die fungierenden Kapitale sind, die Steuer kann diesen also allenfalls in Form von erweiterten Kreditspielräumen zugute kommen.
 74 Vgl. schon Marx, MEW, Bd.4, S.164.
 75 Vgl. Marx, MEW, Bd.23, S.784.
 76 Lassalle, a.a.O., S.13.
 77 Vgl. ebenda, S.12, 14, 16.
 78 Vgl. ebenda, S.43ff. und 12, 17.
 79 Ebenda, S.12.
 80 Vgl. dazu E. Wurm, Die Finanzgeschichte des Deutschen Reiches, Hamburg 1910, S.68f., 100f. und E. Kaemmel, Finanzgeschichte, Berlin (DDR) 1966, S.327, 334f., 338, 346ff.
 81 Renner, a.a.O., S.31f., 38f.
 82 Vgl. Kaemmel, a.a.O., S.341.
 83 Vgl. Wurm, a.a.O., S.101.
 84 Interessant ist in diesem Zusammenhang eine frühe Untersuchung von J. Kuczynski zum Staatshaushalt, wo die These vertreten wird, daß im Gefolge von Zugeständnissen an antikapitalistische Strömungen eine Demokratisierung des kapitalistischen Einnahmesystems stattfindet und der Klassencharakter des Staates nur mehr an der Staatsstruktur im allgemeinen bzw. dem Ausgabensystem festzumachen sei. J. Kuczynski, Der Staatshaushalt, Berlin 1927, S.11f., 25ff.
 85 Vgl. M. Grunwald, Marx über Steuerreformen, in: Neue Zeit, Jg.18 1900, S.568ff., der darüber hinaus auch auf die bei Marx und Engels beliebte Redeweise von der bloß akzidentellen Bedeutung der Steuer Bezug nimmt und die Kritik von Wurm, Referat zur Steuerfrage, S.188f. Ähnliche Vorstellungen finden

- sich schon bei einzelnen Vertretern des utopischen Sozialismus, so z.B. bei J.F. Bray, Die Leiden der Arbeiterklasse und ihre Heilmittel, 1839, deutsche Ausgabe, Leipzig 1920, S.100f.
- 86 Bernstein, a.a.O., S.38.
- 87 In Anbetracht der Kritik des o.g. Scheinradikalismus erweist sich auch der Vorwurf der Interesselosigkeit »der« Sozialisten gegenüber der Steuerfrage, wie ihn K. Mengelberg in ihrer Dissertation: Die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Partei als Ausfluß staatlicher Ideologien, o.J., S.29f. erhebt, als unberechtigt. Die integrationistische, den Klassencharakter des Staates wie der Sozialdemokratie selbst leugnenden Perspektive verstellt bei ihr die differenzierte Wahrnehmung.
- 88 Vgl. Abendroth, a.a.O., S.106, 108, 111 und 114.
- 89 Vgl. insbesondere das Görlitzer Programm von 1921 und das Heidelberger Programm von 1925, abgedr. bei Abendroth, a.a.O., S.118 und 126.
- 90 Vgl. zum Ganzen: Wurm, a.a.O., S.190f.; Cunow, a.a.O., S.11f., 14ff., 25 und auch R. Goldscheid, Staatssozialismus oder Staatskapitalismus, in: ders., Die Finanzkrise des Steuerstaats, Frankfurt/M. 1976, S.184f. und ders., Staat, Öffentlicher Haushalt und Gesellschaft, in: ebenda, S.282.
- 91 Vgl. z.B. Wurm, Finanzgeschichte, S.71.
- 92 Vgl. die Steuern auf Luxusgüter bei Renner, a.a.O., S.40 sowie die Kritik von Kautsky, für den der sog. Luxuskonsum der Arbeiter eine aus einer bestimmten sozialen Lebenssituation hervorgehende Notwendigkeit darstellt. Kautsky, a.a.O., S.748f.
- 93 Vgl. oben, S.25. Um dies zu garantieren, müßte die Lohnsteuer allerdings als Zwecksteuer ausgestaltet werden.
- 94 Vgl. z.B. Renner, a.a.O., S.45f., 49f.
- 95 Vgl. oben, S.26f.
- 96 Vgl. exemplarisch: E. Pawlowski (d.i.: E. Varga), Der Bankrott Deutschlands, Hamburg 1921, S.183f. Diese Position ist der eines gewerkschaftlichen Radikalismus nicht unähnlich, in dem in alleiniger Orientierung an Lohnerhöhungen jedwedes Überdenken von markoökonomischen Konsequenzen abgelehnt wird. Vgl. Zitat aus der 'Leipziger Volkszeitung' bei Cunow, a.a.O., S.40.
- 97 Wurm, Referat zur Steuerfrage, S.184. Vgl. auch die entsprechenden Abschnitte der Programme von 1921 und 1925, abgedr. bei Abendroth, a.a.O., S.118, 126.
- 98 Vgl. Renner, a.a.O., S.56; Wurm, Finanzgeschichte, S.98ff.; Bernstein, a.a.O., S.28f.
- 99 Vgl. Wurm, ebenda und Renner, a.a.O., S.52, 55.
- 100 Vgl. Bernstein, a.a.O., S.30ff.; Cunow, a.a.O., S.10f. und auch Mengelberg, a.a.O., S.17ff., die darin einen von einem »größeren Verantwortungsgefühl« getragenen »Willen zur Wirkung durch den bestehenden Staat hindurch« sieht. Die Vollendung dieser Entwicklung stellt für sie die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD dar.
- 101 Vgl. auch das Eingeständnis von Bernstein, daß damit von den Sozialisten abgelehnte Ausgaben u.U. überhaupt erst ermöglicht würden und seine als Aushilfsmittel gedachte Versicherung, daß das Klassenbewußtsein der Parteimitglieder in jeder Situation die richtige Entscheidung ermögliche. A.a.O., S.36 und 47f.
- 102 Vgl. Renner, a.a.O., S.43; Bernstein, a.a.O., S.22; Mengelberg, a.a.O., S.30ff. und K. Kautsky, Grundsatzlose Steuerpolitik, in: Neue Zeit, Jg.34 1916, S.111.
- 103 Renner, ebenda.
- 104 O. Leichter, Die Sprengung des Kapitalismus, Wien 1932, S.108f.
- 105 Vgl. in diesem Zusammenhang den im »Entwurf eines Finanzprogramms« der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie und anderen gemachten Vorschlag einer von Industrieverbänden selbst zu bewerkstellenden Eintreibung der Steuer auf Profit, zitiert bei Gerloff, Steuerwirtschaft und Sozialismus, 1922, S.55ff.
- 106 Leichter, a.a.O., S.109. Unter öffentlicher Kapitalbildung wird hier offenbar die Finanzierung und der Erwerb von (Mit-)Eigentum von auf Wertrealisierung beruhenden Betrieben durch den Staat verstanden.
- 107 Leichter, a.a.O., S.111; vgl. auch Goldscheid, a.a.O., S.97. Vereinfachend ist in diesem Zusammenhang die von Kuczynski an derlei 'sozialistischen Finanzreformen' geübte Kritik. Er sieht deren Durchführung durch Bandenbildung, Parlamentsnötigung u.ä. der sich assoziierenden Bourgeoisie bedroht (vgl. a.a.O., S.33f). Weder die Tatsache, daß die Bourgeoisie keinen einheitlichen Interessenblock darstellt, noch die strukturellen Existenzbedingungen ihrer verschiedenen Fraktionen gehen in dieses Urteil ein.
- 108 Goldscheid, a.a.O., S.184. Vgl. Ebenda, S.81, 184ff., 277ff.
- 109 Ebenda, S.200.

Grüne und die Linke



- Interview mit der AL Berlin
 - Ökologie und Marxismus, Teil 2
 - Kritik an Gruhl und Harich
- in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus No. 2/80

Ein Beitrag zur Verständigung der Linken auf eine konkrete politische Alternative

Sozialistische
Studiengruppen

Sozialistische Wirtschafts- und Sozial- politik



Programma-
tische Leitsätze
und Kapitalismus-
analyse der
Linkssozialisten
in der BRD

VSA

mur 5,80

195 Seiten; DM 5,80

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
2000 Hamburg 50

Hermann Kepplinger

Verstaatlichte Industrie als Instrument des Staatsinterventionismus

1. Zur Fragestellung

Die jüngste krisenhafte Entwicklung in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern hat das Vertrauen in die Fähigkeit des global und indirekt ansetzenden Stabilisierungsinstrumentariums nach keynesianischer Provenienz zumindest stark erschüttert, wenn nicht gar die Gewißheit eingepaukt, daß sich mit diesen traditionellen Instrumentarien die Stabilisierung ökonomischer Reproduktion kaum gewährleisten läßt. Galt bis in die jüngste Zeit die »Arbeitsteilung« — Makrosteuerung durch den Staat und dezentrale Steuerung auf der einzelwirtschaftlichen Ebene — als Garant für eine relativ krisenfreie Expansion ökonomischer Reproduktion, so hat die Krise in den siebziger Jahren Phänomene hervorgebracht, die offenbar mit der bisherigen Rezeptur nicht mehr bewältigbar sind, ebensowenig wie sie mit theoretischen Ansätzen, die auf der herrschenden Lehre basieren, erklärbar sind (z.B. »Stagflation«, »Entkoppelung« von Konjunktur bzw. Wachstum und Beschäftigung). Die Tatsache, daß die Neoklassik in Gestalt des »Neuen Monetarismus« eine Wiedergeburt feiern konnte, mag als Hinweis dienen, wie groß die »Verwirrung« innerhalb des bürgerlichen Lagers ist.

Angemerkt sei vorerst nur, daß sich die keynesianischen Theorieintentionen und die daraus deduzierten Instrumente auf die Makroebene beziehen, während sich auf der Mikroebene Entwicklungen vollzogen haben (z.B. Monopolisierung), die die Wirksamkeit der Globalpolitik zumindest stark relativieren. Während im Lichte der ekklektizistischen und subjektivistischen Theorien außermarktwirtschaftliche Ursachen verantwortlich sind, die die im Prinzip vorhandene Systemstabilität stören, bezieht sich das traditionelle keynesianische System auf eine Strategie, die versucht, via »Anreizmaßnahmen« den krisenhaften Reproduktionsprozeß (Annahme: zyklische Krisen) zu dynamisieren; dabei stützt sich diese Politik im wesentlichen auf die eigendynamischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Reproduktion. Im Unterschied zur neoklassischen bzw. monetaristischen Theorie insistiert die keynesianische nicht auf die prinzipielle Stabilität des kapitalistischen Systems.

Halten wir fest: Die krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft erfordert in wachsendem Ausmaß systemstabilisierende Aktivitäten des Staates; diese Erfordernisse stellen aber den Staat zusehends vor wachsende Probleme; die jüngste Krise hat die Skepsis verstärkt, ob auf die Dauer der Staat in der Lage sein wird, in der kapitalismusspezifischen Form diese Funktionsanforderungen zu leisten. Was Österreich betrifft, erhebt sich nun die theoretisch wie empirisch-praktisch interessante Frage, ob der relativ große verstaatlichte Sektor nicht eine zusätzliche Instrumentvariable darstellt, die quantitativ und qualitativ (?) im Rahmen der staatsinterventionistischen Politik von besonderer Bedeutung

ist; halten wir weiter fest, daß in Österreich die Krise 1974/75 im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern vor allem in bezug auf die Konsequenzen am Arbeitsmarkt weniger wirksam wurde; ob und vor allem wie die genannten Phänomene im Zusammenhang stehen, ist die Frage, die in den folgenden Ausführungen untersucht werden soll.

Daß der Interventionsspielraum durch Verstaatlichungsmaßnahmen bzw. durch die Existenz eines großen staatlichen Sektors erweitert werden kann, ist evident und wird auch von Ökonomen thematisiert, die nicht auf dem Boden der marxistischen Wirtschaftstheorie stehen. Beispielsweise sei erwähnt: B. Rürup, Aktive Beschäftigungspolitik durch staatliche Unternehmen, in: Wirtschaftsdienst VII/1977; oder F. Knauss: Konjunkturbelebung mit Bundesunternehmen?, in: Annalen der Gemeinwirtschaft, Jahrgang 46/1977. Auf Grund der beschränkten Analysekapazität und daher Oberflächlichkeit bürgerlicher Theorien wird dieser Form des Interventionismus a priori lediglich der Stellenwert eines — zum traditionellen Instrumentarium — »ergänzenden Aspektes« zugewiesen, ohne daß die Frage erörtert wird, ob und gegebenenfalls in welcher Form sich hier qualitativ neue Interventionsmöglichkeiten verbergen, die einen Fortschritt hinsichtlich der kapitalismuserhaltenden Funktionsanforderungen, die der Staat zu leisten hat, darstellen.

Eine gründliche Analyse kann demnach nicht auf dieser Position verharren, sondern muß zu zeigen versuchen, wie sich ein durch verstaatlichte Unternehmungen vermittelter Staatsinterventionismus von anderen Formen abhebt (vgl. Punkt 2). Nur auf diese Weise wird der Zusammenhang von Staatsinterventionismus, der sich durch Übernahme oder durch direkte Beeinflussung von Unternehmungen der materiellen Produktion manifestiert und den konkreten Änderungen in der Strukturentwicklung des kapitalistischen Verwertungsprozesses begreifbar. Nur so kann gezeigt und in der politischen Praxis konkret vermittelt werden, wie der verstaatlichte Sektor als Vehikel benutzt werden kann, das sich in einer spezifischen Weise zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems einsetzen läßt. Nur so kann der demagogischen Propaganda von konservativen Kreisen, die die Behauptung von der angeblichen Überlegenheit privatwirtschaftlicher Organisationsformen beharrlich wiederholt, wirkungsvoll entgegengetreten werden.

Daneben sei noch angemerkt, daß auch trotz der »Steigbügelrolle« die Ambivalenz der staatsinterventionistischen Politik im allgemeinen und der Intervention durch verstaatlichte Unternehmen im besonderen zu sehen ist: Wie jede Form des Interventionismus trägt vielleicht diese den Doppelcharakter staatsinterventionistischer Politik ganz deutlich an sich: einerseits erfolgt eine Stabilisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung, andererseits wird die Disziplinierung der Arbeiterbewegung, die die beabsichtigte oder zumindest nicht unerwünschte Konsequenz wirtschaftlicher Krisen ist, erschwert. Das Management eines verstaatlichten Konzerns kann nicht mit der selben Rigidität die Funktionsprinzipien des Kapitalismus durchsetzen, auch dann nicht, wenn dies seinem

Selbstverständnis entsprechen würde. Dagegen sprechen Kontroll- und Einflußmöglichkeiten der Beschäftigtenvertreter ebenso wie die Tatsache, daß sich anderenfalls der Interventionismus seiner eigenen Grundlage berauben würde.

2. Einige Bemerkungen zum Staatsinterventionismus in Österreich

Es sollen im folgenden einige Punkte herausgearbeitet werden, die beim Versuch zu zeigen, wie sich staatsinterventionistische Politik, die durch verstaatlichte Unternehmungen vermittelt wird, von den üblichen Instrumentarien abhebt, wesentlich erscheinen.

Die traditionelle keynesianische Stabilisierungspolitik wirkt indirekt, sie bezieht sich via allgemeinem »Anreizsystem« auf den eigendynamischen Kapitalverwertungsprozeß. Sie ist darauf angewiesen bzw. der Erfolg der Politik steht und fällt damit, ob die staatlichen Stabilisierungsimpulse über die Anpassungsmechanismen der Konkurrenzökonomie in der Form weitervermittelt werden, wie es der Stabilisierungserfolg erfordert. Anders ausgedrückt besagt das, daß die Stabilisierungspolitik allgemein ausgerichtet ist: Konkrete Eingriffe in die wertgesetzlich regulierte Verteilung disponibler Arbeit bleiben prinzipiell ausgeschlossen; die Stabilisierungspolitik bezieht sich nur auf die Tauschwertproduktion; regionale, branchenspezifische oder unternehmensgrößenorientierte Differenzierungen bleiben *im Prinzip* unberücksichtigt.

Die Kritik an dieser indirekten Stabilisierungspolitik läuft darauf hinaus, daß ökonomische Wirkungszusammenhänge als Prämissen zugrunde gelegt werden, die der Realität geradezu widersprechen. Der Erfolg ist an die Bedingung geknüpft, daß die Impulse über ein unternehmensgrößenindifferentes, funktionierendes Konkurrenzsystem transmittiert werden. Die Unternehmungen sind quasi als »Erfüllungsgehilfen« dieser »Umweg«-Politik konzipiert, wobei davon abstrahiert wird, daß oligopolistische bzw. monopolistische Marktbedingungen den Transport der Maßnahmen indirekter Wirtschaftspolitik erheblich modifizieren bzw. sogar gegenläufige Reaktionen hervorrufen können. Die allgemein ausgerichtete Globalsteuerungspolitik wird durch die Inkongruenz von Theorie und Faktizität immer ineffizienter; viele Anzeichen (vor allem die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in den OECD-Ländern) sprechen dafür, daß angesichts der gegenwärtigen Realität ökonomischer Wirkungszusammenhänge die keynesianische Globalsteuerungspolitik bereits weitgehend versagt.

Dies sei an einem Beispiel, das auf das ausgebaute System der steuerlichen Investitionsförderung in Österreich (vor allem: vorzeitige Abschreibung¹ und Investitionsfreibetrag² Bezug nimmt, demonstriert. Eine Betrachtung des Begünstigtenkreises zeigt — insbesondere bei den Körperschaftsteuerpflichtigen — eine deutlich ungleiche Verteilung der Förderungsmittel: 23,7% der Fälle von Körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen, die vorzeitige Abschreibung in Anspruch nehmen, gehören der Gruppe an, die mit dem Höchststeuersatz veranlagt werden (im Gegensatz zur BRD ist die Tarifgestaltung in Österreich auch bei der Körperschaftsteuer progressiv); diese Unternehmensgruppe beansprucht

aber über 80% des gesamten Förderungsvolumens; ähnlich ist die Situation beim Investitionsfreibetrag: die vorher angeführte Unternehmensgruppe, die hier 31% der Fälle darstellt, gewinnt 91% der Förderungsmittel aus dem Titel Investitionsfreibetrag.

Tatsächlich dürfte die Konzentration der Förderungsbegünstigung noch viel ausgeprägter sein, als es die genannten Daten zum Ausdruck bringen. Weil es sehr wahrscheinlich ist, daß die Differenzierung innerhalb der Gruppe mit dem höchsten Steuersatz besonders groß ist, wäre es interessant zu wissen, wieviel die größten Unternehmen, die dann erst tatsächlich einem Monopol nahekommen oder ein solches darstellen, beanspruchen.

Da die den Steuerstatistiken zugrunde liegenden Berechnungen keine weiteren Differenzierungen enthalten, konnten diese Informationen auch nicht gewonnen werden. Dennoch stellt das Ergebnis einen ersten Anhaltspunkt dar, der als Hinweis dafür dienen mag, daß das Aneignungsverfahren der staatlichen Förderungsmittel durch gewinnstarke Unternehmen auch in Österreich »funktioniert«.

Welches Fazit läßt sich daraus ableiten? Das staatliche Förderungsinstrumentarium ist nach keynesianischem Muster indirekt und abstrakt ausgestaltet; obwohl jedes Unternehmen a priori Chancengleichheit besitzt, gibt es in der Realität erhebliche Differenzierungsprozesse, was den tatsächlichen Begünstigtenkreis betrifft: *Den überwiegenden Teil der Förderungsmittel beanspruchen Unternehmen, die ohnehin relativ hohe Profite erzielen.* Daraus kann weiter gefolgert werden, daß der expansive Effekt dieser Politik sehr gering ist, da die begünstigten Unternehmen ihre Investitionspolitik wahrscheinlich eher an der Marktentwicklung ausrichten, denn an einigen zusätzlichen staatlichen Alimenten; auf Grund der guten Gewinnlage wäre diese Unternehmensgruppe auch imstande, ohne Förderungsmittel die als rentabel betrachteten Investitionen zu finanzieren. Sie werden aller Voraussicht nach trotz der Förderung keine zusätzlichen Investitionen durchführen, die dann die Gefahr mit sich brächten, sich den Markt zu »verderben«. Somit wird sich die Wirkung dieser Politik, die eine Expansion der ökonomischen Aktivität intendiert, in einer Expansion der Gewinne niederschlagen. Oder, anders ausgedrückt, sie wird sich weitgehend in 'Mitnahmeeffekten« erschöpfen, d.h. unabhängig von der Förderung werden die Investitionen geplant und realisiert, wobei im Zuge dieser von der Förderungspolitik autonomen Investitionspolitik die zur Verfügung stehenden Förderungsmittel »dankbar mitgenommen« werden. Letztlich werden somit nur die Gewinne der ohnehin gewinnstärksten Unternehmen erhöht, was wohl kaum im Sinne der Erfinder sein kann.

Das Entscheidende ist: Die unter monopolistischen und oligopolistischen Bedingungen modifizierten Krisenursachen (z.B. werden Realisierungskrisen wahrscheinlicher; vgl. Brosius, Huffs Schmid, Schui: Theoretische und empirische Aspekte des Zusammenhangs von Monopolisierung und Verlauf der Krise seit 1973, in: WSI-Mitteilungen 4/1980) können durch indirekte Stabilisierungsin-

strumente nicht vermindert werden; sind doch die großen Unternehmen bereits in der Lage, eine höhere Rentabilität auch auf Kosten kleinerer durchzusetzen. Im Gegenteil: den Großunternehmen gelingt es in erster Linie, aus den Förderungsmitteln »Kapital zu schlagen« (sie korrigieren die Sekundärverteilung — durch Aneignung staatlicher Subventionen — zu ihren Gunsten) und damit die Profitrate noch weiter zu erhöhen, *ohne daß — und das ist das Entscheidende — die Wertschöpfung erhöht wird.*

3. Verstaatlichte Industrie im Rahmen der ÖIAG

Damit ist ganz grob der Rahmen abgesteckt, der es ermöglichen soll, die Effizienz anderer Formen des Staatsinterventionismus besser einschätzen zu können. Von erheblicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der verstaatlichte Industriesektor Österreichs. Die Eigentumsstruktur der österreichischen Wirtschaft unterscheidet sich ganz wesentlich von der in vielen anderen kapitalistischen Ländern. Mangels statistischer Möglichkeiten wird im folgenden nur der Teil der staatlichen Industrie berücksichtigt, der in der Holding ÖIAG zusammengefaßt ist. Die industriellen Konzernunternehmungen der verstaatlichten Großbanken (CA-BV, Länderbank, ÖCI) müssen ausgeklammert bleiben (rund 10% der Industriebeschäftigten Österreichs).

Vorerst ein Überblick über die Branchen, die wichtigsten Konzernunternehmungen der ÖIAG und die Anzahl der Beschäftigten:

1. Eisen- und Stahlindustrie (rd. 66000 Beschäftigte)
(VOEST-Alpine, Vereinigte Edelstahlwerke [VEW], Böhler, Hütte Krems, VOEST-Alpine Werkzeug und Draht AG [VAWD])
2. Chemiesektor (rd. 8000 Beschäftigte)
(Chemie Linz, Petrochemie Schwechat)
3. Erdölsektor (rd. 9000 Beschäftigte)
(ÖMV, Martha, Elan)
4. Elektroindustrie (rd. 9500 Beschäftigte)
(Elin, Kabel- und Drahtwerke AG [KDAG], Asta Eisen- und Metallwarenerzeugungs GmbH [ASTA])
5. NE-Metallindustrie (rd. 7000 Beschäftigte)
(Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf [VMW-RB], Bleiberger Bergwerksunion [BBU])
6. Maschinen- und Schiffsbau (rd. 8000 Beschäftigte)
(Simmering-Graz-Pauker [SGP], Wiener Brückenbau und Eisenkonstruktions AG [WBB], Binder & Co. AG, Österreichische Schiffswerften AG Linz-Korneuburg [ÖSWAG])
7. Kohlenbergbau (rd. 4000 Beschäftigte)
(Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG [WTK], Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft [GKB])

Daran anschließend erfolgt ein Vergleich an Hand einiger wirtschaftsstatistischer Kennzahlen zwischen dem ÖIAG-Bereich, der österreichischen Industrie

insgesamt und der Industrie der BRD im Zeitraum 1973-1978. Da der verstaatlichte Sektor Österreichs als repräsentativ angesehen werden kann (sowohl was seine Größe betrifft als auch hinsichtlich seiner Branchenverteilung), erscheint es zulässig zu sein, den Vergleich hinsichtlich realer Produktion, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität durchzuführen, um feststellen zu können, ob es differente Entwicklungsmuster im Gefolge der Rezession gegeben hat.

Tabelle 1: Produktion (1973 = 100)¹

	ÖIAG	Industrie Österreichs	Industrie BRD
1973	100	100	100
1974	102,6 + 2,6	104,7 + 4,7	98,0 - 2,0
1975	93,3 - 9,1	97,0 - 7,4	91,3 - 6,8
1976	97,2 + 4,2	103,9 + 7,1	99,3 + 8,8
1977	98,2 + 1,0	107,7 + 3,7	101,7 + 2,3
1978	103,0 + 4,9	110,0 + 2,1	103,1 + 1,1

Tabelle 2: Beschäftigte (1973 = 100)²

	ÖIAG (absolut 1978: 111560)	Anteil der ÖIAG an d. Industriebeschäftigten	Industrie Österr. (ab 78: 619580)	Industrie Österr. (ohne ÖIAG)
1973	100	16,3	100	100
1974	104,0 + 4,0	17,0	99,5 - 0,5	98,6 - 1,4
1975	104,4 + 0,3	18,0	94,5 - 5,0	92,6 - 6,1
1976	102,9 - 1,4	18,0	93,0 - 1,6	91,1 - 1,6
1977	102,2 - 0,7	17,8	93,7 + 0,8	92,1 + 1,1
1978	101,9 - 0,3	18,0	92,1 - 1,7	90,1 - 2,0

**Industrie BRD
(absolut 1978: 7313470)**

1973	100
1974	97,3 - 2,7
1975	91,0 - 6,5
1976	88,8 - 2,5
1977	87,4 - 1,5
1978	86,8 - 0,6

Tabelle 3: Arbeitsproduktivität (1973 = 100)³

	ÖIAG	Industrie Österreichs	Industrie BRD
1973	100	100	100
1974	98,7 - 1,3	105,2 + 5,2	100,7 + 0,7
1975	89,4 - 9,4	102,6 - 2,5	100,4 - 0,3
1976	94,5 + 5,7	111,7 + 8,9	111,9 + 11,5
1977	96,1 + 1,7	114,9 + 2,9	116,4 + 4,0
1978	101,1 + 5,2	119,4 + 3,9	118,8 + 2,1

1) jährlicher Produktionsausstoß, bewertet mit konstanten Preisen

2) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt (ÖIAG ohne GBC Düsseldorf)

3) reale Produktion je Beschäftigten

Zur Interpretation der Tabellen:

Tabelle 1 zeigt, daß der Produktionsrückgang im Rezessionsjahr 1975 in der verstaatlichten deutlich stärker ausfiel als in der Gesamtindustrie Österreichs und der BRD. Dies hängt zusammen mit der Dominanz des Eisen- und Stahlbereichs, der sich bis dato noch immer in einer schweren Strukturkrise internationalen Ausmaßes befindet. Trotz des starken Produktionseinbruches 1975 ist die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt in der verstaatlichten sogar noch leicht angestiegen (siehe Tab. 2), während in der Gesamtindustrie Österreichs und der BRD eine massive Reduktion erfolgte.

Der verstaatlichte Industriesektor hat erst später (1976, 1977, 1978) auf die Krise reagiert und insgesamt in doch erheblich geringerem Ausmaß. Vorerst hatte die ÖIAG versucht, den Beschäftigtenstand durch Annahme von Aufträgen zu nicht kostendeckenden Preisen zu halten. Als jedoch dem Management der geänderte Charakter der Krise bewußt wurde, wurden auch im ÖIAG-Bereich beschäftigungsreduzierende Maßnahmen gesetzt, die in bezug auf die inländischen Arbeitskräfte als »defensive Strategien« bezeichnet werden können: Nichtersetzen des »natürlichen Abganges«, Schulungsmaßnahmen, Urlaub an »Zwickeltagen« u.a.m. Dagegen traf die Last der Krise die ausländischen Arbeitskräfte auch in der verstaatlichten Industrie in vollem Ausmaß.

Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, daß die verstaatlichte Industrie hinsichtlich der Beschäftigung wesentlich schwächer auf die Krise reagierte³ und (siehe Tab. 3) deutliche Produktivitätseinbußen in Kauf genommen hat. Durch interne Kapitaltransaktionen von profitablen (vor allem Erdöl) zu »notleidenden« Töchtern durch die Holding ÖIAG und durch Auflösung von Rücklagen konnte auch in den Rezessionsjahren eine relativ hohe Investitionsquote gehalten werden (rund 30% der gesamten Industrieinvestitionen), was auch gesamtwirtschaftlich stabilisierend wirkte.

Demgegenüber reagierte die Privatindustrie mit Kapazitätsstillegungen und Massenentlassungen auf die Rezession. Trotz der vergleichsweise geringeren Produktionseinbußen kam es in beiden Ländern zu einer umfangreichen Beschäftigungsreduktion (siehe Tab. 1 und 2). In absoluten Zahlen ausgedrückt betrug der Rückgang an Industriearbeitern zwischen 1973 und 1978 in Österreich über 50000, in der BRD weit mehr als eine Million.

Die von den Interessenvertretungen der Industrie immer wieder aufgetischte Behauptung, daß die Unternehmer in Österreich aus Mentalitätsgründen nicht nach dem Prinzip »hire and fire« handeln würden, erweist sich als eine Legende. Obwohl bei Kenntnis der elementaren Zusammenhänge eines kapitalistischen Systems schon a priori klar sein muß, daß das Halten oder Entlassen von Arbeitskräften von einzelwirtschaftlichen Rentabilitätsinteressen und nicht von Psychogrammen der Unternehmer oder Manager abhängig ist, beweisen auch die empirischen Daten, daß dem so ist. Wie in Tabelle 2 ersichtlich, hat die österreichische Privatindustrie hinsichtlich der Beschäftigung im Rezessionsjahr 1975 nur unwesentlich schwächer reagiert als die Industrie in der BRD.

Zusammenfassend können die Reaktionsmuster auf die Krise folgendermaßen charakterisiert werden: In der verstaatlichten Industrie wurde der Produktionseinbruch durch den Rückgang der Arbeitsproduktivität beschäftigungspolitisch weitgehend aufgefangen, dagegen hat die Privatindustrie auf den Produktionsrückgang mit massiven »Freisetzungen« von Arbeitskräften reagiert, um Verluste im Produktivitätsniveau weitgehend zu vermeiden.

Zu theoretischen Implikationen und Schlußfolgerungen:

Die Erkenntnisse, die im vorhergehenden Abschnitt in bezug auf die Arbeitsproduktivität gewonnen wurden, sollen im folgenden theoretisch und ganz »grob« auch empirisch weiterentwickelt werden. Unter bewußter Ausblendung der Probleme, die sich bei der Transformation von der werttheoretischen Ebene auf eine preistheoretische Beschreibung ergeben, läßt sich die Profitrate als Komponente der Strukturkoeffizienten Kapitalintensität, Arbeits- und Kapitalproduktivität und Einkommensverteilung darstellen. Zur Abschätzung einiger Koeffizienten können wir auf Tabelle 3 zurückgreifen; desweiteren sei vorausgeschickt, daß uns im folgenden nicht das Niveau der Strukturkoeffizienten interessiert, sondern deren Veränderungsraten. Aus Tabelle 3 ersieht man, daß das Wachstum der Arbeitsproduktivität im verstaatlichten Sektor um rund 20% gegenüber dem privaten Sektor zurückgeblieben ist. Nimmt man an, daß sich hinsichtlich der Veränderung der Kapitalintensität (d.h. der marginalen Kapitalintensität) zwischen privatem und staatlichem Sektor im Untersuchungszeitraum keine wesentlich unterschiedlichen Entwicklungen vollzogen haben (was plausibel ist), kann man schlußfolgern, daß das Wachstum der Kapitalproduktivität im verstaatlichten Sektor um rund 20% geringer war.

»Übersetzt« man diese Information in die Profitratenentwicklung — unter ceteris paribus-Bedingungen, d.h. hier unter der Annahme der funktionellen Verteilungskonstanz —, so zeigt sich, daß sich auch die Profitrate im verstaatlichten Sektor um rund 20% ungünstiger — im Vergleich zum privaten Sektor — entwickelt haben muß.

Legt man den Profitverzicht bzw. die teilweise Entwertung des Kapitals, das im verstaatlichten Industriesektor fungiert, um auf das gesellschaftliche Gesamtkapital, das im Industriesektor der österreichischen Volkswirtschaft fungiert, dann ergibt sich eine entsprechend höhere Rentabilität des Privatkapitals.

Da der Kapitalstock der verstaatlichten Industrie knapp ein Drittel des gesamten industriellen Kapitalstocks ausmacht, schlägt sich die teilweise Entwertung des Kapitals in der verstaatlichten Industrie in einem um rund 7% stärkeren Wachstum (bzw. geringeren Rückgang) der Profitrate im privaten Sektor nieder. Macht man die Annahme, daß die Profitrate 15% beträgt, so hätte sich die Profitrate des Privatkapitals um rund *einen Prozentpunkt erhöht*.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die hier vorgeführten Überlegungen lediglich als erster Versuch zu betrachten sind, Größenordnungen »abzutasten«. Jedenfalls müßte daraus der Schluß gezogen werden, daß das Krisenmanagement

durch verstaatlichte Industrieunternehmen auf der Verwertungsseite nicht auf allzu spektakuläre Erfolge hoffen kann. Zusätzlich zu beachten ist ein eventueller Werttransfer an das Ausland. Wesentlich ist aber — und das relativiert die obige Schlußfolgerung —, daß das Wirken der oben dargestellten Zusammenhänge *in langer Sicht* die Profitrate auf einem höheren Niveau gehalten bzw. ein stärkeres Absinken verhindert hat. Denn schriebe man die dargestellten Zusammenhänge — sagen wir z.B. 20 Jahre — zurück, könnte man erkennen, um wieviel bedeutungsvoller dann der Profitratenunterschied durch die Existenz des verstaatlichten Sektors ausfallen würde. Dies spricht für die Bedeutung des verstaatlichten Sektors als Hebel zur Bekämpfung von längerfristigen Stagnationstendenzen infolge von Verwertungsproblemen.

Außerdem ist zu beachten, daß die obige Abschätzung der makroökonomischen Bedeutung der Profitsubvention die Unterstellung enthält, daß sich der Werttransfer gleichmäßig auf das Privatkapital vollzieht. Realistischerweise muß aber davon ausgegangen werden, daß die Aneignung in erster Linie durch Großunternehmen der weiterverarbeitenden Industrie geschieht.

Es lassen sich aber auch eine Fülle von Aspekten anführen, die meines Erachtens im Konnex mit zyklischen Krisen auf die Bedeutung der verstaatlichten Industrie hinweisen. Einige dieser Aspekte sollen abschließend erwähnt werden, wobei diese Fälle auf die Realisierungsseite des Krisenproblems Bezug nehmen (Probleme des kurzfristigen Krisenmanagements).

— Hätte die verstaatlichte hinsichtlich der Beschäftigung ebenso reagiert wie die Privatindustrie, so hätte das im Erstrundeneffekt — d.h. ohne Berücksichtigung zusätzlicher kontraktiver Multiplikatoreffekte — rund 10000 zusätzliche Arbeitslose bedeutet; das hätte mindestens mit 1,5 Mrd. Schilling jährlich an Arbeitslosenentgelt zu Buche geschlagen. Da Defizite öffentlicher Haushalte nicht unbegrenzt ausweitbar sind, hätten andere Ausgaben früher oder später kompensatorisch eingespart werden müssen. D.h. sieht man in der Weiterbeschäftigung der rund 10000 Arbeitskräfte lediglich die Überantwortung potentiell Arbeitsloser an die verstaatlichte Industrie, die anderenfalls vom Budget hätten alimentiert werden müssen, so lassen sich unter der Annahme eines bestimmten Staatsschuldenplafonds von der Nachfrageseite her expansive Effekte ableiten. Zudem ist es unrealistisch anzunehmen, daß die »Freisetzung« von 10000 Beschäftigten die Nettoproduktion bzw. die Wertschöpfung und die Investitionsgüternachfrage in keiner Weise tangiert hätte. Realistischer ist wohl, daß ein »Gesundshrumpfen« im Bereich der verstaatlichten Industrie die Schließung der unrentabelsten Produktionszweige bzw. Produktionsstätten zur Folge gehabt hätte. Kontraktive Effekte der konsumptiven Endnachfrage hätten sich somit auch durch einen zusätzlichen Ausfall an Investitionsgüternachfrage verstärkt.

— Die Bilanzstruktur zeigt, daß die eigene Finanzierungskraft der verstaatlichten Industrie nur noch gut ein Viertel beträgt (klammert man die Erdölindustrie aus, die eine wesentlich günstigere Bilanzrelation aufweist — der Eigenka-

pitalanteil ist rund doppelt so hoch —, so beträgt der Eigenkapitalanteil nur noch gut ein Fünftel der Bilanzsumme); das zeigt, daß der verstaatlichte Sektor (in Entsprechung zur geringeren Profitrate) eine nicht unbedeutende Rolle beim Retransfer gesellschaftlich bereitgestellter Akkumulationsfonds in den aktiven Wirtschaftskreislauf spielt.

4. Zusammenfassung

Im Vergleich mit anderen kapitalistischen Ländern besitzt Österreich einen »überdimensionierten« verstaatlichten Sektor. In erster Linie bedingt durch die Annexion Österreichs durch den deutschen Faschismus, ergab sich nach 1945 eine besondere Konstellation, die zur Verstaatlichung eines namhaften Teiles der österreichischen Industrie führte.⁴

Das nunmehrige quantitative Ausmaß des verstaatlichten Sektors beträgt knapp 20%, gemessen an den Industriebeschäftigten und sogar rund 30%, gemessen am industriellen Investitionsvolumen.

Was die Krisensymptome betrifft, vor allem die Arbeitslosigkeit, schneidet Österreich im internationalen Vergleich mit einer Arbeitslosenrate von durchschnittlich etwa 2% recht günstig ab. Es ist daher die Frage naheliegend, ob es zwischen der verminderten Intensität der Krisenerscheinungen und dem großen verstaatlichten Industriesektor einen Zusammenhang gibt.

Zusammenfassend läßt sich das Resultat der Untersuchung in der Weise beantworten, daß sich der verstaatlichte Sektor sowohl zur Bekämpfung langfristiger Stagnationstendenzen als auch zur Abschwächung zyklischer Krisen instrumentalisieren läßt. Der Interventionsspielraum des Staates wird durch die Existenz von verstaatlichten Unternehmen im Bereich der materiellen Produktion *quantitativ und qualitativ erweitert*.

Anmerkungen

- 1 Im Jahr der Anschaffung kann in Österreich bei beweglichen Wirtschaftsgütern derzeit 60% abgesetzt werden. Der verbleibende Rest von 40% ist gleichmäßig auf die Nutzungsdauer zu verteilen (vergleichbar mit der degressiven Abschreibung in der BRD, wobei allerdings die österreichische Regelung für die Unternehmer erheblich günstiger ist).
- 2 Zusätzlich zum linearen Satz kann im Jahr der Anschaffung 20% abgeschrieben werden. Da sich in den folgenden Jahren die Abschreibungsmöglichkeit nicht verringert, ergibt sich insgesamt ein Abschreibungssatz von 120%.
- 3 Dabei wird keineswegs übersehen, daß es regional für die von Kapazitätsstilllegungen (besonders Bergbau und Eisen- und Stahlbereich) betroffenen Arbeitnehmer zu Existenzproblemen gekommen ist oder noch kommen wird. Die Bedeutung dieser wohl individuell sehr schwerwiegenden Fragen wird in makroökonomischer Sicht relativiert. Der Umfang dieses Artikels erlaubt es nicht, auf einzelne Branchen einzugehen.
- 4 Eine kurze Darstellung der Geschichte der Verstaatlichungen in Österreich nach 1945 findet sich bei: H. Kepplinger: Verstaatlichte Industrie: Waisenkind der Wirtschaft?, in: P. Pelinka, J. Hindels (Hrsg.): Roter Anstoß, Wien 1980, S.116ff.

Christiane Rix-Mackenthun

Die Antwort der britischen Labour Party auf die Herausforderungen des Thatcherismus

Mit der Regierungsübernahme der konservativen Partei im Mai 1979 entstand ein Gespenst in Britannien, das Gespenst des bevorstehenden wirtschaftlichen Ruins einer ehemaligen kapitalistischen Metropole. Nach 1 1/2 Jahren »Thatcherismus« hat das Gespenst bereits konkrete Formen angenommen: das Land treibt auf ein bisher einmaliges Ausmaß industrieller Verödung zu, verbunden mit sozialer Verelendung breiter Kreise der Bevölkerung, die sich von Premierministerin Margaret Thatcher eine Stabilisierung ihres Lebensstandards erhofft hatten. Viele wandten sich bei den Wahlen 1979 enttäuscht von der Labour Party und ihrem Kandidaten Callaghan ab, der die enormen wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht ansatzweise in den Griff bekommen konnte und sich in Ermangelung einer langfristigen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie ausgerechnet mit den Gewerkschaften anlegte.

Mittlerweile hat die Mehrheit der Briten zwar erkannt, daß die Thatcher-Politik zu einer Verschlechterung nicht nur der Lage der Lohnabhängigen, sondern auch großer Teile der britischen Industrie geführt hat, dennoch ist eine Rückkehr zu altbekanntem sozialdemokratischem Krisenmanagement der 70er Jahre durch eine zukünftige Labour-Regierung kaum mehr denkbar. Innerhalb der Labour Party hat eine Entwicklung eingesetzt, die der Durchsetzung sozialistischer Elemente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch in einer Labour-Regierung zum Durchbruch verhelfen kann. Daß ausgerechnet der Parteitag 1980 in Blackpool Antworten auf eine bereits seit mehreren Jahren geführte Diskussion fand, die eine Wende nicht nur in der Frage innerparteilicher Demokratie, sondern auch einer zukünftigen Regierungspolitik bedeuten könnte, ist nur vor dem Hintergrund der verschärften politischen und sozialen Spannungen in Britannien zu verstehen.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher

Als die konservative Partei im Mai 1979 die Regierung übernahm, verkündete die zum äußersten rechten Flügel zählende Premierministerin Margaret Thatcher, daß nunmehr die »Wurzeln der britischen Krankheit« ausgerottet werden würden. Sie kündigte an, daß dies zwar ein langwieriger, schmerzhafter Prozeß sein würde, an dessen Ende aber eine gesunde florierende Wirtschaft und ein in der Welt angesehenes, politisch wieder erstarktes Großbritannien stünden.¹ Die Therapie heißt zunächst einmal Rückkehr zum freien Wettbewerb, zum Leistungsprinzip. Der Staat soll so wenig wie möglich in die Wirtschaftsabläufe eingreifen und die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts vielmehr den Marktkräften selbst überlassen. Als Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Marktwirtschaft betrachtet die Thatcher-Regierung die

Senkung des Staatsanteils und der Staatsausgaben sowie eine strenge und konsequentere Steuerung der Geldmenge als inflationshemmende Maßnahmen. Dem liegt die Überlegung zugrunde, daß ein hoher Staatsanteil die Privatwirtschaft lähmt (Crowding-Out-These). Außerdem würden sich unrentable Unternehmen auf Subventionen des Staates verlassen, anstatt selbst Modernisierungs-Maßnahmen zu ergreifen. Inflation würde im übrigen durch hohe Staatsausgaben und einen defizitären Haushalt angeheizt. Von daher soll die drastische Drosselung der Staatsausgaben im Hinblick auf Subventionspolitik in Verbindung mit einer Verteuerung der Kreditzinsen für die Wirtschaft die unproduktiven Kapitale zum Ausscheiden zwingen und noch produktive und rentable Industrieunternehmen zur »Selbsthilfe«, d.h. zu Investitionen und Innovationen anregen. Gleichzeitig beginnt ein »Ausverkauf« britischer Staatsunternehmen mit dem Ziel, den Sektor verstaatlichter Industrien durch Reprivatisierung zu verringern und durch Einsparung von Subventionen auch diesen Bereich »gesundzuschrumpfen«. Daneben will die konservative Regierung das Defizit des öffentlichen Haushalts durch Einsparungen insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, der Sozialfürsorge, des Bildungs- und Gesundheitswesens abbauen. Nach dem neuen Sozialhilfegesetz werden die sogenannten langfristigen Leistungen wie Renten jährlich der Inflationsrate angepaßt. Bisher orientierten sich die Erhöhungen an den durchschnittlichen Lohnzuwächsen, die in den letzten beiden Jahren um etwa zwölf Prozent über der Inflationsrate lagen. Die kurzfristigen Leistungen, wie Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung, werden 1980 um fünf Prozent unterhalb der Inflationsrate angehoben, wobei die Regierung von einer Geldentwertung in Höhe von 16,5 Prozent ausgeht, ein Wert, der bereits Ende 1979 überschritten war. Ab 1981 soll außerdem die Arbeitslosenunterstützung besteuert werden. Diese Maßnahmen bedeuten nach dem gegenwärtigen Stand für Arbeitslose und Kranke einen effektiven Verlust ihres Realeinkommens von etwa zehn Prozent.²

Weiter Kürzungen verspricht sich die Regierung durch den Abbau der Anzahl von Staatsbediensteten, die in Britannien tatsächlich annähernd doppelt so hoch ist wie in der Bundesrepublik. »Natürlich Abgänge« werden nicht mehr ersetzt, aber auch Entlassungen sind an der Tagesordnung, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen. Gleichzeitig wurde das Paket von Maßnahmen zur Gesundheitschumpfung der britischen Wirtschaft durch eine schon im Wahlkampf stark herausgestrichene »gerechtere« Besteuerung ergänzt, die in der Praxis so aussieht: Senkung des Basissatzes der Einkommensteuer von 33 auf 30 Prozent; Senkung des Spitzensatzes von 83 auf 60 Prozent; Abflachung der Progressionskurve dazwischen; Verdreifachung des Freibetrages für Kapitaleinkünfte.³ Somit kommen erst die Großverdiener in den Genuß konservativer »Steurgerechtigkeit«. Die Aufzählung der Einschränkungen im sozialen Bereich ließen sich fast beliebig lang fortsetzen. Feststeht, daß sie einen großen Teil der lohnabhängigen Bevölkerung, insbesondere aber diejenigen treffen, die ohnehin am meisten auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Die Arbeitslosigkeit stieg im Juli 1980 über die zwei Millionen-Grenze (8,4%). Für 1983 sind bei einer weiter beschleunigten Rezession 3-4 Millionen Arbeitslose einkalkuliert.

Aus den sozialen Konsequenzen ihrer Politik hat Margaret Thatcher nie einen Hehl gemacht. Im Gegenteil: die Zunahme der Arbeitslosigkeit und das wachsende soziale Elend sind eingeplant. Je mehr Arbeitslose es gäbe, desto geringer würden die Lohnzuwächse ausfallen bzw. die Löhnsätze würden sogar sinken. Dies wiederum soll die Industrie zu Investitionen aufgrund verbesserter Gewinnaussichten motivieren.

Den erwarteten Widerstand der britischen Gewerkschaften versucht die Regierung durch die Einschränkungen von Rechten zumindest in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Ein neues Beschäftigungsgesetz (Employment Act) sieht u.a. das Verbot von Streikposten vor Betrieben, die nicht unmittelbar mit dem Arbeitskonflikt zu tun haben, vor. Dies schließt Solidaritätsstreiks in Zukunft aus und birgt neben den zahlreichen anderen restriktiven Vorschriften des Gesetzes für die Gewerkschaften das größte Konfliktpotential. Sie haben denn auch der Regierung den Kampf angesagt, wobei sie eventuelle Gefängnisstrafen bei Übertretung des Gesetzes in Kauf nehmen wollen. Jedoch sind bisher alle Aktionen der Gewerkschaften relativ erfolglos geblieben. Die Regierung ignoriert sie zum ersten Mal in der britischen Geschichte. Auch ein Gespräch zwischen Thatcher und Vertretern des Dachverbandes TUC (Trade Union Congress) nach 1 1/2 Jahren Regierung im Oktober 1980 wurde von der Premierministerin erst auf Bitte der Gewerkschaften gnädig gewährt und blieb erwartungsgemäß ohne Folgen.

Das Scheitern des Konzepts der Thatcher-Regierung

Nach achtzehn Monaten konservativer Regierung läßt sich schon jetzt absehen, daß dieser genuin reaktionäre Versuch der »Sanierung« eines in tiefen Widersprüchen verstrickten Kapitalismus auf eine ökonomische Katastrophe zu steuert. Dem Thatcher-Kurs liegt ein Konzept zugrunde, das als konservativ-reaktionäre Alternative zu einer grundlegenden Neustrukturierung des gesamten Bereichs der gesellschaftlichen Arbeit in Britannien angesehen werden muß. Nicht umsonst betrachten Repräsentanten der westeuropäischen kapitalistischen Metropolen die Politik Thatchers als »interessantes Experiment«. ⁴ Britannien fungiert somit als Testkäfig für konservatives Krisenmanagement auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung. Jedoch muß das Konzept selbst aus kapitalistischer Sicht scheitern. Die Vorstellung von der Selbstregulierung durch die Marktkräfte ignoriert nicht nur die der kapitalistischen Produktionsweise eigene Planlosigkeit und Anarchie, sie übersieht überdies die starke Verflechtung von Staatstätigkeit und Kapitalverwertung im entwickelten Kapitalismus, in dem der Staat längst nicht mehr nur die Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion schafft und sichert, sondern selbst aktiv in den Prozeß der Kapitalverwertung eingreift. ⁵

Am Beispiel Britanniens läßt sich denn auch das Scheitern der dem Thatcherismus zugrundeliegenden Vorstellungen im Überblick wie folgt ablesen:

1. *Ziel:* Senkung des Geldmengenwachstums im Jahre 1980 von acht bis zwölf auf sieben bis elf Prozent.

Realität: Die reale Geldmengenausweitung betrug schon im Februar 1980 neun Prozent, womit eine Jahresrate von fast 23 Prozent erwartet wird.

2. *Ziel:* Der Notenbankzins wurde zur Eindämmung der Inflation zunächst von 12 auf 14 Prozent, im November 1979 schließlich auf den Rekordsatz von 17 Prozent erhöht. Von dort ist er bisher nur um ein Prozent zurückgenommen worden.

Realität: Die Inflation hat sich seit der Regierungsübernahme verdoppelt. Sie wurde u.a. durch Steuerreform, uneingeschränkte Kapitalausfuhr und die Erhöhung der Mehrwertsteuer angeheizt.

3. *Ziel:* Ausscheiden unrentabler Industrien und Verbesserung der Kapitalverwertung in den Wachstumsindustrien.

Realität: Die Investitionsneigung der Unternehmen nimmt seit Ende 1979 ständig ab. Konkurse und Entlassungen sind selbst in bisher rentabel arbeitenden Bereichen der Industrie an der Tagesordnung. Bedingt wird dies u.a. durch folgende bereits angedeutete Entwicklungen: die beschleunigte Inflation hat zunächst zu höheren als von der Regierung erwarteten Lohnabschlüssen geführt (wobei immer noch ein Reallohnverlust in den meisten Bereichen eingetreten ist). Die Gewerkschaften zeigen sich auch jetzt nicht bereit, in den im Winter anstehenden Neuverhandlungen Lohnzurückhaltung zu üben. — Die Einschränkung staatlicher Investitionen trifft insbesondere mittlere Unternehmen, die von staatlichen Aufträgen abhängen (beim Bau eines Krankenhauses beispielsweise gehen fast 45 Prozent der Kosten in Form von Aufträgen an die Privatwirtschaft). — Reallohnverluste und allgemein abnehmende Produktivität haben zu einer Senkung des Konsumtionsfonds insgesamt geführt.

4. *Ziel:* Verminderung der Importabhängigkeit des Landes und Verbesserung der Außenhandelsbilanz (Exportoffensive).

Realität: Abnehmende Produktivität im Inland hat zur Steigerung der Importe geführt. Dies läuft parallel zur Senkung der Auslandsnachfrage nach britischen Gütern, die zu teuer und häufig qualitativ zu schlecht sind. Ein Rekorddefizit in der Außenhandelsbilanz ist zu erwarten. — Die Konkurrenzfähigkeit britischer Güter auf dem Weltmarkt und auf dem inländischen Markt hat sich weiter verschlechtert.

5. *Ziel:* Senkung der Staatsausgaben.

Realität: Es ist der Regierung bisher nicht gelungen, die Staatsausgaben wesentlich zu verringern. U.a. liegt dies an dem gesunkenen Steueraufkommen durch die Einkommensteueränderung und an den hohen Sozialleistungen, die die Arbeitslosenzahl von über zwei Millionen erfordert. An Arbeitslosenunterstützung zahlt der Staat inzwischen 5,3 Milliarden Pfund jährlich, das sind fast 25 Milliarden Mark.⁶

Obwohl die Medizin, die die konservative »Lösung« dem Land verabreicht, den Patienten allmählich umbringt, liegen die Ursachen für die gegenwärtige Misere jedoch nicht allein an der Thatcher-Politik. Sie hat vielmehr Ursachen, die schon Jahrzehnte, wenn nicht hundert Jahre zurückliegen. Ohne hier näher auf die historische Entwicklung des britischen Kapitalismus einzugehen, erscheint es doch zum Verständnis der heutigen Probleme unabdingbar, zumindest die Nachkriegsentwicklung in kurzen Zügen nachzuzeichnen.

Die Nachkriegsentwicklung der britischen Wirtschaft

Schon vor dem zweiten Weltkrieg hatte sich die britische Industrie in einen traditionellen, stagnierenden und von den Produktionsanlagen her veralteten sowie einen neueren, für die modernen Industriegesellschaften charakteristischen Sektor gespalten.⁷ Für die britische Nachkriegswirtschaft erlangte die Spaltung eine große Bedeutung. Die Schwächen der Produktionsstruktur waren vorgezeichnet und trugen noch zur Verschärfung der für die spätkapitalistische Entwicklung typischen Widersprüche bei. Zunächst war die britische Wirtschaft noch sehr stark von den traditionellen Industrien wie Textil- und Baumwollverarbeitung sowie Kohle bestimmt. Durch die Entwicklung neuer Technologien standardisierter Massenproduktion sowie der zunehmenden Nutzung neuer Energieträger wie Erdöl und später Atomkraft, konnte die britische Industrie weder auf dem inländischen noch auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Aber auch in den Wachstumsindustrien wie Elektronik, Chemie, Computer und Konsumgüter hatten ausländische Konkurrenten bereits einen technologischen Vorsprung. Die Folge war eine stetige Abnahme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie der Verlust traditioneller Märkte.

Die Sterling-Zone, das Endprodukt des alten Empire, konnte die Expansion der britischen Ausfuhr nicht mehr sichern. Zudem bedeutete die Auflösung des Empire nach dem zweiten Weltkrieg auch den Verlust billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die Sterling-Zone, nach der die ihr angehörenden Länder in London Währungsreserven in Pfund Sterling deponierten und den Wechselkurs ihrer eigenen Währungen nach dem Pfund ausrichteten, wurden immer mehr zur ökonomischen Zeitbombe. Die hinterlegten Gelder konnten jederzeit ohne Vorankündigung abgezogen werden.⁸ Die britischen Währungsreserven waren jedoch durch den Krieg und eine enorme Staatsverschuldung im Ausland — insbesondere in den USA — nahezu aufgezehrt, so daß Länder des Sterling-Verbundes sich nicht mehr auf London verlassen wollten, sondern in zunehmendem Maße begannen, eigene Goldreserven anzulegen und ihre Währungen stärker auf den Dollar zu orientieren. Für Britannien bedeutete dies nicht nur politischen und ökonomischen Einflußverlust in den ehemaligen Kolonien, sondern obendrein ein permanentes Zahlungsbilanzdefizit und einen unsicheren Pfundkurs. Zudem betrieb das Finanzministerium unter dem Einfluß der City of London, den britischen Banken und Versicherungen eine Politik, die zwar im Interesse des Finanzkapitals lag, nicht jedoch unbedingt in dem der britischen Indu-

strie. Eine Hochzinspolitik sollte beispielsweise ausländisches Geldkapital ins Land holen, verteuerte jedoch die Investitionen für die eigene Industrie. Handelsliberalisierung setzte sie der ausländischen Konkurrenz aus und Leihaktivitäten der Banken auf dem Euro-Dollar-Markt verknappten den Kreditfonds für die britische Industrie.

Darüber hinaus ließen sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit niedrige Löhne, Intensivierung der Ausbeutung bei gleichbleibender Technologie als Voraussetzung für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität aufgrund der Stärke der britischen Gewerkschaften nicht durchsetzen. Dies zwang das britische Kapital zu Rationalisierungsinvestitionen, deren Kosten aber in keinem Verhältnis zur erzielten realen Steigerung der Produktivität standen. Da sich so der steigende Anteil des fixen Kapitals nicht rentierte, die Profitrate sank und damit das Kapital der Möglichkeit beraubte, weitere zur Rentabilität notwendige Investitionssteigerungen zu bezahlen, bewegte es sich unter Einschluß aller anderen angedeuteten Faktoren in einer permanenten Kapitalverwertungskrise, die den Namen »englische Krankheit« erhielt.

Weder die Wirtschaftspolitik der Labour- noch der konservativen Regierungen seit Kriegsende war in der Lage, auf diese Situation mit einer angemessenen Strategie zu reagieren. Auf ständig drohendes Zahlungsbilanzdefizit und permanente Pfundkrisen der 60er Jahre reagierten beide Parteien, sofern sie an der Regierung waren, mit einer sogenannten »stop«-Politik mit dem Ziel, die Nachfrage nach Importen zu verringern und darüber die Zahlungsbilanz zu verbessern. Die Grundlage für eine solche Politik bildet eine Einkommensumverteilung auf Kosten der Lohnabhängigen, Steuererhöhungen, Verteuerung der Kredite, Kürzungen der staatlichen Investitionen und Investitionsstützen für die Privatwirtschaft. Dies funktioniert jedoch nur um den Preis von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation, die nach einiger Zeit in eine scharfe Rezession münden muß. Folgerichtig wurden die Phasen des »stop« dann auch regelmäßig von einer sogenannten »go«-Politik abgelöst, die die angespannte soziale und ökonomische Situation entschärfen soll. Die Steuern werden dann wieder gesenkt, öffentliche Ausgaben erhöht, Kredite verbilligt und Investitionen subventioniert. Die private Nachfrage steigt wieder an, desgleichen die Importe, die britischen Währungsreserven schrumpfen daraufhin und führen zu einem neuen Zahlungsbilanzdefizit — bis wieder gestoppt wird.

Diese immer kurzfristig angelegte Politik konnte den Kapitalverwertungsschwierigkeiten nicht im mindestens entgegenwirken. Sie änderten nichts an den Produktionsstrukturen und verschärften stattdessen den Konkurrenzkampf sowohl auf dem Weltmarkt wie in Britannien selbst.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Callaghan

Mit zunehmender Verschlechterung der britischen ökonomischen Situation wurde innerhalb der Labour Party Anfang der 70er Jahre der Ruf nach Alternativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik laut. Das 1973 auf dem Parteitag ver-

abschiedete Programm sah u.a. Maßnahmen zur Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Mitbestimmung (industrial democracy) und Investitionsplanung vor. Jedoch hatte die Linksentwicklung der Partei, insbesondere unter den Individualmitgliedern und in Teilen der Gewerkschaftsbasis, kaum Einfluß auf die Politik der Regierungen Wilson und Callaghan. Auch die im Rahmen des social contract (Sozialvertrag) zwischen dem Gewerkschaftsdachverband TUC (Trade Union Congress) und der Labour-Regierung vereinbarten Maßnahmen zur Wirtschaftspolitik, Demokratisierung der Wirtschaft und Einkommenspolitik wurden bis auf wenige Maßnahmen von Seiten der Regierung nicht eingelöst. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Wirtschaftspolitik blieb marginal. Die Regierung hatte aufgrund der fortgesetzten Zerrüttung der britischen Wirtschaft kaum Spielraum, die wichtigsten, insbesondere konjunkturpolitischen Forderungen des TUC wie Verbesserung der Außenhandelsbilanz, Importkontrollen und keine Einschränkung der Staatsausgaben umzusetzen. Stattdessen verengte sich der wirtschaftspolitische Spielraum seit 1976 weiter.⁹ Aus der Sicht der Gewerkschaften waren ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen von der Regierung nicht nur nicht erfüllt worden, der social contract, ursprünglich als ein Programm zur Umgestaltung und Demokratisierung der britischen Wirtschaft gedacht, war zu einem reinen Lohndisziplinierungsinstrument gegen die Interessen der Lohnabhängigen verkommen. Der Vertrag wurde deshalb von den Gewerkschaften im Jahre 1977 gekündigt, was Callaghan die politische Basis entzog. Die Gewerkschaften leisteten in den folgenden knapp zwei Jahren heftigen Widerstand gegen Versuche von Seiten der Regierung, Lohnrestriktionen durchzusetzen. Angesichts der Massenstreiks im Winter 1978/79 verlor Callaghan schließlich jegliche Unterstützung auch im Unterhaus.¹⁰ Anfang 1979 wurde ihm das Mißtrauen ausgesprochen. Der Weg zu vorgezogenen Neuwahlen war frei. Die Art und Weise, wie Callaghan dann den Inhalt des Wahlprogramms der Labour Party gegen die mit dem Parteivorstand getroffenen Absprachen in seinem Sinne bestimmte, heizte den ohnehin schwelenden Unmut über den Vorsitzenden und seine Politik in der Partei weiter an. Für viele, insbesondere linke Labour-Mitglieder war dann mit dem katastrophalen Wahlausgang der Zeitpunkt gekommen, eine über achtzig Jahre alte Parteistruktur zu ändern.

Die Struktur der Labour Party

Die britische Labour Party (LP) verfügt über eine innere Struktur, die sie von jeder anderen Partei der Sozialistischen Internationale grundlegend unterscheidet:

- ein großer Teil der britischen Gewerkschaften ist der Partei korporativ angeschlossen;
- die Parlamentsfraktion (Parliamentary Labour Party, PLP) ist von der Partei organisatorisch weitgehend unabhängig;
- der Parteivorsitzende wird ausschließlich von der PLP gewählt und ist automatisch Kandidat für den Premierminister.

Diese ungewöhnliche Struktur erklärt sich aus der Geschichte der LP. Ihr Vorläufer, das im Jahre 1900 gegründete Labour Representation Committee, war ein Zusammenschluß sozialistischer Gruppierungen und Gewerkschaften, der den Arbeiterorganisationen parlamentarische Interessenvertretung sichern sollte. Eine individuelle Mitgliedschaft gab es nicht. Stattdessen hatten die angeschlossenen Organisationen im Committee so viele Stimmen wie Mitglieder, weshalb — wie heute noch — die Gewerkschaften dominierten. Erst im Jahre 1918 öffnete sich die LP auch individuellen Mitgliedern. Das System der »block votes« blieb jedoch erhalten. Die Gewerkschaften repräsentieren deshalb auch heute noch neun Zehntel der Mitglieder auf den Konferenzen. Entsprechend ist ihr finanzieller Beitrag.

Die LP war also historisch als parlamentarischer Arm der Gewerkschaften gedacht, woraus sich die organisatorische Trennung der Fraktion von der Partei, deren politische Arbeit in den Untergliederungen heute wesentlich von den Individualmitgliedern bestritten wird, erklärt. Die Abkopplung der PLP von der Gesamtpartei verstärkte sich durch die Regelung, daß Kandidaten zum Parlament immer nur einmal von den Wahlkreisorganisationen nominiert werden mußten, danach war der Abgeordnete immer wieder automatisch Kandidat seines Wahlkreises.

Als Folge davon brauchten sich einmal nominierte Kandidaten relativ wenig um die politischen Entwicklungen und die Programmatik der Partei zu kümmern. Dies galt auch für den Vorsitzenden, der sich lediglich der Unterstützung der Fraktion zu versichern hatte. Auch konnte er — wie Callaghan dies im Jahre 1979 tat — bei der Abfassung des Wahlprogramms durch Vertreter der PLP und des NEC (National Executive Committee), des Parteivorstandes, jederzeit sein Veto einlegen und seine eigenen Vorstellungen zu denen der Partei erklären. Die mangelnde Einflußmöglichkeit der immer wichtiger werdenden Individualmitglieder und Gewerkschafter auf die konkrete Regierungspolitik der PLP und des Vorsitzenden führte im Laufe der letzten fünf bis zehn Jahre zu immer heftigeren Auseinandersetzungen über die Parteistruktur.

Die Offensive der Labour-Linken

Die Rechtssozialdemokratie in Britannien gab den Massenstreiks des vorangegangenen Winters sowie den Lohnforderungen der Gewerkschaften die Schuld für die katastrophale Wahlniederlage. In der Vorbereitung des Parteitages von Oktober 1979 verfaßten Tony Benn, Sprecher der Labour-Linken, und Eric Heffer, Mitglied im NEC, ein Papier, in dem sie die Ursachen der Wahlniederlage aus der Sicht der Linken zusammenfassend wie folgt begründeten¹¹:

Die Zusammensetzung der PLP entspricht nicht mehr dem Parteiwillen. Die Tatsache, daß Abgeordnete lediglich bei ihrer ersten Kandidatur von ihren Wahlkreisparteien nominiert werden müssen, hat dazu geführt, daß der Linkstrend der LP sich weder personell noch inhaltlich in der PLP niedergeschlagen

hat. — Der Parteivorsitzende ist, solange er nur von der PLP gewählt wird, gegenüber der Gesamtpartei nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Er ist von der Partei kaum zur Verantwortung zu ziehen und auf eine Politik zu verpflichten. — Der Einfluß der Partei auf das Wahlprogramm ist zu gering. Die Art und Weise, wie das Programm 1979 zustande kam, hat gezeigt, wie wenig die Programmatik der Partei, ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen Eingang in die Politik der PLP bzw. der Regierung finden.

Die Politik der Callaghan-Regierung aber, so die Verfasser des Papieres, habe dazu geführt, daß sich die Masse der Arbeiter enttäuscht von der LP abwandte oder aber ihr Heil bei der konservativen Regierung suchte.

Auf der Parteikonferenz im Oktober 1979 gelang es Callaghan nicht mehr, die Frage der Statutenänderungen zu vertagen.

So standen bereits auf dem Parteitag 1979 die drei wesentlichen Statutenänderungen, die auch die diesjährige Konferenz geprägt haben, zur Diskussion:

- Wahl des Parteivorsitzenden durch ein Gremium, an dem alle Teile der Partei (angeschlossene Organisationen, insbes. Gewerkschaften, Wahlkreisparteien und Vertreter der PLP) angemessenen Einfluß haben;
- letzte Entscheidung über das Wahlprogramm soll beim Parteivorstand oder der Konferenz liegen. Der Vorsitzende verliert sein Veto-Recht;
- die Kandidaten zum Unterhaus müssen sich vor jeder Wahl erneut ihren Wahlkreisorganisationen zur Nominierung stellen.

Der Änderungsantrag zur Wahl des Parteivorsitzenden scheiterte an einer der vier Sektionen der Metallarbeitergewerkschaft, deren Präsident Terry Duffy trotz aller Kritik an Callaghans Politik eine Stärkung des linken Einflusses verhindern wollte. Jedoch war die Stimmung auf dem Parteitag 1979 insgesamt für die Änderungen, so daß die beiden anderen Anträge angenommen wurden. Eine endgültige Entscheidung sollte jedoch erst auf dem nächsten Parteitag, dem diesjährigen, getroffen werden.

Die Labour Party Konferenz 1980

Bereits auf dem Sonderparteitag im Mai 1980 einigte sich die Partei auf ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, das die Grundlage für die zukünftige Labour-Politik und die Alternative zur Thatcher-Regierung darstellen soll. Danach soll der staatliche Sektor ausgeweitet werden, und zwar in dem Sinne, daß es einen Mindestanteil von Staatsbetrieben in jedem Industriesektor gibt, also nicht mehr nur unrentabel arbeitende Betriebe verstaatlicht werden, um kurzfristig Arbeitsplätze zu sichern. Die Nationale Planungskommission soll Planungsrichtlinien festlegen, die bei den wichtigsten Unternehmen durchzusetzen sind. Staatliche Ausgaben sollen ferner für gezielte Modernisierungs- und Strukturmaßnahmen sowie zur Verbesserung der sozialen Leistungen ausgedehnt werden. Der ausländischen Konkurrenz will die LP durch selektive Importkontrollen begegnen, damit wenigstens auf dem inländischen Markt britische Güter wieder eine Chance bekommen. Die Importkontrollen werden durch Kapital-

ausfuhrbeschränkungen ergänzt. Da dies den freien Waren- und Kapitalverkehr, die »Heilige Kuh« der EG, in Frage stellen würde, sprach sich der Sonderparteitag für einen Austritt in dem Fall aus, daß der Abbau der Nachteile für Britannien innerhalb der Gemeinschaften nicht durchsetzbar wäre. Auf der Konferenz in Blackpool im Oktober wurde dieser Beschluß allerdings von der Befürwortung eines bedingungslosen Austritts aus der EG abgelöst.

Die sich ständig verschlechternde Konkurrenzfähigkeit der britischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt und innerhalb der EG hat in der LP zur Propagierung protektionistischer Maßnahmen geführt. Jedoch wird Wert darauf gelegt zu betonen, daß sich dieser Protektionismus nicht gegen die Länder der Dritten Welt richten soll, die vielmehr Hauptpartner einer zukünftigen Handelspolitik werden sollen.¹²

Der Antrag zum Austritt aus der EG wurde mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen, was heißt, daß er automatisch in das nächste Parteiprogramm aufgenommen werden muß. Diese Forderung ist nicht nur innerhalb der Labour Party, sondern auch in der britischen Bevölkerung stark verankert und erhöht die Chancen der Partei auf einen Wahlsieg im Jahre 1984 nicht unwesentlich.

Weniger eindeutig war demgegenüber die Stimmung der Delegierten des Parteitages zur Frage der Statutenänderungen.

Es galt zunächst als keinesfalls sicher, daß die Anträge zur Neunominierung der Kandidaten für das Unterhaus, die Änderung im Wahlmodus für den Parteivorsitzenden und die Verantwortung bei der Abfassung des Wahlprogramms auf der Konferenz eine Mehrheit finden würden. Die Favorisierung der Wahlkreisorganisationen durch die Labour-Linke stieß nicht nur bei den Anhängern Callaghans auf Widerstand, sondern auch bei Teilen der Gewerkschaften. Insbesondere die Metallarbeitergewerkschaft und die Bergarbeiter galten als Gegner jeglicher Änderung des Status quo. Ihre Stimmen gaben den Ausschlag. So war die Überraschung auf der Konferenz groß, als die Neunominierung der Kandidaten zum Unterhaus trotzdem mit einer Mehrheit von 450000 Stimmen beschlossen wurde.

Wie eine Bombe schlug aber das Ergebnis der Abstimmung über die Wahl des Parteivorsitzenden ein. Niemand — auch der Parteivorstand nicht — hatten ernsthaft erwartet, daß die Konferenz der PLP die Kompetenz zur Wahl des Vorsitzenden entziehen würde. Als bekannt wurde, daß sich eine Mehrheit von 98000 Stimmen dafür ergeben hatte, gab es große Aufregung. Um die Stimmung der Delegierten bei dieser in der Tat historischen Entscheidung der Partei zu beschreiben, soll ein intimer Kenner der Verhältnisse, der Journalist Chris Mullin, zu Wort kommen: »Auf der Seite der Wahlkreisorganisationen waren die Delegierten aufgesprungen und schrien begeistert; die Medienleute rannten zu den Telefonen; die meisten Gewerkschaftsdelegierten saßen still da, als wären sie über ihre eigene Kraft erstaunt; die Abgeordneten waren vom Schock benommen ... Für einen Augenblick, nur für einen Augenblick, waren die Parteioffiziere ... auf die Spitze eines hohen Hügels getragen worden, von wo aus sie

einen Blick auf die Zukunft warfen; eine Welt ohne Atombomben, ohne Gemeinsamen Markt, ohne Oberhaus; eine Welt, in der die Macht der Parlamentsfraktion, die Wünsche der Bewegung zu untergraben, unwiderruflich zerstört worden war. Oder?¹³

In der Tat begann jetzt nach diesem entgegen allen Absprachen zustande gekommenen Ergebnis eine rege Aktivität. Die meist rechts-sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nahmen sich ihre Delegierten vor und die Parteirechte mobilisierte in den eigenen Reihen gegen die vom Parteivorstand vorgeschlagenen Alternativen bei der Zusammensetzung des Wahlgremiums, das in Zukunft über den Vorsitzenden und damit auch über jeden eventuellen Premier der LP bestimmen sollte. Die Delegierten bei den Gewerkschaften hatten z.T. keine Ahnung, wofür oder wogegen sie jetzt stimmen sollten. Soweit hatte bis dahin niemand gedacht. Aus diesem Grund wurde mit unterschiedlich großen Mehrheiten jeder der drei Vorschläge abgelehnt.

Bei der nachfolgenden Abstimmung über die Kompetenz in der Frage des Wahlprogramms hatten die Delegierten Angst vor der eigenen Courage bekommen. Die alte Regel wurde bestätigt. Der Premier bzw. Parteivorsitzende behielt sein Vetorecht.

Die Entscheidung, wer diesen Vorsitzenden in Zukunft wählen darf, wird auf einem Sonderparteitag am 24. Januar 1981 getroffen. Dadurch bleibt zunächst die alte Regel in Kraft. Die Fraktion hat Anfang November zwischen Healey, einem Rechtssozialdemokraten und Pro-Europäer, und Michael Foot, der dem gemäßigten linken Flügel der Partei zugerechnet wird und in der gesamten Partei großes Ansehen genießt, entschieden*. Healey hätte kaum eine Chance, Vorsitzender zu werden, wenn ein Wahlgremium, welcher Zusammensetzung auch immer, bestimmen könnte. Die Chancen des Sprechers der Labour-Linken, Tony Benn würden in einem solchen Fall steigen, aber dennoch ist es unwahrscheinlich, daß er gewählt würde. Die konservative Gewerkschaftsspitze jedenfalls wird sich kaum mit ihm anfreunden wollen. Wie endgültig der Wahlausgang über den Vorsitzenden und damit den Schatten-Premier-Minister der Labour Party ist, kann z.Zt. nicht sicher beurteilt werden. Die Partei-Linke hat jedenfalls der Fraktion die politische, wenn auch nicht die formale Legitimation zur Wahl abgesprochen. Sie will 1981 die Konferenz entscheiden lassen, ob der von der Fraktion bestimmte Vorsitzende auch als Führer der Gesamtpartei akzeptiert wird.

Schlußbemerkung

Die Entscheidungen des Parteitags der LP zur inneren Struktur können als historisch bezeichnet werden. Sie schaffen die Voraussetzung zur Durchsetzung der politischen Programmatik in der Regierungspolitik einer Partei, in der in den 70er Jahren Mehrheiten für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft

* Am 10. November 1980 wurde Michael Foot mit 139 zu 129 Stimmen von der PLD zum neuen Vorsitzenden gewählt.

entstanden sind. Die Beschlüsse der Konferenz zur Wirtschafts- und Sozialpolitik bieten ferner wesentliche Ansätze zu einer notwendigen Umgestaltung der britischen Wirtschaft. Auch herrscht in der LP Klarheit darüber, daß Eingriffe in den wirtschaftlichen Mechanismus mittels staatlicher Programme politisch abgesichert werden müssen, um auch langfristig erfolgreich sein zu können. Kritisch muß jedoch angemerkt werden, daß es auch heute noch in der LP an einer grundlegenden Analyse über Art und Umfang der gesellschaftlichen Umwandlungen fehlt. Nach wie vor knüpft die Labour-Linke an Vorstellungen an, die in erster Linie auf die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben in Verbindung mit einer militanten Lohnpolitik gerichtet sind und darüber eine Massenmobilisierung erreichen sollen. Wieder einmal wird sich vor allem auf Lohnpolitik gestützt, von der in der gegenwärtigen Situation in erster Linie die von Arbeitslosigkeit und Krise weniger betroffenen, meist qualifizierteren Lohnabhängigen profitieren können. Dies ist besonders deshalb fatal, weil Arbeitslose in Britannien automatisch ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft verlieren. Forderungen nach grundlegender Reorganisation der britischen Wirtschaft, die ökonomische, sozial- und einkommenspolitische Faktoren in einen strategischen Zusammenhang bringt und auf die Ausweitung und Modernisierung des Produktionsapparates abzielt sowie Vorstellungen über Finanzierung und Absicherung kurz- wie langfristiger Maßnahmen entwickelt, sind noch nicht ausreichend ausgebildet. Hier liegt eine entscheidende Aufgabe für die britische Arbeiterbewegung, die auch vor der Frage nicht halt machen darf, inwieweit die enorme Zersplitterung der Gewerkschaftsstruktur nicht die Realisierung der wichtigen und notwendigen Reformen behindert und selbst einer Reform bedarf.

Anmerkungen

- 1 Wahlprogramm der Konservativen, S.7ff.; s. auch Politics Today (regelmäßige Publikation der Konservativen Partei), May 1980, S.142.
- 2 Vorwärts v. 17.7.1980.
- 3 Politics Today, May 1980, S.142.
- 4 Zeit v. 18.7.1980 und 5.9.1980.
- 5 Siehe dazu näher: »Herforder Thesen« zur Arbeit von Marxisten in der SPD, spw Sonderheft 2, hrsg. v. Bezirk der Jungsozialisten Ost-Westfalen-Lippe, insbes. Thesen 2-11, S.13ff.
- 6 Tribune v. 18.7.1980.
- 7 Hobsbawm, E., Industry and Empire — The Pelican History of Britain, Bd.3, London 1969, S.134ff. und 207ff.
- 8 Siehe dazu näher: Maaß, G., Die Rolle des Pfund Sterling seit dem 2. Weltkrieg, Tübingen 1968.
- 9 Siehe dazu: DIW-Wochenbericht v. 7.8.1980, S.340.
- 10 Butler, D./Kavanagh, D., British General Election of 1979, London 1980, S.18ff.
- 11 Benn, A.W./Heffer, E., Unity trough Democracy in Worker's Control 5/1979.
- 12 So z.B. Tribune v. 3.10.1980.
- 13 Tribune v. 10.10.1980 (eigene Übersetzung).

Michael Häupl

Von Otto Bauer zu Franz Bauer

Zur Situation der österreichischen Sozialdemokratie

Symbole oder kurz gefaßte Agitationsformeln vergrößern notwendigerweise. Das gilt auch für den Titel dieses Beitrags. Er soll die Entwicklung einer Partei darstellen, die angetreten ist, die Welt im Interesse der arbeitenden Menschen zu verändern, den Sozialismus zu erkämpfen und die heute zwar die absolute Parlamentsmehrheit errungen hat, jedoch den Sozialismus in die Bildungsseminare und Programmdiskussionen verbannt hat. Eine Entwicklung also vom großen sozialistischen Denker Otto Bauer zum Profitsozialdemokraten und »Trittbrettfahrer« der Macht Franz Bauer.¹ Zugegeben: Der Titel hat auch semantische Gründe, denn was sich auf Androsch reimt, kann man nicht gut schreiben.

Zu den Bedingungen sozialdemokratischer Politik in Österreich

Diese Bedingungen können hier nur soweit skizziert werden, wie es zum Verständnis der innerparteilichen Auseinandersetzungen nötig erscheint. Die ökonomischen Grundsäulen Österreichs sind die im wesentlichen durch Mittelbetriebe vertretene Privatindustrie, die verstaatlichte Industrie (incl. des Industriebereichs der verstaatlichten Banken) und die nationalen Teilbetriebe der multinationalen Konzerne. Während nahezu die gesamte nationale Industrie an schweren Strukturmängeln leidet, »blüht und gedeiht« das Geschäft der »Multis« in Österreich nicht zuletzt dank der riesigen Subventionen durch den österreichischen Staat.²

Weiter existent sind die Probleme der tatsächlichen Arbeitsplatzsicherheit, die Forderung der Gewerkschaft nach einer Steuerreform und die Tatsache der Reallohnverluste nach den letzten Lohnabschlüssen. Politisch abgesichert wird diese ökonomische Situation durch das in Österreich perfektionierte System der Sozialpartnerschaft. Ohne gesetzlich in irgendeiner Form festgeschrieben zu sein, ist gegen den Willen der Sozialpartner die parlamentarische Durchsetzung eines Wirtschafts-, Sozial- oder Ausbildungsgesetzes kaum denkbar. Lediglich in wenigen Fällen konnten bisher Entscheidungen gegen die Interessen der Sozialpartner herbeigeführt werden: Bei der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf oder bei der Unterbindung der Panzerlieferungen an das Mörderregime Pinochets in Chile. Allerdings sind beide hier angeführten Beispielfälle noch immer umkämpft.

Wir können also zusammenfassend konstatieren, daß Österreich durch die starke Bindung an die Multinationalen Konzerne an die Peripherie des westeuropäischen Imperialismus gerückt wird. Im zunehmenden Ausmaß gerät das Land auch in Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital. Die Arbeitsplätze

können sicherlich zunächst noch über die verstaatlichte Industrie gesichert werden, wobei sich jedoch angesichts der jüngsten Entwicklung die Frage stellt, wie lange dies noch möglich sein wird. Politisch gerät damit die österreichische Sozialdemokratie ebenso wie die Gewerkschaft unter einen zunehmenden Legitimationsdruck. Obgleich die nun 35 Jahre währende Politik der Sozialpartner verheerende Spuren im Bewußtsein der österreichischen Arbeiterklasse hinterlassen hat, werden doch in zunehmenden Ausmaß Reallohnverluste, Arbeitsplatzunsicherheit und damit Lebensstandardrückgang politisch hinterfragt. Zusätzlich werden sie jetzt mit Korruptionsskandalen, einer ungläubwürdigen Lösung der Politikerprivilegienfrage und einem »Einschlafen« der »Überbau-Reformen« konfrontiert. Das politische Ergebnis ist ein noch weitergehender Rückzug insbesondere junger Menschen aus der Politik, verstärktes Mißtrauen gegenüber dem »Staat«, aber auch »Demokratiemüdigkeit« und »Ruf nach dem starken Mann«. Um die Art und Weise des »Gegensteuerns« gegen diese gefährlichen Tendenzen geht es nun im wesentlichen auch bei den gegenwärtigen innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPÖ.

Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPÖ

Auch wir haben uns geirrt, als wir am Vorabend jenes denkwürdigen 9. September unmittelbar nach der so erfolgreichen Pressevorstellung unseres Buches³ die Situation der Partei und unsere Möglichkeiten nach dem Rücktritt Androsch als Finanzminister diskutierten. Wir irrten mit nahezu der gesamten österreichischen Öffentlichkeit und der gesamten Linken. Androsch ist weiterhin Finanzminister in Österreich. Was hat sich nun dadurch geändert? Im wesentlichen nicht viel. Die Kontroverse Kreisky — Androsch ist die unmittelbar sichtbare Form einer Auseinandersetzung, die tatsächlich zwischen den »Zentristen« und dem rechten, integrationistischen Flügel der Partei verläuft. Diese »Parteirechte« besteht aus einer sehr großen Anzahl von Menschen, die an einer rein technokratischen Politik festhalten und auch die letzten Reste sozialdemokratischen Gedankenguts und sozialdemokratischer Traditionen über Bord werfen wollen. Diese Gruppierung innerhalb der Partei, die sich mehr und mehr als Fraktion konstituiert, profitiert direkt oder indirekt am derzeitigen System (»viele kleine Androsche«). Sie sieht ihre persönlichen Machtpositionen langfristig durch eine absolute Mehrheit der SPÖ weniger gesichert als durch eine große Koalition, also der »Sozialpartnerregierung«. Androsch ist das Symbol eines Systems, das durch Korruption, »Freunderlwirtschaft« und vielseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet ist. Es steht und fällt allerdings nicht mit Androsch. Es ist Bestandteil und Ausdruck der Verflechtung der österreichischen Sozialdemokratie mit dem bürgerlichen Staat.

Der wesentlichste Widerpart zu dieser »Parteirechten« sind die »Zentristen« (diesen Begriff bezieht Kreisky auf sich selbst). Diese Zentristen stellen nun wesentliche Positionen der »Parteirechten« — so etwa die grundsätzliche Befürwortung der Sozialpartnerschaft, die gemeinsame Unterstützung der promono-

politischen Wirtschaftspolitik und dergleichen — nicht in Frage. Sie erhalten jedoch ihren Anspruch nach reformistischer Politik einerseits durch das verbale und programmatische Festhalten an der sozialistischen Zielsetzung der SPÖ-Politik und andererseits durch ihr Bemühen nach Ausschaltung krasser sozialdemokratischer Deformationen, wie die direkte Verflechtung von Politik und Geschäft sowie der »Freunderl- und Pfründewirtschaft« aufrecht. Und dafür steht Kreisky mit seinem berühmt gewordenen »10-Punkte-Programm: Für ein sauberes Österreich«⁴ als Symbol. Hier allerdings ist es möglich, daß diese Gruppierung mit der Person Kreisky steht und fällt. Zu verschwommen sind die Positionen, zu undeutlich die Alternativen und zu unzuverlässig die »Verbündeten« nach rechts. Josef Hindels nannte in einem Vortrag in Wien diese schwankenden Gestalten analog zu den »Wechselwählern« die »Wechselsozialisten«. Die Auseinandersetzungen zwischen Kreisky und Androsch sind daher als diejenigen zwischen zwei innerparteilichen Richtungen zu sehen, wobei sich beide auch außerparteilicher Hilfsmittel bedienen. Androsch wird unterstützt von seinen Freunden aus der Sozialpartnerschaft, Wirtschaft und dem Österreichischen Rundfunk und Fernsehen, ORF (Bacher); Kreisky verfügt über einen Teil der Medien und eine nach wie vor ungeheure Popularität in der österreichischen Bevölkerung.

Möglichkeiten der Parteilinken

Wie verhält sich nun die Parteilinke in diesen innerparteilichen Auseinandersetzungen? Zunächst ist festzuhalten, daß die österreichische Parteilinke ideologisch recht uneinheitlich ist, jedoch sind unter dem Eindruck des verstärkten Drucks auf die Linke und der Auseinandersetzungen um die Zukunft der Partei, politische und organisatorische Vereinheitlichungsprozesse festzustellen. Dies trägt ohne Zweifel zu einer Verstärkung der Linken bei, so daß sich heute ein Kreis gebildet hat, der sich um die Junge Generation (JG — dem Organisationsstatus der Juso-AG in der SPD vergleichbar), Sozialistische Jugend, Verband sozialistischer Studenten (VSSStÖ), in vielen Fällen auch die sozialistischen Freiheitskämpfer u.a. gruppiert und der in der *Tribüne* seinen publizistischen Ausdruck findet. Neben der weiterführenden solidarischen Erarbeitung eigenständiger Positionen auf dem Boden des Parteiprogrammes von 1979 wird für die Linke von entscheidender Bedeutung sein, ob sie auf die drängenden Fragen der teilweise verunsicherten Sozialisten in Österreich Antworten zu geben vermag. Es wird ihre (d.h. unsere) Aufgabe sein, nicht sosehr im »Spiel der Mächtigen« mitzuspielen, als vielmehr glaubwürdige Alternativen für alle Politikbereiche und auch für die herrschende politische »Unmoral« anzugeben. Um dies umzusetzen, wird innerparteilich ein breites Bündnis mit allen kritischen, darüber hinaus aber auch allen »anständigen« Mitgliedern der Partei und Gewerkschaft einzugehen sein. Die Bündnisse mit den »Zentristen« in den Auseinandersetzungen mit der Parteilinken werden notwendig sein, jedoch nur unter klarer Darlegung der eigenen Positionen, denn zu oft wurde die Linke schon als »Prügelknabe«

verwendet, den man nach erfüllter Funktion wieder in die Ecke stellte.

Um alle diese Probleme zu diskutieren, veranstaltete die Parteilinke eine »Linke Konferenz« Anfang Oktober in Wien. Dem vorwegnehmenden Motto »*Gemeinsam sind wir stärker*« konnte Rechnung getragen werden: In einer Reihe von Arbeitskreisen wurden positive politische Ansätze für die zukünftige Arbeit entwickelt. Die monatlich erscheinende *Tribüne* wird noch stärker als bisher aus den innerparteilichen Aktivitäten der Parteilinken, aber auch von fortschrittlichen Aktivitäten außerhalb der Partei berichten. Dies wird Ausdruck dafür sein, daß die marxistische Linke in der SPÖ nicht nur kritisches Korrektiv in der Partei sein will und kann, sondern auch ein Bindeglied zwischen immer stärker werdenden Bewegungen außerhalb des traditionellen Partegefüges und den teilweise erstarrten Organisationsformen der SPÖ.

Anmerkungen

- 1 Dr. Franz Bauer, Mitglied der SPÖ, ehem. Geschäftsführer der »Consultatio« (Steuerberatungsfirma des österreichischen Finanzministers und stellv. Parteivorsitzenden Dr. Hannes Androsch), Miteigentümer der »Ökodata« (Firma, die stark in den Skandal um den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien verwickelt ist), weitere Beteiligungen und Skandalverwicklungen werden derzeit vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß und den Gerichten geklärt.
- 2 General Motors errichtet in der Nähe von Wien ein Motorenwerk mit ca. 1.500 Arbeitsplätzen; Subventionen: ca. 1,5 Mrd. ÖS. Mit dieser Summe könnte ein erheblicher Teil der Probleme der verstaatlichten Industrie gelöst werden.
- 3 Josef Hindels und Peter Pelinka (Hrsg.), Roter Anstoß — Der »Österreichische Weg« (Sozialistische Beiträge), Wien 1980; vgl. die Besprechung in diesem Heft, S.107
- 4 Abgedruckt in diesem Heft unter »Dokumentation«, S.94

»Wie weiter nach den Wahlen?«

Interviews zum Wahlausgang

Die Bundestagswahlen vom 5. Oktober 1980 haben Franz Joseph Strauß verhindert. Sie haben jedoch keinen Sieg der SPD gebracht. Zwar verfügt die Koalition nunmehr über eine sichere Mehrheit im Bundestag, jedoch ist dies auf eine Stärkung der FDP zurückzuführen. *spw* befragte zum Wahlausgang und seinen Folgen für die innerparteiliche Linke sowie für die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik den Bremer Parteilinken und Senator für Jugend, Soziales und Sport, Henning Scherf, und das Hamburger Juso-Landesvorstandsmitglied Günter Beling. — Das Interview mit Henning Scherf führte der Mitherausgeber der *spw* und Bundesvorstandsmitglied, Klaus Peter Wolf. Günter Beling wurde von den Redaktionsmitgliedern Frank Heidenreich und Christiane Rix-Mackenthun interviewt.

spw: Henning Scherf, die SPD hat 0,3% an Zweitstimmen zugelegt und einen Wahlkampf geführt, der sehr stark auf den Kanzler zugeschnitten war. Kann man nicht bei diesem Stimmenzuwachs, zumal man bedenken muß, daß ja mit Strauß ein Mann für die CDU/CSU kandidiert hat, der sehr viele Wähler abschreckt hat, sagen, daß sich der kanzlerwahlkampfbezogene Beitrag der SPD nicht in dem Maße ausgewirkt und gelohnt hat, wie das die Partei erwartet hat?

Scherf: Ich würde dies nicht so kritisch sehen. Ich finde, man muß zunächst feststellen, daß Strauß nicht Kanzler geworden ist. Dies war das politische Ziel ganz vieler Initiativen, gerade innerhalb der SPD — und das ist erreicht worden. Und die Alternative zu ihm war nun mal in diesem Wahlkampf Helmut Schmidt. Und Helmut Schmidt hat nicht nur in dem Wahlkampf, sondern auch darüber hinaus aus seiner Rolle als Kanzler einer Koalitionsregierung verständlicherweise bei einem wachsenden Teil der Bevölkerung diese Rolle für mehr als die SPD zu spielen. Und wenn man sich auf ihn konzentriert und sozusagen die Partei dahinter zurücknimmt — wie das geschehen ist im Wahlkampf —, dann ist es nicht völlig überraschend, daß dieses mit dazu beigetragen hat, daß die FDP eben mit ihrem deutlichen Bekenntnis zur Koalition und ihrer deutlichen Erklärung, daß sie zum Kanzler Helmut Schmidt steht, den Zulauf gefunden hat, der nun wirklich auch eingetreten ist. Ich glaube, daß ist mit dadurch beeinflußt worden. Das Hauptziel war, Strauß als Kanzlerkandidaten der Opposition zu verhindern. Und für dieses Hauptziel war es völlig unsinnig, die FDP anzugreifen, denn die FDP war mit wichtige Partnerin dieser politischen Arbeit. Und es ist dann ein diesem Hauptziel untergeordnetes Ziel gewesen, sich von den Liberalen abzugrenzen. Dieses ist nur in einzelnen Punkten gelungen. Allerdings, die Mitbestimmungsdebatte, die Debatte um Lamsdorff, ist ja im Wahlkampf gewesen. Das war eine Abgrenzungsdebatte gegen die FDP. Ich vermag heute nicht zu sagen, ob das der FDP nicht auch genützt hat.

spw: Die Sozialdemokratie hat ihre eigenen Themen in den Hintergrund gestellt zugunsten der Themen, die sozusagen der Koalitionsspitzenkandidat Schmidt besetzt hat. Aber er konnte keine mobilisierungsfähige Regierungspolitik vorweisen, wie beispielsweise Brandt 1972 mit den Ostverträgen, für die im Wahlkampf ja als Regierungspolitik, als Regierungsziele gekämpft worden ist. Solche Themen, für die breite Massen hätten mobilisiert werden können, waren in diesem Wahlkampf nicht vorhanden.

Scherf: Richtig ist, daß wir uns eine Reihe von Themen von der Opposition haben aufdrängen lassen. Aber man muß eben auch bedenken, daß das Hauptthema der Sozialdemokraten und der Sozialliberalen — die Entspannungspolitik und die Ost-West-Politik — durch gar nicht vorhersehbare Ereignisse schwierig geworden ist. Es ist ja doch nicht zu übersehen, daß die Verhältnisse in Polen und die damit verbundene politische Öffentlichkeit möglicherweise nicht total identisch ist mit dem, was im letzten Jahrzehnt an Entspannungs- und Verständigungspolitik gelaufen ist. Und ich glaube, daß das mit dazu beigetragen hat, daß ein wirklich typisches und auch in den Konturen einigermaßen klares, inhaltliches Thema der Sozialdemokraten in diesem Bundestagswahlkampf ganz anders gelaufen ist, als wir uns das gedacht hatten.

spw: Muß aber nicht die Linke im Hinblick auf den nächsten Bundestagswahlkampf wesentlich deutlicher machen, daß es nicht Aufgabe von Koalitionen sein kann, Wahlkampf zu bestreiten, sondern Aufgabe von Parteien, die sich dann nach der Wahl evtl. in Koalitionen wiederfinden? D.h. also: muß die Linke nicht darauf hinwirken, daß der eigenständige SPD-Beitrag vorangestellt wird vor dem, was durch Regierung und Koalition repräsentiert wird? Wäre das eine Konsequenz für die Linke?

Scherf: Erst mal würde ich sagen, daß die Linke sich nicht verstecken sollte. Insbesondere die Tatsache, daß außerhalb der SPD politische Alternativen, die links zu sein beanspruchen, wenig erfolgreich gewesen sind, war auch ein Verdienst der aktiven Wahlkämpfer innerhalb der linken Sozialdemokraten. Man kann quer durch die Bundesrepublik gehen und feststellen, daß die traditionell linken Organisationsgliederungen der SPD und herausragende Kandidaten von der linken Seite der SPD überproportional gut abgeschnitten haben. Am deutlichsten ist das bei Erich Meinicke. Der einzige Wahlkreis, der zugenommen hat in NRW, ist der von Erich Meinicke, der nun wirklich umstritten ist innerparteilich. Und es gab ja auch ganz handfeste Versuche, ihn runterzuholen von der Liste und von der Kandidatur. Die Partei sollte nicht die Fehleinschätzung machen und sagen: jetzt haben wir doch nun längst alles geschafft, nun wollen wir mit der FDP weiter um rechte Wähler konkurrieren.

Was daraus folgt ist natürlich, daß wir versuchen müssen, auf den verschiedenen Ebenen politischer Arbeit — und dazu zählt natürlich die Regierung, die Bundestagsfraktion, der Bundestag — unseren inhaltlichen Beitrag abzuliefern. Der muß nicht immer und um jeden Preis identisch sein mit dem, was gerade in den jeweiligen Koalitionsausschüssen ausgehandelt worden ist. Ich denke, es gibt Anlaß — auch aus den letzten Jahren, daß wir diejenigen, die in Bonn sozialdemokratische Politik machen, ermuntern, auch wenn in der Koalition nicht alles gelaufen ist, wie man es sich wünschte — den sozialdemokratischen Beitrag dazu, auch das über das Koalitionsergebnis hinausgehende sozialdemokratische Programm, sichtbar zu machen. Dies kann man nicht alleine nur der Basis überlassen.

Es wäre aber falsch, sich ausschließlich auf die koalitionsbedingte Arbeit in Bonn zu konzentrieren. Linke in der SPD sind darauf angewiesen, daß sie unter den Betroffenen, für die sie Politik machen wollen, wirklich nicht nur politisch anerkannt sind, sondern auch arbeiten können. Und daß sie in ihrem gesell-

schaftspolitischen Umfeld als die Hauptadressaten für Reformpolitik fest verankert sind. Es wird in Bonn sich immer nur etwas bewegen, sich reformpolitisch etwas bewegen — von der Linken in der SPD aus gesehen —, wenn es gelingt, das gesellschaftspolitische Umfeld zu mobilisieren, wenn es gelingt, eine entsprechende Öffentlichkeit wirklich zu organisieren.

spw: Wir können gleich nochmal über diesen außerparlamentarischen und außerparteilichen Kampf sprechen. Du sagst, daß die Sozialdemokratie, und insbesondere die Linke innerhalb der Sozialdemokratie, auch in Zukunft wieder verstärkt ihren eigenen Beitrag deutlich machen muß. Ist es aber unter den derzeitigen Konstellationen, die dazu beigetragen haben, daß die FDP gegenüber der Sozialdemokratie gestärkt worden ist, nicht schwieriger geworden, Handlungsspielräume für fortschrittliche Reformpolitik zu schaffen?

Scherf: Es wäre schwierig geworden, wenn Strauß an die Regierung gekommen wäre, um das mal ganz klar zu sagen. Deshalb kann man nicht sagen, es ist jetzt schwieriger geworden, nachdem das erreicht war. Den Spielraum, den das Wahlverhalten der Bundesrepublikaner jetzt am 5. Oktober doch sichtbar macht, muß man doch als Herausforderung und als Ermutigung für reformerische Politik nehmen, den darf man doch nicht als einen Rückschlag nehmen. Ich glaube, viel wichtiger und viel entscheidender für die zukünftige Politik wird die weitere ökonomische Entwicklung sein. Wir dürfen uns nicht lähmen lassen durch das Starren auf das, was in der Koalition gegenwärtig für opportun gehalten wird und durchsetzbar ist, sondern wir müssen sehen, in was für einem gesellschaftlichen Umfeld in was für einem ökonomischen Umfeld findet diese Koalitionspolitik in den nächsten Jahren statt. Welche Hauptbewegungen und Nebenbewegungen gibt es. Wo gibt es da Gegenöffentlichkeit, die genutzt werden kann, um dann natürlich auch in Richtung einer veränderten Regierungspolitik etwas bewirken zu können. Das ist das eigentlich Spannende. Ich denke sogar, daß es eher eine Stabilisierung der Koalition geben kann. Wir haben jetzt eine FDP, die über eine klare Entscheidung für die sozialliberale Koalition so ein Ergebnis bekommen hat. Ich glaube, mit dem müßte man ja im Grunde schneller und ungefährdeter, was die Koalitionsmechanismen betrifft, zu Vereinbarungen gelangen, als dies vorher der Fall war.

spw: Die ökonomische Frage wird einen zentralen Stellenwert bekommen. War das jetzt zu verstehen als ein Appell auch an die Linke, die ja doch in den letzten Monaten sehr stark und aus guten Gründen sich insbesondere gekümmert hat um die Frage der Atomkraftwerke und die Frage der Rüstungspolitik? Wobei doch die Gefahr bestanden hat, daß wir die Frage »Was ist links« oftmals festgemacht haben an der Frage: »Bist Du für oder gegen Atomenergie?«. Und in dieser Diskussion hat sich die Linke ein Stück weit entfernt und abgekoppelt von der Gewerkschaft. Wenn Du jetzt sagst, ökonomische Fragen werden wieder einen zentraleren Stellenwert bekommen, heißt das, daß die Parteilinke wesentlich stärker die Verknüpfung mit den gewerkschaftlichen Diskussionen suchen muß und gewerkschaftliche Positionen in die Partei hineintragen muß?

Scherf: Ja, natürlich heißt es das. Ich bin auch der Meinung, daß diese Frage »Ja oder Nein zur Atomenergie« oder »Ja oder Nein zur Rüstungspolitik«, wenn sie ohne die damit verbundenen ökonomischen Konsequenzen gestellt

worden ist, zu kurz angelegt war. Ich glaube, wir Sozialdemokraten können in der Ökologiediskussion nur dann bestehen, wenn wir klarmachen, daß das nur über eine veränderte Wirtschaftspolitik geht. Man kann sich nicht abkoppeln von der Wirtschaft und dann sagen, wir machen mal eine abstrakt ökologische Politik. Und genauso muß man in der Rüstungspolitik, wenn man nicht Phantast sein will, sich einlassen auf das, was da ökonomisch abläuft. Rüstungspolitik ist eine Funktion der ökonomischen Struktur unseres Landes und eine Funktion der Produktionsstruktur unseres Landes. Und wer sich darauf nicht einläßt, wer den vielen Gewerkschaftern, die da beschäftigt sind, keine Antworten gibt über das, was da als Alternative kommt, der wird sich nie mehrheitsfähig durchsetzen können. Ich glaube, sogar zu Recht nicht durchsetzen können. Denn er hat in zentralen Fragen der Gesellschaft keine Antwort bereit.

Meine Empfehlung wäre, daß wir uns in der Partei noch sehr viel stärker als in den letzten Jahren auf die gewerkschaftliche Auseinandersetzung, auf die gewerkschaftliche Arbeit konzentrieren. Daß wir uns beteiligen an den vielen, vielen inhaltlich ausformulierten, auch in den Konflikten erkennbaren Auseinandersetzungen in den Einzelgewerkschaften und in der Einheitsgewerkschaft, im DGB. Daran geht kein Weg vorbei und schon gar nicht nach dem 5. Oktober.

spw: Die Gewerkschaften wären also ein Moment, das von der Parteilinken verstärkt gesehen werden muß. Ein anderes Stichwort hast Du geliefert, nämlich die Arbeit außerhalb der Partei in den vorhandenen gesellschaftlichen Bewegungen. Kann die Parteilinke überhaupt im Parlament oder auch in der Partei selbst genügend Druck entfalten und Durchsetzungskraft erlangen, wenn sie sich abkoppelt von diesen gesellschaftlichen Bewegungen? Oder muß sie da nicht auch stärker präsent sein?

Scherf: Sie muß stärker präsent sein. Es ist für sie eine Existenzfrage, daß ihre Gremienarbeit in den Fraktionen und in den Parlamenten begleitet wird von Organisationsformen der von diesen Fragen überhaupt Betroffenen. Es ist ja eine der frustrierendsten Erfahrungen, wie die wenigen Abgeordneten, die die Grünen inzwischen in der Bremer Bürgerschaft und im Stuttgarter Landtag haben, sich unfähig erweisen, diese Vermittlungsarbeit zu schaffen.

spw: Das heißt also, die Parteilinke muß, soll sich stärker verankern auch in den ökologischen Gruppen, in den Gruppen, die gegen Atomkraftwerke arbeiten und für den Frieden streiten. Sie muß hier ihre eigenen Positionen setzen, um auch von außen durch diesen Druck Spielräume sowohl innerparteilich als auch innerparteiliche und Spielräume in den Parlamenten für sich zu erweitern.

Scherf: Das ist meine Hoffnung, daß das gelingen wird. Daß wir da nicht einfach nur immer hingehen und sagen, 'na, wie hättet ihr's denn gerne', sondern daß wir wirklich die Organisationskraft entfalten können, die notwendig ist, um diese vielen mobil gewordenen, tendenziell Enttäuschten, weil über ihre eigenen politischen Organisationen frustrierten, daß wir die jedenfalls zu einem Teil gewinnen können, für dieses Zusammenarbeitsmodell. Ich denke auch, daß dies ein Stück praktischer Demokratisierung der Gesellschaft wäre.

spw: Wie steht es nun mit den Aktivitäten der Parteilinken innerhalb der eigenen Partei? Glaubst Du — was sich jetzt ja nach dem ersten Treffen der Parteilinken nach den Bundestagswahlen andeutet, daß es der effektive Weg ist, um

linke Positionen innerparteilich durchzusetzen, wenn man dem Kanzler Briefe schreibt mit Forderungen? Oder muß nicht die Parteilinke sich noch ein Stück mehr konsolidieren und auch organisieren und mit etwas größerer Geschlossenheit Positionen formulieren, statt in individuellen Briefen, die ein Scherf oder ein Voigt oder sonst wer, vielleicht an den Kanzler schreibt?

Scherf: Ich warne vor einer Fraktionierung. Wenn das, was Du da mit »Geschlossenheit« empfiehlst, auf Fraktionierung hinausläuft, warne ich davor. Meine Erfahrung innerhalb der SPD, aber auch innerhalb — nicht Erfahrung, sondern Beobachtung — von anderen Organisationen der Sozialistischen Internationale ist die, daß jede Art von Fraktionierung die Bewegung schwächt. Und darum denke ich, müßten wir uns nicht über das stramme Organisieren einer Fraktion qualifizieren, sondern über das Herausarbeiten inhaltlicher Positionen qualifizieren — vor der Parteiöffentlichkeit. Das muß auf den Bundesparteitagen, auf den vielen Bezirksparteitagen, auf den Unterbezirks-Parteitagen, in den Arbeitsgemeinschaftsforen, bis in die Ortsvereine hinein wirksam werden. Es gibt ja durch die aktive Struktur der SPD ein ausgesprochenes Bedürfnis, sich inhaltlich zu qualifizieren, sich nicht nur als Anhängsel der jeweiligen Koalitionsvereinbarung in Bonn zu sehen. Dieses Bedürfnis, das muß die Linke stimulieren. Da muß sie sich in diesen vielen, vielen Gremien als ein lebendiger Teil der Partei erweisen. Wenn wir das nicht schaffen, wenn wir nur Gegenkartelle und Machtkartelle oder so meinen, zimmern zu wollen, verkommen wir.

spw: War das die Absage von Henning Scherf an einen organisierten linken Parteiflügel?

Scherf: Ja, ich hab' da nie viel von gehalten. Und ich habe immer nur gesagt, ich bin bereit mitzumachen, wenn dabei Parteiöffentlichkeit hergestellt wird, wenn dabei Loyalität gegenüber dem Parteivorstand nicht aufgegeben wird, Diskussionen offengelegt werden gegenüber dem Parteivorstand, und wenn die Ergebnisse nicht über Abstimmungen, majorisiert durch irgendwelche Kreise, gehen, sondern wenn es wirklich zu einem Verständigungsprozeß kommt, der nicht abbricht, wenn man wieder auseinanderläuft, sondern den man fördern kann, den man entwickelt. Alles, was darüberhinaus geht, ist nach meiner Meinung dazu angetan, die innerparteiliche Arbeit, die innerparteiliche Willensbildung zu diskreditieren. Und ich glaube auch, daß ich nicht der einzige bin, der in dieser Richtung mahnt vor einem 'closed shop', sondern ich denke, daß die, mit denen ich in den letzten Jahren darüber geredet und mich auch verständigt habe, auch wenn sie unterschiedlicher Meinung waren, dieses doch gemeinsam wollen.

spw: Als 'closed shop' kann man doch die bisherige Parteilinke oder was sich dazu gerechnet hat, überhaupt nicht sehen. Denn das ging von Jungsozialisten über Voigt, über Scherf, bis Ehmke beispielsweise, das war doch kein 'closed shop'.

Scherf: Nein, nein, darum! Wir haben auch versucht, davor zu warnen und haben das auch halbwegs hingekriegt. Wir wirken immer denjenigen entgegen, die sagen: 'Das ist uns viel zu unscharf, das ist ja Volkshochschule. Nun wollen wir mal endlich Nägel mit Köpfen machen!' Dann sage ich immer, ihr verkennt die tatsächliche Rolle, die über ein solches gelegentliches Sichverständigen und sich gelegentlich Austauschen, über das, was wichtig genommen wird, was wich-

tig gemacht wird, wo Arbeitsschwerpunkte gesetzt werden, was darüber hinaus möglich ist. Ich glaube, das ist klug so, daß dies so offen gehalten wurde. Ich möchte das auch in Zukunft weiterbehalten. Wenn nicht, mache ich da auch nicht mehr mit. Ich bin gewählt von einer Organisation, die dieses durchgehalten hat. Ich bin auch bereit, das auch in Zukunft immer wieder vorzulegen. Sonst würde ich mit Euch derartige Gespräche nicht führen, um das mal klar zu machen. Ich lege das auch so Leuten wie Dir und Deiner Zeitschrift gegenüber klar, weil ich denke, daß es falsch wäre zu sagen, hier brechen wir die Kommunikation ab, nun hören wir auf, da haben wir nichts mehr an Offenlegung der Absichten und der Schwerpunkte zu tun.

spw: Was ist dann der Rückhalt für die zwar stärker gewordene, aber noch immer relativ kleine Parteilinke in der Fraktion, worauf kann sie sich stützen?

Scherf: Auf Bezirke, auf Unterbezirke, in denen — so hoffe ich — wie in Schleswig-Holstein, in Bremen, wie in einigen anderen Bezirken wirklich eine politische Arbeit geleistet wurde. Da ist es nicht so, daß es völlig egal ist, was der betreffende Abgeordnete in Bonn macht oder nicht, sondern da gibt es einen jahrelangen politischen Prozeß, auf den die jeweiligen Abgeordneten sich einlassen müssen und vor dem sie sich ausweisen müssen. Ich glaube, diese innerparteiliche Demokratisierung oder diese innerparteiliche demokratische Kontrolle muß man ganz ernst nehmen, ganz wichtig nehmen.

spw: Was sind jetzt die Themen, die Linke in der Partei und auch in der Fraktion setzen sollten für die nächste Zeit?

Scherf: Ich finde, wir sollten uns in erster Linie kümmern, daß das, was Beschlußlage der Partei ist, worauf sich die Partei verständigt hat in ihren großen Kongressen, daß dieses auch in der Praxis der Fraktion, in der Praxis der Regierung nicht vergessen wird. Denn wir sollten uns erweisen als die, die gegenüber der Parteiwillensbildung loyal versuchen, in unseren einzelnen Funktionen zu arbeiten. Da bin ich auch als einer, der in der Abrüstungsfrage unterlegen ist, der in der Frage der Energiepolitik unterlegen ist in Berlin, der Meinung, daß es ein breites Arbeitsfeld auf der Basis der Beschlüsse in Berlin gibt, das man in der Fraktion durchsetzen kann — mit den entsprechenden Schwerpunktthemen.

Und wenn es dann darüber hinaus Aufgaben gibt, dann würde ich das wünschen, daß wir auf den verschiedenen Ebenen unserer Arbeit, eingeschlossen Bundestagsfraktion, daß wir für die Träger der Willensbildung in der Gesellschaft, also da, wo betroffene Organisationen sichtbar werden, da wo sozusagen Meinungsstrukturen erkennbar sind, die aufgenommen werden müssen, die sich vermitteln müssen, daß wir da uns als Ansprechpartner fühlen. — In der Medienpolitik sehe ich das ganz deutlich. Hier wird in den nächsten 10 Jahren eine weitere Formierung stattfinden. Und dieser zunächst abgewehrte Versuch von Albrecht, den Privatsender einzuführen, wird über kurz oder lang nicht voll verhindert sein.

Ich denke, daß wir in der internationalen Politik eine wichtige Rolle bekommen, nicht nur auf Abrüstung, sondern auch auf zusätzliche Beiträge der Bundesrepublik für die Dritte Welt zu drängen. Ich glaube, daß dies ein wachsendes Thema, ein zunehmendes Problemfeld wird. Und dann ganz groß, ganz wichtig — aber für alle, nicht nur für Linke — ist der absehbare Kampf um die Umver-

teilung der knapper gewordenen, gemeinsam erwirtschafteten Mehrwerte. Das gilt für die Sozialpolitik, wie für die Arbeitsschutzpolitik, für die Arbeitszeitpolitik. Da gibt es ein breites innenpolitisches Feld, bei dem hohe SPD-Loyalität notwendig ist. Und wir müssen ein Stück der Beschlüsse, die wir in den Parteitage der letzten Generationen dazu gefaßt haben, auch in dieser Koalition umsetzen.

spw: Gibt es für Dich noch vorstellbare Punkte für die Linke, auch in der Fraktion, wo sie sagt, »nicht mit unserer Stimme«? Oder meinst Du, daß durch den Koalitionszwang auch die Linke eingebunden werden muß in entscheidenden Fragen, wie auch Montanmitbestimmung, wo man gegenwärtig nicht genau weiß, welche Regelung da rauskommt?

Scherf: Ich finde das nicht richtig, wenn das abstrakt, sozusagen vor Beginn der politischen Arbeit festgelegt wird. Ich empfinde diese Vorstellung, daß man sagt, bevor wir überhaupt zusammenkommen und beraten, was geht und was nicht, stelle ich einen Katalog auf und sage, mit mir ist überhaupt nur zu reden, wenn dieses erst mal unterschrieben wird — nicht als eine Stärkung, sondern als eine Schwächung der tatsächlichen Möglichkeiten der Einflußnahme.

Und zweitens heißt das aber nicht, daß ich mir nicht vorstellen könnte, daß irgendwo mal gesagt wird: »Und nu is aber Schluß«. Aber diese Frage ist nicht vorwegzunehmen, da kommt es auf den konkreten Konflikt an, auf das Gewicht der politischen Entscheidungsstruktur. Und es kommt insbesondere darauf an, wie meine jeweilige Basisorganisation darüber denkt. Ich halte es wirklich für eine völlig überkommene Vorstellung, daß das Verhalten in einem Parlament eine Privatsache ist. Dieses muß politisch vermittelt werden, wobei ich nicht die Diskussion über das imperative Mandat aus dem Mülleimer der Geschichte rausholen will, aber ich denke, die Vermittlung von politischen Entscheidungen auch der einzelnen Abgeordneten im Bundestag findet über die Vermittlung mit denen statt, die ihn nun mal nominiert haben und die ihn begleiten und die werden möglicherweise auch genau fragen, sind wir eigentlich in der jeweiligen Konfliktlage noch erkennbar draußen? Erreichen wir eigentlich die, für die wir kämpfen? Oder ist das ein abgehobenes Problem? Darum denke ich, ist das Aufstellen von Minimal Katalogen eine problematische Sache.

spw: Das heißt, auch der Gansel-Vorschlag?

Scherf: Ja, ich hatte ihn auch nicht so verstanden, daß er gesagt hat, bis hierher und nicht weiter, sondern ich habe ihn so verstanden, daß er sagt, nun laßt uns doch mal versuchen, so was wie eine Sortierung unserer Schwerpunkt zu bringen. Ich habe in dem Gespräch mit ihm auch sozusagen dieses mehr als eine Check-Liste gesehen, woran wir uns nicht vorbeidrücken dürfen in dieser Legislaturperiode. Ich möchte gerne meine politische Arbeit in der Bundestagsfraktion mit anderen strukturieren. Dies zielt mehr auf die politische Arbeit ab, aber darf nicht mißverstanden werden als ein Minimal katalog, unter dem wir dann vielleicht eine USPD aufmachen können, wenn der nicht eingehalten wird. Ich sehe niemanden in der Bundestagsfraktion, der auf eine solche Spaltung hinarbeiten will, oder der im Hinterkopf hat, irgendwann mal wieder eine USPD aufzumachen. Dieses ist weder Gansel's Absicht noch die irgendeines anderen, den ich kenne.

spw-Interview mit Günter Beling

spw: Ist mit der Wahlentscheidung vom 5. Oktober die Rechtsentwicklung in der BRD gestoppt worden?

Beling: Die gesellschaftliche Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik ist eingegangen mit der Verschärfung der kapitalistischen Krise, deren Lasten auf die Lohnabhängigen abgewälzt wurden. Dies mußte mit einem Abbau demokratischer Rechte abgesichert werden. Die Rechtsentwicklung ist auch das Resultat einer ideologischen Offensive der Reaktion, der die SPD kaum etwas entgegenzusetzen wußte. Im Gegenteil, die Bundesregierung betrieb eine Politik, die dieser Entwicklung den Boden bereitete. An dieser Situation hat der Wahlausgang nichts geändert. Dennoch sollten wir uns des großen Erfolges der demokratischen Bewegung, insbesondere der sozialdemokratischen Linken und kämpferischer Gewerkschaften bewußt sein: Strauß, der aggressivste Vorreiter der Reaktion, ist verhindert worden — dies ist das bedeutendste, nicht zu unterschätzende Ergebnis der Wahlen.

Strauß bürgte für ein Programm der autoritären Krisenbewältigung. Seine Kandidatur stellte den bisher schärfsten Angriff der Reaktion auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung dieses Landes, vor allem aber auf die Friedens- und Entspannungspolitik dar. Seine Niederlage war keine Selbstverständlichkeit, sondern ein in zäher Arbeit, in konkreten Auseinandersetzungen errungener Sieg der Demokraten. Andererseits: über 40% der Bevölkerung hat Strauß gewählt, dieses Potential hat mit dem Wahltag nicht aufgehört zu bestehen. Schon seine Kandidatur zeigte, wie stark die CDU nach rechts radikalisiert und wie fortgeschritten die Rechtsentwicklung war. Der Wahlkampf selbst hat drastisch diese Entwicklung verdeutlicht und vorangetrieben. In weiten Bereichen gelang es der CDU, ihre reaktionären Thesen diskussionsfähig zu machen — sei es die demagogische Formel »Nationalsozialismus = Sozialismus«, seien es die Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft, auf die Friedens- und Entspannungspolitik. — Selbst der »Vorwärts« kam nicht umhin, »geistige Geländegewinne mit rechten Waffen« im Wahlkampf zu konstatieren. Der direkte Zugriff zur parlamentarischen Macht mißlang den Rechten zwar, die nachhaltige Beeinflussung des politischen Klimas und damit indirekt auch der Regierungspolitik ist ihnen jedoch gelungen. Mit den Folgen werden wir uns in Zukunft auseinanderzusetzen haben.

spw: Die FAZ spricht davon, daß das »bürgerliche Lager gestärkt« aus den Wahlen hervorgegangen sei. Welche Auswirkungen hat die Stärkung der FDP?

Beling: Angesichts der Möglichkeiten, die ein offensiv gegen rechts geführter Wahlkampf für die Mobilisierung geboten hat, kommt das SPD-Wahlergebnis einem Debakel gleich. Das bürgerliche Lager ist in der Tat gestärkt worden. Die SPD hat es versäumt, in Abgrenzung zu den Positionen der CDU/CSU für sozialdemokratische Politik zu mobilisieren. Ihr Wahlkampf gegen die CDU/CSU war defensiv. Noch deutlicher aber war der Versuch, im Wahlkampf nicht für die SPD, sondern für die sozialliberale Koalition zu werben. Die FDP wurde nicht nur geschont, es wurden kaum Unterschiede in den politischen Positionen herausgearbeitet. Am deutlichsten hat dies die Aussage von Willy Brandt nach der Wahl gezeigt, als er in einem Interview meinte, die Koalition hätte die Wah-

len gewonnen. Hier setzt sich der Eindruck fest, daß es der Parteiführung nicht um eine Stärkung der Sozialdemokratie auch innerhalb der Koalition, sondern lediglich um Machterhalt ging. Eine Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung gegen einen allgemeinen Rechtstrend war nicht erwünscht.

Nummehr wird die Rechtssozialdemokratie die Stärkung der FDP zum Vorwand nehmen, ureigenste sozialdemokratische Ziele endgültig in die Schublade zu legen. Die FDP wird umgekehrt nichts unversucht lassen, ihre marktwirtschaftlichen und gewerkschaftsfeindlichen Positionen noch massiver durchzusetzen. Ansätze dazu haben sich bereits in den ersten Wochen nach der Wahl gezeigt: in den Koalitionsverhandlungen hat die FDP sich beispielsweise im Bereich der Mieten und Wohnungspolitik durchgesetzt. Auch die Erhaltung der Montanmitbestimmung und damit die Verhinderung einer reaktionären Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, wie sie von der FDP angestrebt wird, ist in Gefahr. Im gesamten Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die Handlungsspielräume für eine Politik gegen das Interesse der arbeitenden Bevölkerung innerhalb der Koalition größer geworden. Dieser Politik kann nur durch konkretisierte und damit wirksamere Strategien der »Parlamentarischen Linken« bzw. der innerparteilichen Linken insgesamt sowie durch stärkeren Druck der außerparlamentarischen Bewegung begegnet werden.

spw: Welche Strategie wird die CDU nach der Wahl einschlagen?

Beling: Wenn überhaupt, wird die CDU alten Wein in neuen Schläuchen verkaufen. Einiges deutet auf kosmetische Änderungen der CDU-Politik, z.B. in der Ostpolitik, hin, in Teilbereichen wird man sich ein liberaleres Image geben — aber hinter der Fassade steckt das alte reaktionäre Gedankenbäude.

Der Ablauf des Wahlkampfes muß die CDU ermutigen. Sie wird das geschaffene politische Klima für sich nutzen wollen. »Der Kampf geht weiter«, sagte Franz Josef Strauß nach der Wahl und er kann sicher sein, daß die von ihm geformte »Kampfpartei CDU« diese Parole beherzigen wird.

Die CDU/CSU-Angriffe auf die Gewerkschaften haben gewirkt. Auch in Zukunft werden die Rechtsparteien alles daran setzen, die einheitliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse zu schwächen, ihren Einfluß zurückzudrängen. Gewerkschaftliche Forderungen, ob im Lohnkampf, für humane Arbeitsbedingungen und 35-Stunden-Woche, gegen Absperrung und Rationalisierung, zur Sozial- und Rentenpolitik werden hart attackiert. Die CDU ist und bleibt die konsequenteste Interessenvertretung des Kapitals.

Neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist als weiteres Thema die Entspannungs- bzw. Ostpolitik für die CDU-Strategie nach der Wahl von Bedeutung. — Gegenwärtig muß die Bundesregierung beweisen, daß sie auch in internationalen Krisensituationen und trotz US-Drucks Entspannung gegenüber dem Osten praktizieren kann. Die Erfolge dieser Entspannung im Zuge einer Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR, Polen, der DDR und anderen Staaten sind offensichtlich. Für die Bundesrepublik hat sie eine Verminderung der Kriegsgefahr, verstärkte Kontakte mit unseren Nachbarn und auch erheblichen wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Deshalb ist es im Interesse einer Fortführung der Entspannungspolitik notwendig, der Forderung der DDR nach Anerkennung der Staatsbürgerschaft zu entsprechen. Dies hieße nur, die Realitäten anzuerkennen. Nach über 30 Jahren der Existenz zweiter deutscher Staaten müssen re-

vanchistische Zielsetzungen von der Bundesrepublik offiziell und endgültig ad acta gelegt werden. Hinzu kommt die Aufgabe, den Frieden nicht nur mit Worten, sondern auch durch konkrete Abrüstungsinitiativen sicherer zu machen.

In dieser Phase, in der sich Entspannungs- und Friedenspolitik bewähren und qualitativ weiterentwickeln muß, ist die CDU bemüht, sich nach außen zwar auch als Entspannungsbefürworter zu verkaufen, tatsächlich jedoch will sie den Gehalt der Verträge und des Entspannungsgedankens unterminieren. In diesem Bestreben geht sie mit einer Verschärfung des außenpolitischen Kurses der USA konform. — Der Bundesrepublik als Mitglied der NATO und ökonomisch dominierende Kraft innerhalb der EG kommt bei der Aufrechterhaltung der Friedens- und Abrüstungspolitik eine entscheidende Rolle zu. Die SPD ist nicht nur Regierungspartei, sie ist die maßgebliche Partei der deutschen Arbeiterbewegung, der größten Friedenskraft schlechthin. Eine solche Partei hat in der Frage der Aufrechterhaltung und Vertiefung der Entspannung eine besondere politische Verantwortung. Ein Nachgeben in dieser Frage gegenüber der bundesdeutschen und US-amerikanischen Reaktion hieße, ein wesentliches Merkmal der eigenen Identität aufzugeben.

spw: Wie läßt sich das Ergebnis der SPD erklären und wie ist ihr Wahlkampf zu bewerten?

Beling: Auf jeden Fall wäre es falsch, die Ursachen für das schlechte Abschneiden nur im SPD-Wahlkampf der letzten Monate zu suchen. Der Wahlkampf war ja nur Ausdruck der Politik der letzten Jahre. Wenn die Wahlauseinandersetzungen von Seiten der Partei nur noch mit »Sicherheit für Deutschland«, Kanzler-Profil und Schwarz-Rot-Gold betrieben werden, dann zeigt dies doch drastisch den Niedergang der SPD zu einer staatstragenden Kanzler-Partei, deren Antriebsfeder nicht mehr der gesellschaftliche Veränderungswille, sondern nur noch die Machterhaltung ist.

Die zentrale Begründung für das Stagnieren des SPD-Ergebnisses liegt daher in der Politik — insbesondere der Regierungspolitik — der SPD der vergangenen Jahre. Die realen Auswirkungen der Regierungspolitik bekommen die Arbeitnehmer doch ständig in ihrem Geldbeutel zu spüren. Statt versprochener »höherer Lebensqualität«, ob im Bereich Soziales, Renten, Wohnungsbau, Mieten, Gesundheit, Umwelt oder Bildung, wurden in allen Lebensbereichen die Lasten der kapitalistischen Krise der Bevölkerung aufgebürdet. Die neuesten Steuerpläne der Regierung bestätigen diese Tendenz. Gleichzeitig wurde mit dem Abbau demokratischer Rechte ein Klima der Einschüchterung und Anpassung verbreitet, das den Rechten den Boden bereitet; Willy Brandt's »mehr Demokratie wagen« klingt heute demgegenüber wie blanker Hohn.

Die Bundesregierung betreibt eine Politik des kapitalistischen Krisenmanagements, die auf sozialpartnerschaftliches Miteinander von Ausbeutern und Ausbeuteten setzt, wodurch die Folgen der Krise längst jeden — die 1 Millionen Arbeitslosen am härtesten — betreffen. Es werden keine neuen Wege zur Lösung der Probleme aufgezeigt, gewerkschaftliche Forderungen und Programme nicht aufgegriffen. Diese Politik kann und soll auch kein Engagement der Bevölkerung, keine Mobilisierung der arbeitenden und lernenden Jugend zur Folge haben.

Eine Wahlkampfkonzeption, die auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen

und harte Konfrontation mit der Reaktion bewußt verzichtet, überläßt dem rechten Generalangriff das Feld. Mit Stillhalten gewinnt man keine Wahlkämpfe. Ureigenste sozialdemokratische Ziele müssen offensiv vorgetragen werden. Dabei darf es nicht um eine »Vertrauensarbeit« gehen, die das Ziel hat, die Partei gut zu verkaufen, um so Wählerstimmen zu ködern, sondern sozialistische Mobilisierungsarbeit im Wahlkampf muß immer neben dem Wahlkreuz auch die dauerhafte Mobilisierung der Bevölkerung für ihre Interessen zur Aufgabe haben. Die Hamburger Jungsozialisten haben sich bemüht, einen Wahlkampf in diesem Sinne zu führen.

spw: Kannst Du uns über Eure Erfahrungen im Wahlkampf, insbesondere die Hamburger Anti-Strauß-Demonstration, berichten?

Beling: Ich halte den eigenständigen Juso-Wahlkampf-Beitrag in Hamburg in vieler Hinsicht für beispielhaft. Für uns war klar, daß ein nahtloses Einfügen in die defensive Partei-Wahlkampfstrategie nicht in Frage käme. Unser Wahlkampf war darauf ausgerichtet, neben dem wichtigen Wahlkreuz für die SPD, eine dauerhafte Mobilisierung vor allem der Jugend gegen die Rechtsentwicklung und für ein Engagement bei den Jungsozialisten zu erreichen.

Im Zentrum unserer Forderungen standen die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend. Dies forderte notwendigerweise eine deutliche Kritik auch an der Politik der Bundesregierung. Ein Wahlkampf mit klarer Ausrichtung gegen Rechts muß ökonomische und gesellschaftliche Ursachen der Rechtsentwicklung verdeutlichen und sozialistische Lösungsstrategien beinhalten. Unser Wahlkampf formulierte die Positionen der sozialdemokratischen Linken, ihre Perspektive der Veränderung der SPD, die grundsätzliche Orientierung an den Organisationen der Arbeiterbewegung als einzig realistische Strategie zur Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Es galt auch, diese Strategie gegenüber konkurrierenden Organisationen zu verdeutlichen und »grüne Irrwege« aufzuzeigen. — Neben dem eigenständigen Wahlkampf der Jusos für die SPD war für uns die Mitarbeit in außerparlamentarischen Bewegungen, konkret in den überparteilichen Anti-Strauß-Initiativen, von großer Bedeutung. Diese Initiativen stellten ein zusätzliches Mobilisierungspotential, vor allem der Jugend, gegen Rechts dar. Einer Bedrohung aller Demokraten muß gemeinsam begegnet werden, Abgrenzungshysterie ist fehl am Platz. Eine Isolierung von der Anti-Strauß-Bewegung hätte sich als politischer Fehler und als Schädigung der Jungsozialisten erwiesen.

In der Hamburger Anti-Strauß-Initiative fanden sich unterschiedliche Jugendorganisationen, neben den Jusos, die DGB-Gewerkschaftsjugend, Falken, Jungdemokraten, Sportjugend, SDAJ, DAG-Jugend, VVN, Stadtteilinitiativen, Schüler- und Studentenvertretungen u.a. zusammen. Zahlreiche Gewerkschafter und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete unterstützten die Arbeit der Initiative. Diese breite Unterstützung trug wesentlich zum Erfolg der Hamburger Anti-Strauß-Demonstration und zur Bewältigung des innerparteilichen Konfliktes bei. Nur so konnten die heftigen Angriffe der Rechten und ihrer Presse, aber auch Drohungen von Seiten der Partei abgewehrt werden.

Die ablehnende Haltung des SPD-Parteivorstandes verdeutlichte die defensive Anlage ihres Wahlkampfes. Die breite Anti-Strauß-Bewegung der Jugend hätte eine eindeutige Unterstützung der Sozialdemokratie notwendig gemacht.

Die Abgrenzung gegenüber dieser Bewegung widersprach der tatsächlichen Interessenlage der Partei — ermöglichte das öffentliche Engagement breiter Bevölkerungskreise gegen rechts, ihr doch neue Spielräume zur Um- und Durchsetzung sozialdemokratischer Positionen. Die Beeinflussung des politischen Klimas und der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse von links muß auch »auf der Straße« erfolgen. Demonstrationen sind ein traditionelles Mittel der Arbeiterbewegung. Der Verzicht auf dieses Mittel im Kampf gegen Strauß, interessanterweise vom Parteivorstand wie vom Juso-Bundesvorstand gleichermaßen gefordert, kommt einer Schwächung und Entwaffnung der demokratischen Bewegung im außerparlamentarischen Kampf gleich. Ein Blick über die Grenzen nach Italien oder Frankreich zeigt uns, wie wichtig Massenaktionen der Linken zur Verbesserung ihrer Kampfbedingungen und Durchsetzung ihrer Forderungen sein können. Der Verzicht auf eine Massenmobilisierung gegen Strauß und sein Programm ist nur mit der sozialpartnerschaftlichen Konzeption der SPD erklärlich. Die Partei nimmt in den sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen wiederum die Rolle des Objektes, nicht aber des handelnden und diese Kämpfe vorantreibenden Subjektes ein. Zu groß erscheint ihr die Gefahr, daß sich im Zuge dieser Auseinandersetzungen ein Druck auch auf die SPD und Bundesregierung entwickeln könnte.

Ablehnend reagierte zunächst auch der Hamburger SPD-Landesvorstand. Nachdem allerdings nicht nur die Jusos, sondern auch weite Teile der Parteilinken solidarisch Konfliktbereitschaft signalisiert hatten, Einzelgewerkschaften Unterstützungsbeschlüsse faßten, nachdem mit der Anti-Strauß-Demonstration eine der größten Massenaktionen seit den 50er Jahren in Hamburg zustandekam und der Rückhalt der Jusos in der Jugend offensichtlich war, mußte der Landesvorstand von seiner ursprünglichen Position abrücken. Es mutet doch grotesk an, daß der Hamburger SPD-Landesvorstand auf eine Rüge verzichtete, während dies dann vom Juso-Bundesvorstand nachgeholt wurde!

Die Anti-Strauß-Aktivitäten haben nicht nur dokumentiert, daß der Widerstand gegen die Rechtsentwicklung in der Jugend vorhanden ist — die Demonstration hat sich auch als direkter Erfolg für die Hamburger Jungsozialisten erwiesen: Unsere Beteiligung hat in der Öffentlichkeit gezeigt, daß die Jusos Bestandteil von fortschrittlichen Massenaktionen — und nicht nur Absender von Grußtelegrammen — sind. Wir haben am praktischen Fall deutlich gemacht, daß wir keine brave Schmidt-Jugend, sondern eine aktive sozialistische Jugendorganisation mit eigenen, klar formulierten Positionen sind. Dies hat sehr zur Glaubwürdigkeit der Jusos in der kritischen Jugend beigetragen. Innerparteilich haben wir demonstriert, daß es eine Alternative zu einem Wahlkampf a la »Sicherheit für Deutschland« gibt. Juso-intern ging eine erhebliche Mobilisierung der alten Genossen und Stärkung durch neu Hinzugekommene vorstatten.

spw: Wie beurteilst Du in diesem Zusammenhang den Wahlkampfbeitrag und die Position des Juso-Bundesvorstandes?

Beling: Man sollte den Juso-Bundesvorstand natürlich nicht zu wichtig nehmen oder überfordern. Seine Möglichkeiten im Wahlkampf sind begrenzt. Dennoch trägt er erhebliche politische Verantwortung für das Bild und die Rolle der Jungsozialisten im Wahlkampf. Die Jusos sind zentraler Orientierungspunkt für die kritische Jugend und bedeutendster Faktor in der bundesrepublikanischen

Linken. — Der Juso-Bundeskongress hat dem Bundesvorstand den Auftrag gegeben, einen eigenständigen Wahlkampfbeitrag zu organisieren. Ich bin der Auffassung, daß die Eigenständigkeit dieses Wahlkampfbeitrages nur unzureichend zum Ausdruck gekommen ist. Ich will dies auch begründen: Die Parteiführung hat ein Interesse an einem Juso-Wahlkampf in Form einer »linken Variante von Vertrauensarbeit«, um die Jugend an die SPD zu binden und gleichzeitig ihren Druck auf die Politik der Partei zu minimieren. Kurz: ein paar kritische Worte der Jusos waren noch angenehm, Taten, kämpferische Aktionen, die diesen Druck machen, nicht mehr. Aufgabe des Bundesvorstandes wäre es gewesen, sich nicht auf diese Parteistrategie einzulassen, sondern bei deutlicher Regierungskritik den Wahlkampf für sozialistische Mobilisierungsarbeit zu nutzen. Unverzichtbarer Bestandteil wäre hier die Beteiligung an Anti-Strauß-Demonstrationen. Genau in dieser Frage ist der Juso-Bundesvorstand aber in unglaublicher Weise vollständig auf den Kurs der Partei eingeschwenkt, und zwar bevor aus der Baracke die ersten Verhaltensmaßregeln kamen.

So lautete bei allen regionalen Anti-Strauß-Demonstrationen die Parole des Bundesvorstandes stets »Ohne uns« — selbst als die Bedeutung dieser Bewegung offensichtlich war. Man hat nicht aktiv für diese Aktionen mobilisiert, man hat sie nicht mal toleriert — man betrieb aktive Demobilisierung. Wie schon in anderen Arbeitsfeldern, war Abgrenzung und Isolierung von Jusos von real existierenden demokratischen Bewegungen das Ergebnis der Bundesvorstands-Politik. Dies hat der Gesamtorganisation Schaden zugefügt. Daher muß sich der nächste Bundeskongreß mit dem Wahlkampfbeitrag auf Bundesebene beschäftigen.

spw: Wie siehst du die Aufgaben der Jusos und der Linken in der SPD nach der Wahl?

Beling: Die Linke muß sich stark machen für deutliche Veränderungen in der Politik der SPD. Lippenbekenntnisse zählen zurecht nichts mehr bei den Jugendlichen. Die reale Politik muß sich ändern, ihre Auswirkungen müssen so beschaffen sein, daß sich die Lebenssituation der arbeitenden Bevölkerung deutlich verbessert. Indem gewerkschaftliche Forderungen aufgegriffen werden, gewinnt die Partei Zustimmung unter Arbeitnehmern. Nur mit einer konsequenten Politik der Friedenssicherung durch Abrüstung, des Ausbaus sozialer und demokratischer Rechte läßt sich ein fortschrittliches politisches Klima in der Bundesrepublik schaffen. Nur mit einem inhaltlich ausgewiesenen sozialdemokratischen Programm und offensiver Mobilisierungsarbeit gegen rechts kann die SPD eine weitere Rechtsentwicklung verhindern. An die neue Bundesregierung muß als erstes die Forderung nach Aufkündigung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses gerichtet werden. Der weitere Verzicht auf gesellschaftlichen Veränderungswillen muß den weiteren Niedergang der SPD und den Verlust der Regierungsmacht unvermeidlich zur Folge haben.

Die Jusos begrüßen die vergrößerte Repräsentanz von linken Abgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion. Für die »Parlamentarische Linke« darf es jetzt jedoch kein habhlerziges Taktieren oder faule Kompromisse geben. Die Jusos müssen erwarten, daß nicht nur mit Schaufensterreden, sondern auch bei Abstimmungen »Flagge gezeigt« wird. Wir werden diese Linke im Parlament auch daran messen, ob es mehr Coppiks, Thüsings und Hansens gibt. Es wird darauf

ankommen, mit inhaltlich konsistenten Positionen Druck auf Fraktion und Regierung auszuüben und dies auch nach außen deutlich zu machen. Damit ein derartiger Druck entfaltet werden kann, bedarf es unbedingt der verstärkten innerparteilichen und außerparlamentarischen Mobilisierungsarbeit der Jungsozialisten. Für die Zukunft der Jusos wird es entscheidend sein, ob es ihnen gelingt, eine Integration des Verbands im Zuge einer aktionsorientierten Politik auf marxistischer Grundlage zu schaffen. Der Weg der »halblinken Stabilisierung« und der Anpassung an die Partei darf nicht weiter beschränkt werden. Mit der Verhinderung der Machtübernahme der Rechtsparteien konnte eine tiefgreifende Verschlechterung der Kampfbedingungen der Linken in der Bundesrepublik abgewehrt werden. Die Verankerung bzw. Umsetzung linker Positionen kann nur erreicht werden, durch eine Intensivierung der gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Mobilisierungsarbeit, die dann zu einer Stärkung der innerparteilichen Linken in der SPD führen muß.

Interview mit dem Vorsitzenden der Schweizer Jungsozialisten, Andreas Gross

Vorbemerkung

Auch nach den Straßenschlachten in Zürich und Bern vom Frühjahr dieses Jahres weiß die Linke in der BRD kaum, was die Genoss(inn)en im Nachbarland Schweiz tun. In Beiträgen über die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien PdA (Partei der Arbeit) und POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) sowie der Sozialdemokratie (SP) auf Kantonalebene bei den letzten Nationalratswahlen, hatte die Tageszeitung »Die Neue« immerhin das Verdienst, die Existenz einer Schweizer Linken und ihre kleinen Erfolge zu verdeutlichen. Sie berichtete über erste kritische Ansätze im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) gegen die lange Zeit unumstrittene sozialpartnerschaftliche Orientierung der Gewerkschaftspolitik. Ende 1979 erschien im Züricher Rotpunkt-Verlag (Auslieferung für die BRD und Westberlin: Argument-Verlag) das Buch »Zwüschehalt« mit '13 Erfahrungsberichten aus der Schweizer Neuen Linken' (Untertitel), das nicht nur viel Wissenswertes über Politik in der Schweiz, über die zentralen Konfliktfelder und die Bedingungen sozialistischer Politik enthält. Mitglieder — z.T. führende Funktionäre — aller relevanten Organisationen und Bewegungen der Linken kommen zu Wort und nehmen Stellung zum Zustand ihrer Organisationen, zu ihrer individuellen Entwicklung und Politisierung sowie zu Widersprüchen in organisierter politischer Arbeit.

Die westdeutsche — vor allem die sozialdemokratische — Linke wird die Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in der Schweiz künftig aufmerksamer verfolgen müssen. In der *spw* machen wir den Anfang mit dem Abdruck von Ausschnitten aus zwei Interviews mit Andreas Gross, die unser ständiger Mitarbeiter Peter Pelinka führte. Andreas Gross — Jahrgang 1952 — ist freier Journalist und studiert nach Sozial- und Wirtschaftswissenschaft, Politologie in Lausanne. Seit Frühjahr 1979 ist er Vorsitzender der Schweizer Jungsozialisten.

Über die Aktivitäten der Schweizer Jungsozialisten ist in der BRD wenig bekannt. Im Unterschied zu den Verbindungen mit der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJÖ) und mit Wiener SPÖ-Linken bestehen bislang so gut wie keine Kontakte zu den Schweizer Genossinnen und Genossen. Die Kräfteverhältnisse in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz sind in Bewegung gekommen, die Jungsozialisten spielen eine wichtige Rolle bei der Formierung eines linken Flügels in der Sozialdemokratie. Die JUSOS verstehen sich als sozialistische Jugendbewegung. Sie sind offizielle Jugendorganisation der SP, besitzen jedoch — anders als die westdeutschen Jungsozialisten — eine in den SP-Statuten verankerte vollständige organisatorische Autonomie: Will man JUSO werden, ist eine SP-Mitgliedschaft nicht Voraussetzung. Die Redaktion

* * *

spw: Worin bestehen die Aufgaben der Jusos in der schweizerischen Sozialdemokratie?

Gross: Die Jusos sind offen für alle Teile der sozialistischen Bewegung. Sie arbeiten in konkreten Fragen auch mit »Kadergruppen« zusammen. Gegenüber der SP sind wir kritisch-solidarisch eingestellt, daß heißt, ihre heutige Form und ihre heutigen programmatischen Inhalte finden wir ungenügend. Wir anerkennen sie aber nebst den Gewerkschaften als wichtigste Kraft der schweizerischen Arbeiterbewegung und arbeiten zum Teil in der SP mit dem Ziel, sie genügend zu gestalten, sie in unserem Sinne zu verändern.

Wir sollten die SP zwar im Auge haben, aber als Juso machen wir Politik ganz unbesehen von dem, was die SP macht. Wir versuchen, phantasievolle, unorthodoxe Politik außerhalb der Institutionen zu machen und möglichst viele Jugendliche zu mobilisieren und zu aktivieren. Eine SP, wie wir sie gut finden, würde eine Juso-Organisation, wie wir sie anstreben, unterstützen, weil sie ganz genau weiß, daß es wichtig ist, eine Organisation zu haben, die viele 16 bis

22-jährige Menschen ansprechen kann. Man kann es auch so sagen: Eine linke SP unterstützt die Jusos finanziell und mit einem Lokal, läßt sie aber sonst machen und mischt sich bei ihnen nicht ein. Das wäre langfristig ganz im Interesse der SP.

spw: Vor einem Jahr wurde in der Juso-Organisation einiges umstrukturiert. Wie hat sich diese Umstrukturierung im letzten Jahr konkret ausgewirkt?

Gross: Unser eigentliches Ziel war und ist es, die Jungsozialisten bei der lernenden und arbeitenden Jugend zwischen 16 und 22 Jahren wieder zu verankern. Die Jusos hatten sich zu einem festen Haufen von Uni-Leuten und ehemaligen Akademikern zwischen 25 und 35 entwickelt ... Dies entspricht jedoch in keiner Weise der Aufgabe der Jusos, Jugendliche zu mobilisieren.

spw: Wie spricht ihr die Jugendlichen an, wie gewinnt ihr sie für die Arbeit der Organisation?

Gross: Die Jungsozialisten versuchen, ein Ort zu sein, wo junge Menschen gern ihre Freizeit verbringen. Politik heißt nicht nur Sitzungen abhalten. Man sollte sich auch näher kennenlernen, zusammen sitzen, essen, spielen, kochen, Wochenende verbringen usw. Großes Gewicht legen wir auf Bildungsarbeit, die politische Orientierungshilfe bedeutet.

spw: Wie siehst du die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft?

Gross: Die Jungsozialisten haben sich mit ihrem großen Einsatz für und um eine Zusammenarbeit mit der SGB-Jugend bemüht. Seither haben wir Kontakte mit Gewerkschaftern, vor allem Junggewerkschaftern gemacht. Auf nationaler Ebene haben wir diesbezüglich schon Enttäuschungen erlebt. Es ist natürlich sehr wichtig, daß wir dazu beitragen, auch die Gewerkschaften auf einen sozialistischen Kurs zu bringen. Aber das ist noch schwerer als bei der SP! Heute zahlen wir den Preis für die jahrzehntelange Entpolitisierung der Gewerkschaften. Dies hängt zusammen mit der Industrialisierung der Exportindustrie, der Vorstellung: »alle gehören zusammen«. Wir sollten wegkommen vom Stellvertretungsprinzip. Wir können nur etwas verändern, wenn die Mehrheit selbst aktiv wird, und nicht einfach hoffen, daß irgendein Gewerkschaftssekretär bei den Verhandlungen dann schon die richtige Position vertritt.

spw: In der Juso-Organisation sind relativ wenig Frauen

Gross: Erstens ist das darauf zurückzuführen, daß die Frauen innerhalb der Jungsozialisten lange Zeit zwar als Sekretärinnen geschätzt, aber zuwenig gleichberechtigt waren. Dies hatte Mitte der 70er Jahre zu großen Auseinandersetzungen geführt. Heute sind wir in dieser Beziehung doch schon viel besser dran. Weiter kommt dazu, daß — als Kennzeichen der sozialistischen Bewegung der 70er Jahre — sich viele autonome Frauenorganisationen gebildet haben, die mehr auf die Bedürfnisse der Frauen eingehen konnten, als dies in gemischten Organisationen möglich wäre.

spw: Wie bewertest Du die Referendumsdemokratie und ihr Verhältnis zur parlamentarischen Arbeit?

Gross: Die direkte Demokratie in der Schweiz ist eine große Chance für die Linke; diese hat sie meiner Meinung nach in der Geschichte bisher viel zu unkritisch gehandhabt. Gerade heute, wo die Linke im Begriff steht, etwa sechs Ini-

tiativen gleichzeitig zu lancieren, muß man sich endlich überlegen, wie stark die Integrationskraft der direkten Demokratie ist und wieviel sie wirklich zur sozialistischen Veränderung der Schweiz beiträgt. Die Hypothese scheint mir berechtigt, daß unsere »direkte Demokratie« viel weniger direkt ist, als die Schweizer glauben.

spw: Wie ist die Anti-AKW-Bewegung zu beurteilen?

Gross: Sie ist ganz sicher ein Teil der fortschrittlichen Bewegung der Schweiz, auch wenn es in dieser Bewegung Leute gibt, die keine Sozialisten sind. Aber von den grundlegenden Überlebensfragen der Menschen sind heute nicht nur Sozialisten betroffen. Aufgabe der Sozialisten ist es, die eigentlichen Ursachen der Bedrohung der Umwelt aufzuzeigen und den Aktionen der AKW-Bewegung durch eine intensive Mitarbeit eine echte antikapitalistische Ausrichtung vorzuschlagen.

**Sie lesen es gelegentlich?
Man kann es abonnieren!**

frontal

Das sozialistische Studentenmagazin · Verbandsorgan des SHB

Informiert regelmäßig über

- Hochschule und Bildung
- Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung
- Internationales und Kultur

frontal ist

- parteilich – für die Interessen der Studenten, der Arbeitenden und Lernenden
- abhängig – von der Unterstützung seiner Leser

Probenummern anfordern oder gleich abonnieren.



-
- Ich möchte frontal kennenlernen und bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.
 - Ich möchte frontal für zunächst ein Jahr abonnieren. Kostenpunkt: 12 Mark für 6 Hefte (einschließlich Porto).

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Wohnort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

**Bitte ausschneiden und einsenden an
frontal, Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1**

tat

SOVEC

Bestellung bei
Gunther Haedke
Heckerstr. 38
3500 Kassel

- die Sozialistische Verlagskooperative gibt die 2 mal im Jahr erscheinende Schriftenreihe BEITRÄGE ZUR MARXISTISCHEN THEORIE UND PRAXIS heraus
- gibt in unregelmäßiger Reihenfolge Sondernummern SOZIALIST heraus
- vertreibt weiterhin Bücher zur Geschichte der Sozialdemokratie

Beiträge Nr. 1 2. Auflage: ARBEITERREGIERUNG UND EINHEITSFRONT
Eine kritische Aktualisierung der Arbeiterregierungs-konzeption und Einheitsfrontpolitik aus der Weimarer Republik.
Von Wolfgang Krumbein 200 Seiten 7,00 DM

Beiträge Nr. 2 SOZIALISMUS IN FRANKREICH
Die Sozialistische Partei und ihr marxistischer Flügel CERES im Bündnis mit den Kommunisten.
Von Renate Kieseckamp 140 Seiten 5,00 DM

Beiträge Nr. 3 STRATEGIEDISKUSSION IM JUSO-BEZIRK HANNOVER
Ihre Geschichte in Dokumenten 1970-1976.
Mit einer Einleitung von Wolfgang Jüttner, Wolfgang Krumbein und Werner Wobbe. 192 Seiten 7,00 DM

Beiträge Nr. 4 GEWERKSCHAFTEN IN NIEDERSACHSEN NACH DEM 2. WELTKRIEG
Von Franz Hartmann 272 Seiten 14,00 DM

Beiträge Nr. 5 KRISE UND GEGENTENDENZEN
Ergebnisse des AK Wirtschaftspolitik der Münchener Jusos
80 Seiten 3,00 DM

Beiträge Nr. 6 BERNSTEIN-RENAISSANCE IN DER SOZIALDEMOKRATIE
Interpretation und Analyse der gegenwärtigen Revisionismus-Diskussion
Von Michael Scholing und Franz Walter 202 Seiten 7,00 DM

Beiträge Nr. 7 BEWUSSTSEINSFORM UND OBERFLÄCHE DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT
Von Joachim Bons 168 Seiten 6,00 DM

Beiträge-Sondernummer:
DIE ANTIMONOPOLISTISCHE DEMOKRATIE
Kritik der Strategie der kommunistischen Parteien und ihrer Begründung der Stamokap-Theorie.
Von Wolfgang Krumbein 140 Seiten, DM 5,00

Neu: BEITRÄGE 8, JUSO-Theorie

Neu: Göttinger Thesen II, Programmatische Positionen marxistischer Sozialdemokraten DM 7.-

Dokumentation

Vorbemerkung

Nachstehend dokumentieren wir auszugsweise — für den Zweck der schriftlichen Veröffentlichung redaktionell überarbeitet — das Referat »Einheitsgewerkschaft und Demokratie«, das der Kollege *Heinz Hawreliuk* auf der Tagung am 20./21.9.1980 in Dortmund hielt, organisiert vom Juso-Bundesvorstand zum Thema »Arbeitende Jugend für das Recht auf Arbeit und Mitbestimmung — Strauß verhindern, SPD wählen!«.

Heinz Hawreliuk, Sekretär beim Hauptvorstand der IG Metall und seit acht Jahren Mitglied der Kommission für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beim Bundesvorstand der Jungsozialisten, nahm auf dieser Arbeitstagung erstmals seit seiner Absetzung als DGB-Bundesjugendsekretär im Herbst 1979 öffentlich Stellung zu Aufgaben und Formen gewerkschaftlicher Arbeit, zu Problemen der innergewerkschaftlichen Demokratie und der Einheitsgewerkschaft sowie zu gewerkschaftlichen Anforderungen an die Arbeit der Jungsozialisten. Aus der Rede veröffentlichten wir unter dem veränderten Titel »Einheitsgewerkschaft und innerorganisatorische Demokratie« den Punkt II. (»Aufgaben der Gewerkschaft«) leicht gekürzt, die Punkte III. und IV. (»Selbstverständnis der Einheitsgewerkschaft«, »Innergewerkschaftliche Demokratie«) vollständig sowie die erste Hälfte des Punktes IX. (»Jungsozialisten und Gewerkschaften«). Ganz weggelassen wurden die Punkte I. (»Aufgaben der Partei«), V. (»Demokratie als Staatsform«), VI. (»Demokratie als Gesellschaftsform«), VII. (»Demokratie als Prinzip gesellschaftlicher Veränderung«) und VIII. (»Parteien und Gewerkschaften«).

Das vollständige Redemanuskript mit allen Punkten I. bis IX. ist gegen Einsendung von DM 4,— in Briefmarken oder Überweisung auf eines unserer Konten (Stichwort: »Hawreliuk-Referat«) beim *spw*-Verlag erhältlich.

Die Redaktion

Heinz Hawreliuk

Einheitsgewerkschaft und innerorganisatorische Demokratie

Aufgaben der Gewerkschaft

Gewerkschaften haben den Anspruch, eine Macht zu werden für ökonomische Auseinandersetzungen. Es geht auch darum, daß die Gewerkschaften eine Macht werden als eine auch politisch handelnde Tarifvertragspartei. Der Kampf, der hierzu geführt werden muß, ist nicht der Kampf um Stimmen, sondern das ist der Kampf um die solidarische Geschlossenheit der Arbeitnehmer. Dies dokumentiert sich insbesondere dadurch, daß Arbeitnehmer Mitglied in dieser Gewerkschaft werden. Nun stellt sich die Frage, was sind die Aufgaben der Gewerkschaften? — Ist die Formel »perspektivische Ziele« eine Losung, unter der sich Arbeitnehmer zusammengeschlossen haben? Dem ist bei weitem nicht so. Den Gewerkschaften stellen sich vorweg viel pragmatischere Fragen. Denn sie können den Arbeitnehmern nicht sagen, daß sich unser Schicksal oder unsere Zukunft in einer Gesellschaft entscheidet, die eben eine Gesellschaft der Arbeitnehmer sein wird, sondern Gewerkschaften müssen gerade unter den gegebenen kapitalistischen Bedingungen Streitmacht für die Interessen der Arbeitnehmer sein. Unter kapitalistischen Bedingungen hat sich die Formel »Solidarität« entwickelt, die gebraucht worden ist, um zumindest und als erstes das Diktat der Unternehmer zu Lohnfragen zu brechen. Aus diesem Kampf um besseren Lohn ist ein breites gewerkschaftliches Kampffeld geworden. Gewerkschaften kämpfen insgesamt um Arbeitsbedingungen. Da gehören Fragen der Arbeitszeit, des Urlaubs, der Humanisierung der Arbeit, der Sozialleistungen hinzu sowie das Recht auf Arbeit und das Recht auf Bildung.

Das Instrument ist der Tarifvertrag. Aber dieser Tarifvertrag ist nichts anderes als

- unter dem Status quo
- unter kapitalistischen Voraussetzungen
- unter Anerkennung der privaten Verfügungsgewalt der Produktionsmittelbesitzer mit denjenigen, die da abhängig Beschäftigte sind, einen Friedensvertrag im ökonomischen Kampf zu schließen. Dieser Friedensvertrag ist der Tarifvertrag. Dennoch sind die Gewerkschaften keine ausschließliche Kampforganisation um Brot und Butter, bei der es nur darum geht, was an Mark und Pfennigen herauskommt. Verhindert werden muß, daß es zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen kommt, die sich nachteilig und auf den Rücken der Arbeitnehmer auswirken und ausgetragen werden. Insofern gibt es selbstverständlich über die Kampfgemeinschaft »Tarifvertrag« auch den Anspruch der Gewerkschaften, politische Zielsetzungen zu formulieren, die eben auch auf die Gestaltung der Gesellschaft ausgerichtet sind.

Gewerkschaftliche Ziele werden durch Abschluß von Tarifverträgen und durch politischen Kampf erreicht. Das heißt, daß den Gewerkschaften heute nicht mehr nur als einziges Instrument der Tarifvertrag zur Verfügung steht. Was die Gewerkschaften praktizieren, ist die Verwirklichung der Doppelstrategie. Denn da geht es darum, daß die Betroffenen — die Arbeitnehmer — sich solidarisch zusammenfinden, um ihre politischen Forderungen über die Gewerkschaften zu artikulieren und durchzusetzen. Damit werden gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändert. Das heißt ja nichts anderes, als Druck auszuüben auf Partei, auf Parlament, um eben im Rahmen dieser gewerkschaftlichen Strategie über das Parlament auch zu gesellschaftlichen Veränderungen zu kommen. Gewerkschaftlicher Kampf hat auch dazu geführt, daß es zunehmend gesetzliche Möglichkeiten und über gesetzliche Möglichkeiten gesicherte Institutionen gibt, in denen gewerkschaftliche Zielsetzungen umgesetzt und durchgesetzt werden können.

Als Gewerkschafter müssen wir natürlich auch darauf drängen, daß erkämpfte Regelungen wie das Betriebsverfassungsrecht in der tagtäglichen Praxis optimal angewandt werden. Wir müssen eintreten, daß die dort gegebenen rechtlichen Möglichkeiten zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer nicht nur auf dem bedruckten Papier des Betriebsverfassungsgesetzes, sondern in der betrieblichen Auseinandersetzung mit Leben erfüllt werden. Daß da Leben stattfindet, dafür sorgen die Arbeitgeber genügend. Es kommt darauf an, auch mittels dieser Möglichkeit die gewerkschaftliche Gegenmacht im Betrieb zu formieren, um hier die Auseinandersetzung aufzunehmen und um diese erfolgreich durchzusetzen. Es gibt auch gesetzliche Möglichkeiten außerhalb des direkten wirtschaftlichen Bereichs. Dabei denken wir zum Beispiel an die Mitwirkung in Berufsbildungsausschüssen oder in Jugendarbeitsausschüssen der Industrie- und Handelskammern oder an die Selbstverwaltung der Sozialversicherung usw. All dies sind erkämpfte Arbeitsfelder der Gewerkschaften, über die eben auch gewerkschaftspolitische Zielsetzungen zu realisieren sind.

Voraussetzungen für einen erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf sind bewußte Gewerkschaftsmitglieder, gewerkschaftlich konsequent handelnde Arbeitnehmer und Funktionäre sowie starke und schlagkräftige Gewerkschaften.

Ein Konzept mit diesen drei Bedingungen grenzt sich ab von der Hoffnung zu glauben, daß wir gewerkschaftlichen Kampf entwickeln können als Ergebnis von Spontaneität, als Ergebnis einer Politik des Apparates oder als Ergebnis der Politik von irgendwelchen Gremien. Wer von seinem politischen Anspruch ausschließlich auf Spontaneität setzt, wer ausschließlich auf Gremien setzt, wer ausschließlich auf den Apparat setzt, der wird mit

dieser sogenannten gewerkschaftlichen Strategie Schiffbruch erleiden, weil sie an der Realität gewerkschaftlichen Handelns vorbeigeht. Er wird allenfalls in der Lage sein, hin und wieder ein detailliertes Problem, welches zu betrieblichen Auseinandersetzungen geführt hat, erfolgreich zu beantworten. Aber er wird nicht in der Lage sein, das dort aufgeworfene Problem — zum Beispiel die Einführung einer Rationalisierungsmaßnahme — aufzunehmen, um die dahinterstehende gesellschaftliche Problematik einzubeziehen in einen langfristigen, kontinuierlichen und politischen Kampf. Spontaneismus, Apparatehoffnung, ausschließliches Reflektieren auf Entscheidungen in Gremien als Prinzipien für den gewerkschaftlichen Kampf haben der Gewerkschaftsbewegung nie weitergeholfen. Einen derartige unterstellte Gewerkschaftsstrategie gibt es bei keiner einzigen DGB-Gewerkschaft, allenfalls in einigen Köpfen selbsternannter Gewerkschaftsideologen.

Selbstverständnis der Einheitsgewerkschaft

Es gibt historische Erfahrungen, die dazu geführt haben, daß die Väter dieser Einheitsgewerkschaft die Position vertreten haben, wir müssen eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation schaffen. Eingeständnis war das Versagen der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Einheitsgewerkschaft als Erkenntnis, das heißt als Anspruch, die einheitliche Organisation der Arbeitnehmer zu schaffen. Das heißt, für die Einheitsgewerkschaft:

1. in ihr schließen sich alle Arbeitnehmer zusammen, unabhängig davon, ob sie Arbeiter, Angestellte oder Beamte sind;
2. in ihr schließen sich alle Arbeitnehmer zusammen, unabhängig davon, in welchen Betrieben sie arbeiten;
3. in ihr schließen sich alle Arbeitnehmer zusammen, unabhängig davon, in welchen Branchen sie tätig sind;
4. in ihr schließen sich alle Arbeitnehmer zusammen, unabhängig davon, welche weltanschauliche und parteipolitische Überzeugung sie haben.

Der Anspruch ist und bleibt, daß jeder, der Arbeitnehmer ist, der abhängig Beschäftigter ist, der für sich und seinesgleichen kämpfen muß um die Durchsetzung seiner Interessen als Arbeitnehmer, sich zusammenfindet mit den anderen in dieser Einheitsgewerkschaft, um dadurch eine größtmögliche Geschlossenheit zu erreichen. Die Erkenntnis war: Wenn wir uns bei gegebenen Differenzen nicht auseinanderdividieren, sondern in Fragen, wo gemeinsames gewerkschaftliches Handeln möglich ist, trotz aller Differenzen gemeinsam handeln, dann sind wir auch am ehesten und am besten in der Lage, unsere Positionen in ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen einzubringen, dann sind wir stark genug, um auch unsere Ziele gegenüber den Unternehmen durchzusetzen.

Diese Positionen heißen gleichzeitig, daß die Gewerkschaftsorganisation — die Einheitsgewerkschaft — kämpfen muß um ihre Unabhängigkeit. Unabhängigkeit von Parteien, Unabhängigkeit von Kirchen, Unabhängigkeit gegenüber denen, mit denen man den Kampf in der Wirtschaft führt. Bei allen Gegensätzen innerhalb der Einheitsgewerkschaft — einigendes Kriterium war und ist, daß diese Organisation die klassischen Problemfragen der Arbeiterbewegung anzugehen hat: die Frage, zu welchen Bedingungen wird die Arbeitskraft verkauft und die zweite Frage, ob die Arbeitskraft verkauft werden kann und die dritte Frage, unter welchen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen gearbeitet wird.

Innergewerkschaftliche Demokratie

Natürlich stellt sich bei dem Anspruch, Einheit zu schaffen, sich aber nicht nur als Brot- und Butterkampforganisation zu betätigen, die Frage: Wie kann eigentlich ein derartiger Prozeß des politischen Handelns innerhalb der Einheitsgewerkschaft entwickelt werden. Zwangsläufig kommen wir hierbei auf das Problem der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Selbstverständliches sei nochmals vorangesetzt: Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen. Im Inneren dieser Kampforganisation gelten zwangsläufig andere Spielregeln als in einem Kaninchenzüchterverein. Kampforganisation bedeutet: Geschlossenheit und Disziplin in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Daß dies ein Punkt sein kann, der unter Umständen konkurriert mit dem Anspruch ungebundener innergewerkschaftlicher Demokratie, dürfte wohl klar sein. Wir haben neben der Anforderung an Disziplin und Geschlossenheit und bei Kenntnis der vielfältigen unterschiedlichen Positionen in den Gewerkschaften aber auch einen anderen Anspruch zu formulieren. Disziplin funktioniert in Kampforganisationen nur dann, wenn auch die Bereitschaft vorhanden ist, Toleranz zu entwickeln und zu integrieren. Disziplin kann nicht verordnet werden, sie muß sich aus Einsicht entwickeln.

Ich will einen Gewerkschaftsfreund von mir zitieren: Karl Hauenschild, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, formulierte auf dem letzten Gewerkschaftstag:

»Die Integration von politischen Auffassungen und Strömungen in unserer Organisation ist in der Tat vornehmste Aufgabe unserer Einheitsgewerkschaft. Toleranz untereinander sichert diese Einheit, Intoleranz zerstört sie.«

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, außer, daß diese Erklärung neben dem Verkünden auf dem Gewerkschaftstag auch in der tagtäglichen gewerkschaftlichen Praxis umgesetzt werden muß. Meine persönliche Einschätzung: Da hat die IG Chemie in den nächsten Jahren einiges zu leisten.

Geschlossenheit, aber auch Integration durch Toleranz ist der Rahmen für innergewerkschaftliche Demokratie. Es gibt aber Probleme, Spannungsverhältnisse, die die innergewerkschaftliche Demokratie beeinflussen.

Drei Problemzusammenhänge

Ein erstes Spannungsverhältnis wird gebildet durch die Tatsache, daß in den DGB-Gewerkschaften Mitglieder mit unterschiedlichem oder ohne gewerkschaftliches Bewußtsein organisiert sind. Es gibt Mitglieder mit unterschiedlichem oder ohne politisches Bewußtsein. Dies hat Auswirkungen auf das Engagement des einzelnen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung. Die Gewerkschaften werden vor allem durch die aktiven Mitglieder geprägt. Festzuhalten ist ferner, daß die Einheitsgewerkschaft offen für die unterschiedlichsten politischen Positionen ist. Mit dieser Offenheit der politischen Positionen und dem unterschiedlichen Engagement und Reagieren von Mitgliedern und Funktionären ist natürlich auch eine Politik von außen möglich, die man formulieren kann mit dem Begriff: Einfluß auf die Gewerkschaften.

Auf der anderen Seite liegt hier aber auch eine Chance für außenstehende Gruppen. Mit Rückblick auf sieben/acht Jahre Juso-Politik, die ich selbst erlebt habe, eine verpaßte Chance von Jungsozialisten, weil sie die Möglichkeit der Mitarbeit in den Gewerkschaften — im Gegensatz zu anderen parteipolitischen Gruppen — eigentlich sehr bescheiden wahrgenommen haben. Zu nennen wäre vor allem die SDAJ, die sich sehr sorgfältig dar-

über Gedanken gemacht hat, welche Möglichkeiten der Mitwirkung und das heißt natürlich auch der politischen Mitwirkung, in den DGB-Gewerkschaften vorhanden sind. Wenn wir heute reden von dem Einfluß der SDAJ-gebundenen Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir uns vor allem als Jungsozialisten darüber im klaren sein, daß mit dem einen Finger, mit dem wir auf diese Kolleginnen und Kollegen zeigen, sich gleichzeitig drei Finger auf uns selbst richten. Denn: Wo sind wir als Jungsozialisten? Warum spricht man nicht von der Rolle der Jungsozialisten in den DGB-Gewerkschaften? Da haben wir doch versagt.

Ein weiteres Spannungsverhältnis besteht dadurch, daß dieses unterschiedliche Engagement, geprägt durch unterschiedliches gewerkschaftliches und politisches Bewußtsein, natürlich dazu führt, daß vor allem die Engagierten gewerkschaftliche Willensbildung vorantreiben. Das heißt aber auch in der Umkehrung, daß die Meinungsbildung der Engagierten, der Bewußten in der Gewerkschaftsbewegung nicht verwechselt werden darf mit der Kampfkraft der Mitglieder. Wir haben immer wieder festzustellen, daß die Gewerkschaften sehr stark gemessen werden an Beschlußpositionen, und daß dies dann sehr oft verwechselt wird in der Schlußfolgerung, daß mit diesen politischen Positionen auch gleichzeitig das Engagement aller Mitglieder gegeben wäre, für diese Positionen in Auseinandersetzungen zu gehen.

Die Frage, die sich dann hier stellt, ist, ob gewerkschaftliche Beschlüsse der Engagierten sich beschränken müssen auf das, was die Mehrheit der Mitglieder ohne wenn und aber heute akzeptiert, oder ob es nicht legitim sein kann, in einer Gewerkschaftsorganisation auch Positionen einzunehmen, die sicherlich als Positionen zu verstehen sind, für die erst noch bei vielen nicht engagierten Mitgliedern Bewußtsein geschaffen werden muß.

Damit ergibt sich eigentlich das dritte Spannungsverhältnis. Das Ergebnis der Willensbildung der Engagierten und der deswegen auch sehr oft in Funktionen Gewählten, muß an Mitglieder vermittelt werden, die noch nicht engagiert sind. Dies ist eine selbstverständliche Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation, der Kampforganisation — denn Kampforganisation heißt organisierter Kampf. Spontaneität, Zorn, Unzufriedenheit müssen in die Kontinuität gewerkschaftlichen Handelns umgesetzt werden. Es ist notwendig, daß eine gewerkschaftliche Willensbildung und Zielsetzung zu den Ursachen von Zorn und Unzufriedenheit erfolgt. Wir brauchen Funktionäre, wir brauchen gewerkschaftliche Gremien, wir brauchen die Bildungsarbeit der Gewerkschaften, um eben genau gewerkschaftliche Zielsetzungen in der alltäglich betrieblichen Auseinandersetzung zu begründen, und um genau den Mitgliedern auch Positionen und Ziele der Gewerkschaftsbewegung deutlich zu machen in der Perspektive der Einheit von Mitgliedschaft und gewerkschaftspolitischer Willensbildung. Wir brauchen Mitglieder, die in den Gewerkschaften ihre Ziele vertreten.

Nun werden gewerkschaftliche Positionen und Ziele nicht aus ideologischen, aus weltanschaulichen Gründen eingenommen. Dies wird vielleicht hin und wieder versucht. Die politische Zielsetzung der Gewerkschaft vielmehr wächst aus der Erfahrung von betrieblichen Auseinandersetzungen, aus der Erfahrung gewerkschaftlicher Auseinandersetzung und aus der Erfahrung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Grundlage ist hier also nicht das Bekenntnis zu einer Partei, zu einer Ideologie, zu einer realen Utopie. Einheitsgewerkschaft ist nicht eine durch »Fraktionen« herbeigeführte Einheit der Gewerkschaft. Vielmehr das gemeinsame Resultat der Erfahrungen gewerkschaftlicher Auseinandersetzung bildet die Grundlage gewerkschaftlicher Zielsetzungen. Positionen und Verständnisse von gewerkschaftlicher Politik werden dann natürlich deutlich, wenn es um langfristige Ziele gewerkschaftli-

chen und politischen Handelns geht. — An diesem Punkt bin ich natürlich verleitet und versucht, auch einiges zu sagen zu Auseinandersetzungen, die sich im Bereich der Gewerkschaftsjugend vollzogen haben. So ganz unbeteiligt waren ja Jungsozialisten an dieser Entwicklung nicht. Ich weiß auch nicht, ob Jungsozialisten immer das entsprechende politische Gespür gehabt haben bei der Verfolgung dieser Auseinandersetzung. Manchmal war der Ansatz der Fraktionierung innerhalb der Gewerkschaft erkennbar. Ich will drei Punkte ganz kurz aufreißen, weil ich zumindest glaube, unabhängig davon, ob ich Recht habe oder nicht, daß dies drei Punkte sind, die auch für Jungsozialisten in der Betrachtung von Gewerkschaftspolitik von Wichtigkeit sind.

Funktionäre — zwangsläufig »Stellvertreter«?

Es wird im Moment sehr viel operiert mit dem Begriff der »Stellvertreterpolitik«, und ich habe jetzt bei dem Lesen der Protokolle des Gewerkschaftstages der IG Chemie, Papier, Keramik eine Definition und Kritik gefunden von Stellvertreterpolitik, die ich unbestritten unterstreichen kann. Sie wurde vorgetragen von Veronika Lauscher, die das Problem in freien Worten etwa wie folgt beschrieb: Es entwickelt sehr oft derjenige, der wählt, die Haltung, daß mit der Abgabe seiner Stimme er von demjenigen, den er gewählt hat, erwarten kann, daß all seine Probleme von ihm gelöst werden. Und umgekehrt, daß derjenige, der gewählt worden ist, sich verpflichtet fühlt, dann sozusagen fürsorglich für seine Wähler Probleme zu lösen. Wenn wir so Gewerkschaftsarbeit betreiben würden, dann würden wir eine ungeheure statische Gewerkschaftsbewegung vorfinden, eine machtlose, eine zahnlose Gewerkschaftsbewegung. Würden wir so Gewerkschaftsarbeit betreiben — und dies scheint sich unter dem Begriff der Stellvertreterpolitik als Kritik zu verbergen —, dann könnten wir tatsächlich keine die Gesellschaft verändernde Gewerkschaftspolitik betreiben. Was tatsächlich notwendig ist, ist mit dem Anspruch Solidarität und Geschlossenheit eigentlich formuliert. Nämlich, daß wir tatsächlich Problemlösungen nicht einfach delegieren können, sondern daß wir Probleme gemeinsam angehen müssen. Wobei derjenige, der eine gewählte Funktion hat, bei dieser Organisation des Kampfes zur Problemlösung natürlich eine besondere politische Verantwortung hat.

Etwas anders sieht dann die Definition aus, die Euch ja vielfältig bekannt geworden ist in den Oberurseler Papieren, wenn es da heißt: »Gewerkschaftliche Jugendarbeit im Betrieb ist heute nur noch auf Funktionäre konzentriert. Dies ist einerseits Auswirkung, andererseits rückwirkend Begünstigung von Stellvertreterpolitik im Betrieb. Stellvertreterpolitik bleibt wesentlich auf Verhandlungslösungen beschränkt, wird also zur kampfwisen Durchsetzung alternativer Rationalität bei jugendlichen Lohnabhängigen kaum in der Lage sein.« Ein solcher Begriff von Stellvertreterpolitik meint doch eigentlich, daß Funktionäre zwangsläufig Stellvertreterpolitik betreiben, Funktionäre daher ein Hemmschuh bei der »kampfwisen Durchsetzung alternativer Rationalität« — was immer dies sein mag — sind. Der Kampf gilt »den Funktionären« als Inbegriff der Stellvertreterpolitik. Die Alternative ist: Wir müssen hoffen auf die Spontaneität derjenigen, die in betrieblichen Konflikten stehen. Aber dies hat dann nichts mehr zu tun mit Kontinuität einer gewerkschaftlichen Politik.

Zur Notwendigkeit von Gremien

Im Oberursel-Papier wird formuliert: »Da die Gremienarbeit in der Gewerkschaftsjugend überbetont wird, sind die Hauptamtlichen auf den aktiven Einsatz der allzeit bienenfleißigen und gremienfixierten SDAJ-Kollegen angewiesen.«

Genossinnen und Genossen, wir brauchen auch Gremien in der Gewerkschaftsjugend. Erstens brauchen wir die Gremien, weil in diesen Gremien Positionen formuliert werden, die wir als Ausdruck demokratischer Willensbildung fassen können. Wir können uns allenfalls darüber beklagen, daß sich zu wenige an der demokratischen Willensbildung beteiligen. Aber ist dies nicht ein Problem, welches für alle Organisationen gilt, auch für die Jungsozialisten? Und zum zweiten: Gremienarbeit heißt doch auch, daß wir hier ein Gremium haben, welches den politischen Willen aufnehmen und diesen politischen Willen auch umsetzen muß in Aktionen, in Arbeitsformen, in Strategie. Und auch dies können wir aus der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit nicht streichen.

Ich will ein drittes Element nennen: Diejenigen, die am deutlichsten die Gremien betonen, das sind diejenigen, die in dieser Organisation in Gremien sitzen, weil z.B. jeder Kreisvorsitzende bei einem Antrag der Gewerkschaftsjugend fragt: Habt ihr denn das auch im Kreisjugendausschuß beschlossen? — Es gibt eben diesen Zwang zur Legitimation, wenn man gewerkschaftliche Willensbildung beeinflussen will. Die Gremien sind von daher eine notwendige Arbeitsform in der Gewerkschaftsorganisation. Wie alle Organisationen stehen wir vor der Frage, was wir tun können, um bei den Jungsozialisten mehr Genossinnen und Genossen und bei den DGB-Gewerkschaften mehr Kolleginnen und Kollegen an der Willensbildung zu beteiligen. Die Behauptung, Gremienarbeit ist gleich verstärkter SDAJ-Einfluß, so wie dies Oberursel unterstellt, ist unsinnig und dumm.

Bildungsarbeit

Auf der Jugendkonferenz der IG Chemie wurde formuliert: »Nach unserem Verständnis kann Jugendbildungsarbeit nicht nach starren vorgegebenen Leitfäden durchgeführt werden.« Hermann Rappe führt dazu weiter aus:

»Wir verwenden in unserer Jugendbildungsarbeit keine Bildungskonzeptionen, die von einem starren dogmatischen Bildungsverständnis ausgehen. Konzeptionen für Jugendbildungsarbeit, in denen Sätze vorkommen wie: die Teilnehmer sollen *erkennen* oder dadurch soll den Teilnehmern *verdeutlicht* werden, machen meiner Auffassung nach ein Verständnis deutlich, das ich, vereinfacht ausgedrückt, für ein Überstülpen von Inhalten halte und das kein Beitrag zur emanzipatorischen Bildungsarbeit ist. Die Ideologie vom richtigen und falschen Bewußtsein als Ausgangspunkt für gewerkschaftliche Bildungsarbeit hat prinzipiell etwas Diskriminierendes an sich.«

Oberursel formuliert dazu: »Das Einpauken von Grundwissen, vom kleinen ABC gehört aber auch immer zum Repertoire zentralistischer Parteien und Organisationen.« Man kann da nur schlußfolgern: Völker hört die Signale! Bei solchen Bildungskonzepten ist die DKP bestimmt nicht weit.

Bildungsarbeit ist ein notwendiges Instrument, um gewerkschaftliche Zielsetzungen zu verdeutlichen und voranzutreiben. Sie muß verstanden werden als Befähigung von Mitgliedern, auf der Grundlage eigener Interessen gewerkschaftliche Arbeit mit zu beeinflussen, zu tragen und mit zu entscheiden. Die Auseinandersetzung um gewerkschaftliche Bildungsarbeit gerät aber dann zum Schaukrieg, wird eigentlich zur Farce, wenn man Hermann Rappe mit dieser zitierten Position — mit der er auch Auseinandersetzungen im DGB-Bereich führt — vergleicht mit Ansprüchen seiner eigenen Bildungskonzeption. Denn es gibt z.B. auch in der IG Chemie, Papier, Keramik Leitfäden für Referenten und Leiter von politischen Arbeitskreisen. Wenn die IG-Metall allerdings Leitfäden vorlegt, dann ist dies Leitfadendoktrination. Unter dem Punkt »Ziele der Bildungsarbeit« steht in den Leitfäden der IG Chemie, Papier Keramik«:

»Die Teilnehmer sollen ihre abhängige Stellung im Betrieb *erkennen* ..., den Teilnehmern muß *bewußt werden* ..., die Teilnehmer sollen *motiviert werden* ..., die Teilnehmer sollen *gleichzeitig erkennen*, ...«.

All dies sind Positionen, die Hermann Rappe bezeichnet hat als ein Überstülpen von Bildungsinhalten. Aber der politisch verantwortliche Herausgeber dieser Leitfäden der IG Chemie ist eben auch Hermann Rappe. Und da stelle ich mir die Frage, welche Schaugefächte werden eigentlich in der Gewerkschaftsjugend geführt? Haben eigentlich nicht auch Jungsozialisten die Aufgabe, der Rationalität in diesen Auseinandersetzungen etwas stärker mit zum Durchbruch zu verhelfen?

Disziplin oder Disziplinierung?

Bei dem Punkt »innergewerkschaftliche Willensbildung« muß man natürlich auch über negative Punkte sprechen. Es gibt auch in den Gewerkschaften, in der Einheitsgewerkschaft, Mängel und Fehlverhalten, die dem Gedanken der innergewerkschaftlichen Demokratie nicht förderlich sind. Auch da ist es natürlich so, daß innergewerkschaftliche Demokratie nur in dem Maße weiterentwickelt wird, in dem Mitglieder für sich und an sich die Forderung stellen, an der innergewerkschaftlichen Willensbildung teilzuhaben. Ich will einige Punkte aufreißen.

Ich habe gesprochen von der Disziplin in der Gewerkschaftsorganisation. Aber das muß ja nicht heißen Disziplinierung. Und die Vorgänge um »Ran« und die Enthebung der Redaktion um »Ran«, das war nicht Disziplin, das war Disziplinierung. Oder andere Vorgänge. Da steht der Anspruch der politischen Auseinandersetzung und manchmal wird daraus Administration. Da brauche ich die Funktionsenthebung des Bundesjugendsekretärs, die ja meine Person betraf, nicht auszuklammern. Statt politischer Auseinandersetzung, die da notwendig gewesen wäre, glaubt man, mit der Administration Probleme aus der Welt schaffen zu können. Oder: Da verlangen wir kritische Solidarität innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, und da verlangen wir Integration, aber was wird daraus? Solidarität wird dann gebraucht, um sich abzugrenzen, um aber auch auszugrenzen. In dieser Frage dürfte der letzte Gewerkschaftstag der IG Chemie, wenn jemand das Protokoll liest, nicht unbedingt zur Beruhigung beigetragen haben. Hier sind Mängel festzustellen, und da ist eigentlich unser Engagement, unser Tätigwerden auch schon herausgefordert.

Die Rede von der »kommunistischen Unterwanderung«

Innergewerkschaftliche Demokratie wird nicht nur bestimmt von Verhaltensweisen, die wir innerhalb der Organisation entwickeln, sondern da gibt es auch Dinge, die außerhalb der Organisation wachsen und die dann plötzlich zum Gegenstand auch gewerkschaftlicher Auseinandersetzung werden. Da schreibt »Die Welt« am 25.6.1960: »Immer mehr Kommunisten in der IG-Bergbau« und »Die Welt« schreibt weiter am 7.11.1960:

»Der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie dankte der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dufhues, am Sonntag in Dortmund für die Unterstützung im Kampf gegen die kommunistische Unterwanderung in der Bundesrepublik.«

Ein altes Thema, und es hat natürlich Wirkung auf die innere gewerkschaftliche Situation. Ich bin an diesem Punkt verleitet, neben dieser Notiz von 1960 auf die Debatten der kommunistischen Unterwanderung in der Gewerkschaftsjugend hinzuweisen. Ich will dies nicht weiter tun. Ich will aber eine These aufstellen.

Meiner Meinung nach waren die Debatten um die kommunistische Unterwanderung in der Gewerkschaftsjugend Einstiegsdebatten in Auseinandersetzungen, die die DGB-Ge-

werkschaften in Zukunft verstärkt treffen werden — und nicht nur als eine theoretische Auseinandersetzung, sondern auch als eine ganz praktische Auseinandersetzung. Wir werden dies spätestens feststellen, wenn wir bei den Betriebsratswahlen 1981 Gewerkschaftsmitglieder auf die Listen der Gewerkschaften setzen und auf diesen Listen auch eingetragene DKP-Mitglieder sind. Aber wir haben auch aktuellere Auseinandersetzungen dabei zu sehen. Ich denke hier vor allem an die Diskussion um die HBV. Es stellt sich die Frage: Warum ist gerade die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in einer derartig harten und intensiven Diskussion gefordert worden?

Nun ist es überhaupt keine Schwierigkeit, in jeder Gewerkschaft DKP-Leute zu finden. Es müßten insgesamt ca. 30000 sein, die angeblich die Organisation mit 7,7 Millionen Mitgliedern unterwandern wollen. Ich habe folgende Vermutung. Die HBV hat eine Entwicklung mitgemacht in den letzten zwei bis drei Jahren, in der sie sich gemauert hat zu einer Organisation, die auch tatsächlich in der Lage ist, Streiks zu führen — wenn auch vornehmlich im Bereich des Einzelhandels, im Bereich der Kaufhäuser. Nur müßten wir uns auch die Frage stellen, welchen Organisationsbereich umfaßt denn eigentlich die HBV? Und die Banken und Versicherungen, die tauchen doch nicht umsonst auf, wenn wir von der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum reden, von der Vergesellschaftung. Weil jeder, der sich die Zusammensetzung von Aufsichtsräten vor Augen führt, ganz genau weiß, welcher Einfluß auf die Wirtschaft bei den Banken und Versicherungen konzentriert ist. Und nun stellen wir uns einmal vor, diese Organisation Handel, Banken und Versicherungen entwickelt sich so weit, daß sie streikfähig ist im Bereich der Banken und Versicherungen — und zwar langfristig. Dann bedeutet dies nicht nur eine Herausforderung für den gewerblichen Bereich Banken und Versicherungen, sondern bedeutet eine Herausforderung für das gesamte wirtschaftliche System. Daß von daher viele überlegen und sagen, wir müssen die HBV wieder kampfunfähig schlagen, und ganz froh sind, wenn Teile der potentiellen Mitglieder zur DAG ablaufen, dürfte doch wohl klar und offensichtlich das Ziel sein. Ich habe dieses Problem jetzt einmal aufgelistet, weil ich natürlich auch gern die Dimension von derartigen Debatten aufführen will.

Jetzt will ich gleich etwas zur Enttäuschung einiger sagen. All dies sind für mich keine Gründe, um nicht die politische Auseinandersetzung zu führen mit Positionen in den Gewerkschaften, wie sie von Kommunisten vertreten werden. Ich bin nach wie vor der Meinung, ich habe das immer wieder betont, daß wir nicht umhin kommen, uns natürlich auch politischen Debatten zu stellen. Ich will aber zum Einstieg in diese Debatte zwei Fragen stellen, die für uns alle gelten, wenn wir in den Gewerkschaften zu Hause sind. Erstens: Wie halten wir es denn mit DKP-Mitgliedern? Zweitens: Können wir einen Arbeitnehmer aus der Gewerkschaft ausschließen, der seine ökonomischen und sozialen Interessen vertreten muß und der dies auch will, der als Mitglied die Regeln der gewerkschaftlichen Organisation respektiert, dessen Partei aber Positionen vertritt, die der DGB nicht vertritt, die also von den Gewerkschaften abweichen? Können wir also, weil wir die Positionen der DKP nicht akzeptieren können, einen Unvereinbarkeitsbeschluß der Mitgliedschaft DKP und der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft wollen?

Diese Fragen kann ich nicht entscheiden, weil diese Fragen entschieden werden in den jeweiligen Gremien der Gewerkschaftsbewegung. Ich kann hier nur meine Position formulieren und vertreten. Die Fragen, die da aufgeworfen sind, sind ja grundsätzlicher Natur. Unbestritten ist, wenn wir uns jetzt einmal die DKP vornehmen, daß diese Partei ein prinzipielles solidarisches Verhalten in gewerkschaftlichen Tageskämpfen zeigt. Manche werten dies auch als Unterwürfigkeit, als überzogene Loyalität. Ich kann aber nicht Inter-

pretationen von Verhalten vornehmen, sondern ich muß Fakten nehmen. Zweifel sind gegeben, ob diese Partei in Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung, z.B. autonome Gewerkschaften und freie Meinungsäußerungen, Positionen der DGB-Gewerkschaften trägt. Dies gilt erst einmal als Wertung von mir gegenüber der DKP. Sie tritt hier für autonome Gewerkschaften und für freie Meinungsäußerung ein, nicht aber in Gesellschaften, die sie als Verwirklichung ihres politischen Zieles versteht.

Da ich aber nicht nur nach links schaue, sondern auch noch nach rechts, stelle ich mal diese Frage an die CSU. Zweifellos zeigt sich diese Partei nicht solidarisch in gewerkschaftlichen Tageskämpfen, und zweifellos zeigt sich diese Partei, wenn ich Strauß' Erläuterungen und den fehlenden Widerspruch der CSU, z.B. zu Chile vornehme, nicht solidarisch zu Grundfragen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses.

Wenn diese Punkte als Kriterien zur Abgrenzung einer DGB-Gewerkschaft formuliert werden, dann müssen sie grundsätzlich nach rechts und links gelten. Wenn als Maßstab der Ausgliederung aus den DGB-Gewerkschaften die Zugehörigkeit zu einer in Grundsatfragen nicht DGB-konformen Partei gelten würde, dann könnte dieser Anspruch entwickelt werden sowohl gegenüber der DKP als auch gegenüber der CSU. Da würde ich aus Kenntnis vieler dieser Mitglieder sagen, daß wir die Parteizugehörigkeit zur DKP oder CSU nicht als taugliches Instrument sehen können, um jemanden aus der Gewerkschaftsorganisation auszuschließen. Maßstab für uns muß sein, ob jemand aktiv in den Gewerkschaften gegen das erklärte Selbstverständnis als Einheitsgewerkschaft zu Grundsatpositionen und auch zu demokratischen Grundsatfragen des DGB antritt oder antreten will. Die existierenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse haben hier ihre Berechtigung gegenüber den Parteien, die diese Ziele vertreten. Diese Unvereinbarkeit ist aber auch bei entsprechendem und belegbarem Handeln gegenüber einzelnen Personen gegeben.

Jungsozialisten und Gewerkschaften

Was hätten eigentlich jetzt Jungsozialisten zu leisten, was hätten die Jungsozialisten zu tun? — Es gibt den theoretischen Anspruch, daß die Jungsozialisten die parteipolitische Organisation der arbeitenden Jugend sind. Die Jungsozialisten haben in den letzten Jahren durchaus wieder Terrain bei der arbeitenden Jugend erobert. Tatsächlich können wir zunehmend in der gewerkschaftlichen Arbeit mit Kolleginnen und Kollegen rechnen und arbeiten, die man irgendwo bei den Jungsozialisten einmal kennengelernt hat. Aber was ich noch nicht sehe, ist die Verwirklichung einer immer wieder beschworenen Politik der Jungsozialisten dahingehend, daß die arbeitende Jugend bei den Problemen, die sie im betrieblichen Alltag vorfindet, bei den Jungsozialisten jemand findet, der auf ihre Probleme auch eine politische Antwort weiß. Nach wie vor ist es so, daß zum Beispiel viele Betriebszeitungen vor den Werktoeren erscheinen. Dort werden betriebliche Probleme aufgegriffen, dort werden politische Antworten gegeben, aber es gibt eben sehr wenige dieser Publikationen, die von Jungsozialisten kommen. Kommen doch einmal welche von ihnen, dann formulieren sie meistens auch einen Absolutheitsanspruch, was die betrieblichen Funktionäre zu tun und zu lassen haben, wenn sie die wahren Interessenvertreter der Arbeitnehmer sein wollen. Ich würde dies als ein Problem aufwerfen in der Arbeit vor Ort.

Aber ich würde diese Fragestellung auch auf das Verhältnis Gewerkschaftsjugend und Jungsozialisten übertragen wollen, und ich würde dieses Problem auch noch weiterfassen wollen. Beide sind Jugendorganisationen ihrer Gesamtorganisation. Es gibt immer wieder gute Beschlüsse, immer dann, wenn sich die Betriebs- und Gewerkschaftskommission trifft, immer dann, wenn wir Konferenzen für junge Arbeitnehmer machen. Dann formu-

lieren wir wunderbare Positionen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, zum Themenbereich berufliche Bildung, zum Themenbereich Mitbestimmung im Betrieb. Aber dann, wenn wir auseinandergehen, dann versickern diese Probleme, dann versickern diese Probleme in der Juso-Organisation. Das ist ein Sachverhalt, den wir einmal kritisch durchdenken müssen. Wenn wir tatsächlich den Anspruch ernst nehmen, die parteipolitische Jugendorganisation der arbeitenden Jugend zu sein, dann muß das auch Auswirkungen haben auf die Gesamtarbeit der Jungsozialisten. Dann müssen eben Themen, die die Arbeiterjugend treffen, die die Arbeiterbewegung treffen, in der Gesamtorganisation der Jungsozialisten zu Hause sein und im Mittelpunkt stehen — sowohl in der Theorie als auch in der Praxis.

Sozialist

Zerlung für sozialistische Politik in der SPD

**Die kapitalistische Krise
und ihre sozialistische Überwindung**

Göttinger Thesen II

Programmatische Positionen marxistischer Sozialdemokraten

Neu!

**Krisenanalyse
Klassenstruktur der BRD
Staatstheorie
Bündnispolitik / Neuer Sozialer Block
Der Dritte Weg zum Sozialismus
Alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Bestellungen bei Gunter Haedke, Heckerstraße 38, 3500 Kassel
Unter Voreinzahlung von 7 DM plus 1 DM Porto
auf das Konto Nr. 3060 66-204 beim Postscheckamt Hamburg

»10 Punkte-Programm für ein sauberes Österreich«*

- 1 In Zukunft sollen alle Großbauvorhaben der öffentlichen Hand, also des Bundes oder anderer Gebietskörperschaften, nur noch mit einer begleitenden Kontrolle durchgeführt werden, die gemeinsam zwischen den zuständigen Ministerien und dem Rechnungshof festzulegen sein wird.
- 2 Für Großbauvorhaben dieser Art sollen eigene Gesellschaften mit Organen geschaffen werden, die der besonderen Verantwortung gerecht werden können. Die begleitende Kontrolle soll so vor sich gehen, daß keine Verzögerungen im Baufortschritt eintreten.
- 3 Ausschreibungen und Auftragserteilungen und damit in Zusammenhang stehende Fragen sollen öffentlich gemacht werden; dies soll auch für die Beschäftigung von Subunternehmern und Nachforderungen gelten.
- 4 Zur Vermeidung von Unvereinbarkeiten und Unzukömmlichkeiten muß Budgeterstellung und Vollzug des Bundes, wie sie im Finanzministerium besorgt werden, von der Beteiligungsverwaltung des Bundes getrennt werden. Die Beteiligungen des Bundes sollen einer anderen, besonderen Verwaltung unterstellt werden. Sie sollen einen anderen, besonderen Ressortbereich darstellen, ähnlich der verstaatlichten Industrie. Diese Ablösung muß innerhalb eines Jahres erfolgen.
- 5 Die Arbeit der Kommission, die vom Bundeskanzler und dem Bundesminister für Justiz eingesetzt worden ist (Pallin-Kommission), soll vorrangig durchgeführt werden. Es sollen auch Vorkehrungen beraten werden, wie in den Gerichten, die solche Vorfälle untersuchen, rasch jene personellen und verwaltungsmäßigen Möglichkeiten geschaffen werden, die eine schnelle Erledigung gewährleisten.
- 6 Wer ein öffentliches Amt im Rahmen der obersten Organe antritt, soll sich verpflichten müssen, seine Vermögensverhältnisse und die seiner nächsten Angehörigen darzulegen, ebenso Veränderungen und neu eingegangene Verpflichtungen. Dies soll auch anlässlich des Ausscheidens aus dem Amt Geltung haben. Der Bericht darüber ist an den Unvereinbarkeitsausschuß des Parlaments zu erstatten. — Mitglieder der Bundesregierung, die über ein eigenes Unternehmen verfügen, gleichgültig, ob sie unternehmerische Tätigkeit selbst entfalten oder nicht, müssen bereit sein, dieses Unternehmen einer eigens zu bestellenden Verwaltung zu unterwerfen, die von einem besonderen Gremium ausgeübt werden soll.
- 7 Sozialistische Mitglieder der Bundesregierung müssen sich, um von allen Verdächtigungen frei zu sein, dieser geschäftlichen Tätigkeiten nicht nur enthalten, sondern sich auch in zweifelsfreier Art von diesem Eigentum trennen.
- 8 Ehrenrührige Beschuldigungen, die an ein Mitglied der Bundesregierung oder gleichrangige Amtsträger gestellt werden, sollen von einem Ehrensenat, bestehend aus den drei Präsidenten der Höchstgerichte sowie dem Präsidenten des Rechnungshofes, zu beurteilen sein.
- 9 Die Unvereinbarkeitsbestimmungen sind ehestens zu verschärfen. Die volle Besteuerung der Bezüge der höchsten Organe ist zu verwirklichen, wobei sich die Einkommensverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung an den diesbezüglich geltenden Regelungen unserer benachbarten Staaten (BRD, insbesondere Freistaat Bayern, Schweiz) orientieren sollen.
- 10 Verschärfung der Schadenersatzpflicht für Bestecher und Bestochene.

* Vgl. Michael Häupl, in diesem Heft, S.61ff.

Die Konsequenzen aus der Entspannungspolitik ziehen

Auf ihrer 2. Landesdelegiertenkonferenz 1979 am 6./7. Juli nahmen die Berliner Jungsozialisten einen Antrag des Landesvorstands und des Arbeitskreises »Gesamteuropäische Beziehungen« an, der die Perspektiven der Entspannungspolitik im Verhältnis der BRD zur DDR behandelt. Auf dem Hintergrund der Entwicklung friedlicher Koexistenz und der noch ungelösten Probleme fordert der Beschluß die Bundesregierung, den Westberliner Senat sowie die SPD-Fraktionen auf, weitere Initiativen zur Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen zu ergreifen. — Vgl. dazu auch den »Aktuellen Kommentar« in diesem Heft, Seite 5ff.

Die Berliner Jungsozialisten fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, des Bundestages, des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie den Vertreter Berlins im Bundesrat der BRD auf, sich dafür einzusetzen, daß

1. der »Tag der deutschen Einheit« in Verbindung mit dem Datum des 17. Juni nicht mehr begangen wird und stattdessen für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, zugleich Datum der Annahme des Grundgesetzes durch den parlamentarischen Rat, der besonderen nationalen Anliegen gedacht wird.
2. die Bundesrepublik Deutschland im 30. Jahr ihres und des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik der Tatsache der Liquidation des imperialistischen Deutschen Reiches auch dadurch Rechnung trägt, daß die aus der Zeit des kalten Krieges verbliebenen Ansprüche auf Alleinvertretung deutscher Interessen durch die BRD fallgelassen werden.

Deshalb sollte die Bundesrepublik

- der DDR umgehend Verhandlungen über die rechtliche Fixierung der Staatsbürgerschaft in bilateralen und internationalen Beziehungen offerieren, wobei die Zuordnung der West-Berliner zur Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik eingeschlossen sein muß.
- gemeinsam mit den Alliierten im Interesse der weiteren Entspannungspolitik, die nur bei sicheren Grenzen fortgesetzt werden kann, darauf hinwirken, daß die ehemalige Demarkationslinie zwischen der SBZ einerseits sowie der britischen und der US-amerikanischen Besatzungszone Deutschlands andererseits als völkerrechtlich verbindliche Staatsgrenze akzeptiert wird.
- die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen sowie die westliche Staatsgrenze der UdSSR in der ehemaligen preußischen Provinz Ostpreußen völkerrechtlich endgültig akzeptieren.
- im Interesse des Friedens in Deutschland und Europa alle Versuche auf Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik unter Rückgängigmachung der in der SBZ/DDR vorgenommenen Veränderung der Sozialordnung aufgeben.

Begründung:

Das »Offenhalten der deutschen Frage« als Streben nach Beseitigung der DDR, die Nichtanerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und die Gleichsetzung der Staatsgrenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik mit bundesdeutschen Ländergrenzen (wie im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag) muß zwangsläufig als Angriff auf die Souveränität der DDR verstanden werden. Eine solche Deutschlandpolitik nährt das Mißtrauen bei den Völkern Europas, die Bundesrepublik suche — möglicherweise unter veränderten innen- und außenpolitischen Bedingungen — klammheimlich nach einer geeigneten Gelegenheit, ihren östlichen Nachbarn einzuverleiben. Solche Befürchtungen werden bestenfalls durch das Vertrauen in die gegenwärtige sozialdemokratisch geführte Bundesregierung verdrängt, können aber jederzeit durch das Anwachsen nationalistischer und reaktionärer Strömungen in der Bundesrepublik, wenn diese beispielsweise von Carstens/Strauß politisch geführt wird, erneut aufbrechen. Nicht zuletzt die vehemente Forderung von CDU/CSU nach Stationierung von Neutronenwaffen und Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik mobilisiert die Ängste unserer Nachbarvölker vor einer neuerlichen, von deutschem Boden ausgehenden europäischen Kriegsgefahr.

1.

Eine vordringliche Voraussetzung für die weitere Entkrampfung zwischen beiden deutschen Staaten ist die Bereitschaft der Bundesrepublik zur gleichberechtigten Anerkennung der *Staatsbürgerschaft der DDR*. Dabei muß das Argument entkräftet werden, daß dies wegen der Berlin-Frage unmöglich sei. Die territorialen Vorbehalte der Alliierten stehen einer Zuordnung der West-Berliner zur Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik nicht im Wege. Eine Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR setzt deren Einverständnis mit einer solchen Berlin-Regelung voraus.

Das Festhalten der 1913 im Kaiserreich geschaffenen Staatsangehörigkeitsregelung, die eine gemeinsame Reichsbürgerschaft vorsieht, ist angesichts der Entstehung zweier voneinander unabhängiger, souveräner deutscher Staaten ein Anachronismus, der von keinem anderen Land der Welt ernstgenommen wird.

Alle Staaten der UNO — auch die der westlichen Welt — erkennen an, daß die DDR ein eigenes Staatsvolk hat. Die »Nationalität« der Deutschen würde durch die Anerkennung der ohnehin real vorhandenen DDR-Staatsbürgerschaft nicht in Frage gestellt werden. Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft müßte auch die Befürchtung der DDR, die Bundesrepublik maße sich ein »Zugriffsrecht« gegenüber ihren Bürgern an, entkräften. Dies könnte zur Modifizierung der Ausreisebestimmungen der DDR führen und Reisemöglichkeiten in den Westen eröffnen, wie sie bereits für Bürger sozialistischer Staaten Osteuropas gelten.

2.

Eine Politik der gleichberechtigten Zusammenarbeit wird auf Dauer unmöglich, wenn die Bundesrepublik die Grenze zur DDR als bloße innerstaatliche Verwaltungslinie betrachtet, sich letztlich also territoriale Ansprüche offenhält. Die *Nichtanerkennung der Grenze* zur DDR als »Staatsgrenze«, etwa ihre durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts definierte Analogie zu den Ländergrenzen der Bundesrepublik, steht ebenso wie die Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR im Widerspruch zum Völkerrecht. Spätestens seit der Aufnahme der DDR in die UNO ist jedes Land der Welt — auch die Bundesrepublik — verpflichtet, die Staatlichkeit der DDR in jeder Beziehung anzuerkennen, was auch für ihre Staatsgrenzen gilt.

3.

Die Absage an das Ritual bestimmter *Wiedervereinigungsformeln*, die in der konservativen Lesart immer nur imperialistisch, als bloßer Anschluß der DDR an die Bundesrepublik verstanden werden, anders jedoch mit dem Begriff der »Finnlandisierung« verteuftelt werden sollen, ist nicht nur ein Gebot der Friedenssicherung und einer glaubwürdigen Entspannungspolitik in Europa, sondern auch ein Gebot des Völkerrechts, dem das Grundgesetz untergeordnet ist. Es bleibt deshalb der Union überlassen, jene, die nicht in das entspannungsfeindliche Anschlußgeschrei einstimmen, des »Ausverkaufs« zu bezichtigen. Selbst im mit konservativen Zugeständnissen gespickten Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zum Grundlagenvertrag ist festgestellt worden, daß eine Wiedervereinigung im Sinne des Artikels 23 GG nicht mehr möglich sei, weil »die anderen Teile Deutschlands ... mittlerweile in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Staatlichkeit gefunden (haben)«. In diesem Sinne könnte die DDR »ihren Willen zur Vereinigung mit der Bundesrepublik (ihren 'Beitritt') nur in der Form äußern, die ihre Verfassung zuläßt«. Der »Beitritt« der DDR zur Bundesrepublik ist laut BVG »also ein staatsrechtlicher Vorgang in der Deutschen Demokratischen Republik, der einem rechtlichen Einfluß der Bundesrepublik nicht zugänglich ist« (Abschnitt V. 4 des BVG-Urteils).

Solange durch Politik und Verfassung der DDR keine Neuvereinigung mit der Bundesrepublik angestrebt wird, solange ist auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes keine Vereinigung beider deutscher Staaten möglich.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Politik in beiden deutschen Staaten besteht daher nur die Alternative, entweder zum Kalten Krieg zurückzukehren oder gleichberechtigte Beziehungen auf der Grundlage des internationalen Völkerrechts zu entwickeln.

Kurzfristige Komplikationen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik können sich immer wieder ergeben. Dies ist keine politische Katastrophe, sondern eher verständlich, wenn man bedenkt, daß die beiden deutschen Staaten durch unterschiedliche Gesellschaftssysteme geprägt und in verschiedenen Macht- und Militärblöcken eingebunden sind. Wer aktuelle politische Störungen zum Anlaß nimmt, um den langfristig angelegten und notwendigen Prozeß der weiteren zwischenstaatlichen Normalisierung zu hemmen, muß sich, ob in der Bundesrepublik oder der DDR, zu den Entspannungsgegnern zählen lassen, arbeitet ihnen zumindest in die Hände. Zu den entspannungsfeindlichen Kräften in der Bundesrepublik gehören seit eh und je CDU/CSU und Teile des Militärs. Die Unionsparteien haben insbesondere während der Adenauer-Ära mit ihrer Deutschlandpolitik die Gegensätze und Spannungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR verschärft, damit also nur negative Beiträge zur Lösung der gerade von ihnen vielfach zitierten »Schicksalsfrage des deutschen Volkes« geleistet. Es ist dem SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt zu verdanken, der im Verhältnis zur DDR Entspannungs- und Normalisierungsprozesse ausgelöst hat, daß die trennenden Momente sich seit 1969 nicht noch mehr verschärfen haben.

Seine Ostpolitik ist jetzt offensiv fortzusetzen. Deshalb müssen die nächsten konkreten Schritte auf die Überwindung der rechtlichen Diskriminierung der DDR in der bundesdeutschen Deutschlandpolitik ausgerichtet sein. Erst wenn dieser Normalisierungsprozeß vorangekommen ist, stellt sich konkret das Problem, nach einem Weg zur Neuvereinigung Deutschlands zu suchen.

Dabei gilt aber bereits heute, daß dem Drittel der Deutschen in der DDR nach 30 und mehr Jahren eigener geschichtlicher Erfahrung ein eigenes Selbstbestimmungsrecht auch unabhängig von den in der Bundesrepublik lebenden zwei Dritteln aller Deutschen zuge-

standen werden muß. Die Forderung nach einer gemeinsamen Abstimmung aller Deutschen wird diesem Ziel nicht mehr gerecht, da die Wähler der Bundesrepublik schon durch ihr zahlenmäßiges Übergewicht den Ausschlag geben würden, also im Extremfall auch der DDR-Bevölkerung einen Franz-Josef Strauß als Bundeskanzler und Karl Carstens als Bundespräsident aufzwingen könnten.

Eine Neugründung Deutschlands als einheitliches Völkerrechtssubjekt setzt eine echte Bereitschaft der DDR an einem solchen Vorgang ohne äußeren Zwang voraus. Ein mögliches Interesse der DDR stünde mit Sicherheit im diametralen Gegensatz zur Neuauflage des imperialistischen Deutschen Reiches und würde folglich nach einer qualitativ neuen sozialen und politischen Ordnung streben. Die Bereitschaft der DDR und der internationalen Öffentlichkeit zu einer Neuvereinigung Deutschlands kann nur dann erwartet werden, wenn die Bundesrepublik selbst zu einem geschichtlichen Neubeginn anstelle der Fortsetzung reichsdeutscher Traditionen bereit wäre. Dies ist derzeit mit Sicherheit noch nicht der Fall.

Wer der DDR das kapitalistische System, einschließlich der antisowjetischen Nato-Außenpolitik, aufzwingen will, schadet den nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes, legt einer Neuvereinigung unüberwindbare Steine in den Weg und fördert damit in der Mitte Europas unerträgliche Spannungen. Für das friedliche Zusammenleben der Völker in Europa würde ein ähnlich negativer Effekt eintreten, wenn eine Neuvereinigung über die Zuordnung der Bundesrepublik zum Warschauer Pakt angestrebt werden würde. Der DDR-Sozialismus könnte weder für den bundesdeutschen noch für einen eventuellen gesamtdeutschen Sozialismus modellhaft sein.

Nach den Erfahrungen der 50er und 60er Jahre, bei denen alle Versuche, die »deutsche Frage« einvernehmlich zwischen Ost und West unter Anerkennung auch kommunistischer Positionen zu lösen, am Widerstand eines antikommunistischen und vor allem antisowjetischen Rechtsblocks unter Führung der CDU/CSU gescheitert sind, besteht in der DDR offensichtlich derzeit die Tendenz, dieses Problem durch die Zuordnung beider deutscher Staaten zu den entsprechenden Blöcken als »gelöst« zu betrachten.

Vorschläge, wie sie seinerzeit aus der DDR selbst kamen (wie etwa der Konföderationsgedanke), sind weder hier noch in der DDR aktuell. Die Realität läßt daher keinen anderen Weg zu, als zumindest bis zur Auflösung der Blöcke in Europa den Weg geregelter, völkerrechtlicher Beziehungen zu suchen. Diese Tatsache markiert zwar äußerlich den Tiefpunkt des Spaltungsprozesses in rechtlicher Form, ist andererseits aber ein unverzichtbarer Bestandteil einer Politik des Abbaus von Spannungen zwischen den Blöcken mit dem Ziel, ihre vollständige Beseitigung voranzutreiben.

Berichte

Ludwig Eitel

Anmerkungen und Kurzbericht zum 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 21. — 27.9.1980 in Berlin

Die Bedeutung, die dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall beigemessen wurde, zeigte sich deutlich bei der Eröffnungsveranstaltung, zu der der Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Parteivertreter Hans-Jürgen Wischniewski (SPD), Heiner Geißler (CDU), Edmund Stoiber (CSU), Günther Verheugen (FDP), der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter und die Vorsitzenden aller DGB Einzelgewerkschaften gekommen waren. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl am 5. Oktober, nach einem Wahlkampf, in dem Gewerkschaftspolitik eine wichtige Rolle gespielt hatte — erinnert sei hier vor allem an die Debatte um die Einheitsgewerkschaft und die Aufrechterhaltung der Montanmitbestimmung bei Mannesmann —, konnte dieser Gewerkschaftstag nicht frei von Wahlkampfthemen sein. Der überschwengliche Beifall der Delegierten und Gäste für Bundeskanzler Schmidt und Hans-Jürgen Wischniewski (am Donnerstag dann für Willy Brandt) war demonstrativ auf den bevorstehenden Wahlsonntag gerichtet. Am Tagungsrande waren die Einschätzungen wesentlich kritischer. In der Alternative Schmidt/Strauß war man einhelliger Meinung, hatte sich Strauß doch selbst bei den »Sozialausschüssen« mit seinem Angriff auf die Einheitsgewerkschaft eine Abfuhr geholt. Allerdings schien niemandem Euphorie am Platz für den Fall eines Wahlsieges der Koalition: Eine endgültige Sicherung der Montanmitbestimmung, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung, und was sonst an gewerkschaftlichen Forderungen auf der Tagesordnung ist, sah wohl niemand in greifbare Nähe gerückt.

Auch über diese Fragen hinaus machte der IGM-Gewerkschaftstag deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland keineswegs am Ende ihrer »sozialen Entwicklungsmöglichkeit« angekommen ist: Selbstbewußt und sachverständig zeichneten die Metalller ein Bild unserer Gesellschaft, ihrer Veränderbarkeit und der Zielrichtung dieser wünschbaren Veränderung. Vergleiche mit den Wahlkampfaussagen aller Bundestags-Parteien machen deutlich, wo die »bewegende Kraft« in Richtung Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit liegt. Rudi Mews hat es im Vorwärts (2.10.1980) zusammengefaßt: »Wo die politischen Parteien nur noch von Wahltermin zu Wahltermin nach den Sprungprozessionsrhythmen erhabener Machbarkeit herumhüpfen, ist es erfrischend, wie eine Industriegewerkschaft gegen alle Festschreibung eines nun seit Jahrzehnten wohlverwalteten Iststandes 'sozialer Marktwirtschaft' die Standarte einer arbeitnehmerfreundlicheren Verteilungspolitik in die Höhe hält.«

Zum Motto des Gewerkschaftstages »Einheitsgewerkschaft — solidarisches Handeln — soziale Gegenmacht« braucht — wegen der eindeutigen Position der IG Metall — nur eines angemerkt zu werden: In den Begrüßungsansprachen der Parteivertreter wurde deutlich, daß die Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft noch keineswegs ausgestanden ist. Während Heiner Geißler (CDU) sich zur »Einheitsgewerkschaft« bekannte, plädierte Edmund Stoiber einmal mehr für »gewerkschaftlichen Pluralismus«. Während Wischniewski (SPD) sich »an die Seite der Metall« stellte, bestätigte Verheugen (FDP) den »alten Gegensatz« zwischen seiner Partei und den Gewerkschaften. Wer sich in den jeweiligen »Koalitionen« durchzusetzen vermag, bleibt abzuwarten — eine erste Kostprobe geben die Verhandlungen bei der Regierungsbildung zwischen SPD und FDP.

Diesen wenigen allgemeinen Anmerkungen möchte ich einen stark zusammenfassenden Überblick über die Beschlüsse des Gewerkschaftstages geben, die »Trends« hervorheben. (Ausführlicher dazu: »Metall« Nr. 20 v. 8.10.1980; »Der Gewerkschafter« 10/80; Rudi Mews im »Vorwärts« v.2.10.1980 »Die Zähne gezeigt«.)

Zu den Beschlüssen

Über 1000 Anträge lagen dem Gewerkschaftstag vor, meist — von der Antragsberatungskommission — zusammengefaßt in Entschließungsvorschlägen. Im folgenden sollen einige der wichtigsten Positionen knapp dargestellt werden:

Friedenspolitik: Die Aufrechterhaltung des Friedens hat für die Arbeitnehmer absoluten Vorrang. Zur Entspannungspolitik und einem friedlichen Neben- und Miteinander gibt es keine Alternative. — Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan wird verurteilt, deren Rückzug gefordert; die Verabschiedung von SALT II durch den amerikanischen Kongreß gefordert und der NATO-Beschluß zur Nachrüstung verurteilt, ebenso wie die Entwicklungsarbeiten in den USA an Waffensystemen zur begrenzten Atomkriegführung.

Aussperrung: An allererster Stelle des Kampfes um Gewerkschaftsrechte steht die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung, die zwar durch das Bundesarbeitsgericht jüngst partiell eingeschränkt, aber keineswegs verboten wurde. Um die Unternehmer vom Einsatz der Aussperrung aus eigener Kraft abzubringen, sollten gewerkschaftliche Mittel, auch die der Solidaritätsarbeitsniederlegung über die Grenzen der Tarifgebiete und der Einzelgewerkschaften hinaus, ausgebaut und eingesetzt werden.

Mitbestimmung: Das Mitbestimmungsgesetz 1976 wird als unzureichend angesehen, da echte Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht realisiert werden können. Gefordert wird nach wie vor eine Mitbestimmungsregelung, die mindestens der Montanmitbestimmung entspricht; die bescheidenen Rechte, die das Mitbestimmungsgesetz 1976 gebracht hat, sollen dennoch konsequent genutzt werden. Die Parteien sind aufgefordert, die Montanmitbestimmung auf dem schnellsten Wege umfassend und dauerhaft zu sichern.

Energiepolitik: Es sind verstärkte Anstrengungen zur Energieeinsparung notwendig, andere Energiequellen, wie die Nutzung der Abwärme von Kraftwerken und Industrie, müssen konsequent genutzt werden. Nach dem heutigen Wissen kann auf Kernenergie nicht ganz verzichtet werden. Bei dem Vorrang der heimischen Kohle darf nur der unumgängliche Teil durch Kernenergie abgedeckt werden, nachdem die Fragen der Betriebssicherheit und der Entsorgung gelöst sind und eine Anwendung zu Rüstungszwecken ausgeschlossen ist. Besonders im Bereich der Energieversorgung ist die Überführung der marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum notwendig.

Medienpolitik: Mit allen gebotenen Mitteln soll das bewährte System des öffentlichen Rundfunks als wesentlicher Bestandteil der Demokratie erhalten und ausgebaut werden, wobei die Regierungs- und Parteieinflüsse zurückgedrängt werden sollen; gesellschaftliche Meinungsvielfalt und journalistische Unabhängigkeit sind zu stärken; der Angriff auf den NDR wird verurteilt; Videotext und Kabelfernsehen sollen ebenfalls in öffentlich-rechtlicher Verantwortung eingerichtet werden.

Betriebsräte und Vertrauensleute: Den Betriebsräten sollen Initiativrechte und Mitbestimmungsrechte in der Personalplanung und Widerspruchsrechte bei Betriebsänderungen (hierunter viele »Mannesmann«) eingeräumt werden. — Die Überprüfung von Betriebsräten und Betriebsrats-Kandidaten durch den Verfassungsschutz wird verurteilt und die Vernichtung der bereits gesammelten Daten verlangt. — Um die Informations-, Mitwirkungs-

und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates und der Jugendvertreter voll ausschöpfen zu können, bedarf es einer Unterstützung durch die Vertrauensleute. — Wichtige Entscheidungen sollen im Betriebsrat erst nach einer Meinungsbildung im gewerkschaftlichen Vertrauensleutekorper gefällt werden.

Sozialpolitik: Es soll eine einheitliche Sozialversicherung geschaffen werden, die gleichermaßen von Arbeitern, Angestellten und Beamten finanziert wird, wobei die Versicherungspflichtbegrenzung zu beseitigen, die flexible Altersgrenze für Männer und Frauen auf das 60. Lebensjahr zu senken ist. — Männer und Frauen sind in der Rentenversicherung gleichzustellen. Es soll ein höheres Arbeitslosengeld für mindestens 2 Jahre gezahlt werden, die Arbeitslosenversicherung sollen allein die Arbeitgeber zahlen.

Arbeitsrecht: Im Bereich des Arbeitsrechts und insbesondere des Betriebsverfassungsgesetzes werden in vielen Fragen Verbesserungen für die Arbeitspersonen und die Interessenvertretung gefordert, z.B. die Unwirksamkeit einer Kündigung bei Widerspruch des Betriebsrates und die Weiterbeschäftigungspflicht bis zur Entscheidung des Arbeitsgerichtes, Abfindungsanspruch auch bei rechtmäßiger Kündigung. Gefordert werden wirksame Regelungen zur Gleichstellung der Frauen und die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten. — Mehrarbeit (Überstunden) ist drastisch zu beschränken und bei Unvermeidbarkeit durch entsprechend mehr Freizeit abzugelten. — Abgelehnt werden weiterhin Sprecherausschüsse für Angestellte und der Arbeitskräfteverleih, der gesetzlich verboten werden soll.

Bildungspolitik: Die IG Metall bekennt sich zur integrierten Gesamtschule, die das mehrgliedrige, traditionelle Schulsystem ablösen soll und Teil eines von der Vorschule bis zur Hochschule einheitlichen und durchlässigen Gesamtbildungssystems sein soll.

Ausländerpolitik: Ausländerfeindliche Aktivitäten und neofaschistische Parolen (»Ausländer-Stop«) werden auf das entschiedenste verurteilt. Gefordert werden die schulische und berufliche Ausbildung für ausländische Jugendliche zusammen mit deutschen Jugendlichen, Nationalklassen und eigene Schulen für Ausländer werden abgelehnt. Ausländische Arbeitnehmer sollen das Kommunalwahlrecht erhalten, bei Ableistung ihres Wehrdienstes im Heimatland soll ihnen — wie deutschen Wehrpflichtigen — der Arbeitsplatz gesichert bleiben. Nach fünfjährigem Aufenthalt sollen ausländische Arbeitspersonen eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung erhalten.

Frauen: Voraussetzung für die materielle Unabhängigkeit der Frau ist die gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbsleben. Um die Chancengleichheit zu ermöglichen, müssen die schulische und berufliche Ausbildung entsprechend gestaltet, neue Berufswege für Frauen erschlossen und durch ein entsprechendes Weiterbildungsangebot für An- und Ungelernte die Möglichkeiten zur Erlangung qualifizierter Berufsabschlüsse geschaffen werden. — Bei neuen Tarifverträgen soll die Gleichberechtigung im Entgeltbereich besonders berücksichtigt werden; bei Ausschreibungen und Einstellungen soll der Gleichberechtigung der Frau besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Terrorismus: Mit Sorge werden die gewaltsamen Aktionen rechter wie linker Extremistengruppen beobachtet. Ausdrücklich wird gefordert, den Schutz vor diesen Gewalttaten mit den Mitteln des freiheitlichen Rechtsstaates zu gewährleisten. Zur Bekämpfung des neuentfachten Rechtsradikalismus wird eine gründliche Aufklärung über Entstehung und Wesen des Faschismus und ein Verbot faschistischer Organisationen wie z.B. der »Grauen Wölfe« (MHP) verlangt.

Tarifpolitik: Wie erwartet, stellte die Diskussion um die bisherige und zukünftige Tarifpolitik einen Schwerpunkt des Gewerkschaftstages dar. Einig war man sich in fast allen

Punkten, was die nächsten inhaltlichen Schritte in der Tarifpolitik sein sollen: Erhöhung und Sicherung der Realeinkommen, Anpassung der Tarifbestimmungen für Arbeiter und Angestellte, Verbesserungen in der Schicht- und Nachtarbeit, Verkürzung der Arbeitszeiten, humanere Gestaltung der Arbeitsplätze, Abgruppierungsschutz bei Rationalisierungsmaßnahmen und Verbesserung des Schutzes älterer Arbeitnehmer. Besondere Bedeutung wird der Verbesserung der Entgeltrelationen für die unteren Tarifgruppen beigemessen, in die 80% der weiblichen Beschäftigten und 30% der männlichen Kollegen eingestuft sind. — Äußerst kontrovers wurde die Frage der Rollenverteilung von Vorstand, Bezirksleitungen und Tarifkommissionen bei Tarifabschlüssen diskutiert. Anlaß waren Vorgänge bei den letzten Tarifabschlüssen. Während viele Delegierte eine stärkere Anbindung der Tarifabschlüsse an die Genehmigung durch die regionale Tarifkommission als Demokratisierungsprozeß und Maßnahme zur Erhöhung der Identifikation der Belegschaften mit den Abschlüssen verstanden haben wollten, wurde von anderen Delegierten und von Vorstandsmitgliedern eine solche Veränderung als Schwächung der Kampfkraft der Organisation und als Beschneidung der Befugnisse des Vorstands gewertet. Daß die Frage noch lange nicht ausdiskutiert ist, zeigt das Abstimmungsverhältnis zu einem entsprechenden Antrag: mehr als 44% der Delegierten stimmten für eine Einschränkung der Handlungsfreiheit des Vorstandes bei Tarifabschlüssen.

Teilzeitarbeit: Umstritten unter den Delegierten war die Rolle der Teilzeitarbeit. Der IGM-Frauenausschuß setzte sich mehrheitlich mit seinem Antrag gegen die Ausweitung der Teilzeitarbeitsplätze durch. In Diskussionsbeiträgen wurde dabei die gewerkschaftliche Stoßrichtung klar: Die richtige Forderung laute, spürbare Verkürzung der Arbeitszeit für alle Arbeitnehmer bei vollem Lohnausgleich, da Teilzeitarbeit bislang von den Unternehmen gegen die Interessen der Beschäftigten gewendet wurde und eine Erweiterung der Teilzeitarbeit ein Unterlaufen der gewerkschaftlichen Forderungen bedeute.

Kurz zu den Vorstandswahlen: An der Wiederwahl Eugen Loderers zum ersten Vorsitzenden war nicht gezweifelt worden. Überraschend war lediglich das gute Ergebnis für Loderer: er bekam fast 90% der Delegiertenstimmen. Überraschungen gab es auch bei der Wahl zum geschäftsführenden Vorstand: Ferdinand Koob (Handwerk, Ausländische Arbeitnehmer) bei der letzten Wahl noch »Spitzenreiter«, rutschte mit 357 Ja-Stimmen (63,9%) auf den letzten Platz, ein Ergebnis für den »Sozialausschüssler«, das sicherlich in erster Linie aus dem vergangenen Wahlkampf und dem bevorstehenden Wahlsonntag resultierte. Mit je 475 Ja-Stimmen (85%) erhielten Georg Benz (Betriebsräte, Mitbestimmung '76, Jugendarbeit) und Hans Preiss (Bildung) die besten Ergebnisse bei der Wahl zum geschäftsführenden Vorstand, und damit eine deutliche und erfreuliche Rückendeckung für ihr offensives Vorgehen gegen die Denunziation der »kommunistischen Unterwanderung« und für ihre Standhaftigkeit in Sachen Jugendbildungsarbeit.

Anmerkungen zum HBV-Gewerkschaftstag

»Ich erwarte Einheit und Geschlossenheit.« So kündigte der scheidende Vorsitzende der Gewerkschaft HBV den 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag vor der Presse an. Auf diesem Kongreß sollte demonstriert werden, daß das, was sich in den öffentlichen Medien widerspiegelte, nicht Meinung der 290 Delegierten ist. Bereits Monate vor dem Gewerkschaftstag setzte eine Kampagne der Medien im Verbund mit Unternehmern und der DAG gegen die HBV ein. »HBV kommunistisch unterwandert«, »Die Unterwanderung im Spiegel der Anträge« sind Beispiele für Artikel-Überschriften, die auf Verunsicherung in der Mitgliedschaft und Schwächung der Gewerkschaftsbewegung abzielten. Einige Ereignisse im Vorfeld des Gewerkschaftstages schufen Nährboden für weitere Gerüchte: Ein gegen den HBV gerichtetes vertrauliches Schreiben des DGB-Vorsitzenden Vetter an die DGB-Bundesvorstandsmitglieder, der Streit mit der Gewerkschaft NGG, die sich selbst — ohne die vorgeschriebene Abstimmung im DGB-Bundesausschuß — für Organisationsbereiche der HBV zuständig erklärt hatte sowie angebliche Versuche des DGB, die DAG — härteste Konkurrenz der HBV — wieder unter sein Dach zu holen.

Mit Spannung wurde das Referat des DGB-Vorsitzenden Vetter von den Delegierten erwartet, insbesondere seine Aussagen zu den Themen Einheitsgewerkschaft, Verhältnis DGB-HBV im Zusammenhang mit den Vorwürfen der angeblichen kommunistischen Unterwanderung, und zum DGB-Grundsatzprogramm. Für aufmerksame Zuhörer enthielt das Referat viele Formulierungen, die nach verschiedenen Seiten zu interpretieren und z.T. sogar widersprüchlich sind. Einige Äußerungen ließen den Eindruck zu, daß die HBV dem DGB begründeten Anlaß zur Besorgnis geboten habe: »Vor allem und mit der täglichen harten Gewerkschaftsarbeit muß die HBV ihre Zukunft suchen und ihren Platz finden. Das ist das Rückgrat jeder Gewerkschaft — nicht der Prinzipienstreit ... Vergeuden wir also nicht durch aufgesetzte ideologische Zerreißproben einen Großteil unserer Kraft!« Vetter wies zugleich den Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung zurück und beteuerte, man werde sich im DGB nicht auseinanderdividieren lassen in Gut und Böse und keine Gewerkschaft aus der Solidarität des Bundes hinausmanövrieren lassen. Die Existenz einer DAG neben dem DGB wertete Vetter als einen historischen Irrtum, der korrigiert werden müsse.

Von den sechs Mitgliedern des neuen Vorstandes gehörte nur Günther Volkmar — jetzt 1. Vorsitzender — dem früheren Vorstand an. Fast alle Kandidaten — einschließlich Christian Götz als Vertreter des fortschrittlichen Flügels sowie Hanshorst Viehoff als bekanntes CDU-Mitglied — erhielten gute Stimmergebnisse. Schwerpunktthemen der über 554 Anträge waren:

- die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft
- Rationalisierungsprobleme
- Fragen der Tarifpolitik/Wirtschaftspolitik
- DGB-Grundsatzprogrammwurf
- Ausweitung der Mitbestimmung.

Allein 137 Anträge lagen zum Entwurf für das neue DGB-Grundsatzprogramm vor. Hier entschied sich die Mehrheit der Delegierten für eine Verfahrensweise, den Gewerkschaftsausschuß zu beauftragen, nach bestimmten Grundsätzen die endgültigen Anträge zu formulieren und nicht über die einzelnen Anträge zu diskutieren und abzustimmen. Dies wurde damit begründet, die Diskussionsmöglichkeit bis Anfang 1981 voll ausschöpfen zu können.

In den verabschiedeten Grundsätzen wird davon ausgegangen, daß der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit fortbesteht. Die Verpflichtung gewerkschaftlicher Politik auf ein »allgemeines Gesamtwohl« — wie im Grundsatzprogrammentwurf formuliert — müsse noch im Sinne gewerkschaftlicher Vorstellungen präzisiert werden. Die gesellschaftliche Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften sei notwendig, um die Ursachen der wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Arbeitnehmer zu beseitigen.

Viel diskutiert — jedoch nur hinter den Kulissen — war ein Antrag aus Oldenburg, der die Unvereinbarkeit von DKP- mit HBV-Mitgliedschaft forderte. Man umging die öffentliche Diskussion über diesen Antrag mit einem Initiativantrag »Einheitsgewerkschaft und Parteien«, der den Oldenburger Antrag »erledigte«. Ebenfalls vom Tisch waren damit alle Anträge zum Thema Einheitsgewerkschaft und zwei Anträge zur Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Man hatte zwar mit dem Initiativantrag die unliebsame Diskussion um die Ausweitung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf DKP-Mitglieder umgangen, zugleich löste jedoch dieser Antrag Unbehagen bei vielen kritischen Delegierten aus, weil die Parteidiskussion sowie die Umsetzung der Diskussionsergebnisse in die Organisation uneingeschränkt in die Hände des Gewerkschaftsausschusses gelegt wurden. Der Beschluß enthält unklare, nach verschiedenen Seiten interpretierbare Formulierungen, z.B.: »Wer die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und die demokratische Verfassung unserer Gesellschaft ablehnt oder bekämpft, hat in der Einheitsgewerkschaft keinen Platz.« Wer unter diese Formulierung fällt, wird jedoch nicht präzisiert. Eine eindeutige Ablehnung des Oldenburger Antrages auf Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse hätte in dieser Kontroverse mehr Klarheit geschaffen. Wegen des starken Drucks der gewerkschaftsfeindlichen Medien wurde die Diskussion bewußt vermieden und nach außen Geschlossenheit demonstriert. Die angekündigte Zerreißprobe blieb aus.

Als Zielsetzungen der *Tarifpolitik* der 80er Jahre wurden folgende Schwerpunkte beschlossen: 1. Verbesserung der materiellen Situation der abhängig Beschäftigten, insbesondere die Beseitigung der Einkommens-Benachteiligung für Beschäftigte des Handels gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen aufzuheben; 2. Verkürzung der Arbeitszeit in allen Formen, um die Arbeitsplätze zu sichern und die Arbeit zu humanisieren; 3. tarifliche Absicherung und Verbesserung der Arbeitszeitalage; 4. negative Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen auf Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Qualifikation durch tarifvertragliche Bestimmungen über Personalplanung durch erweiterte Mitbestimmungsrechte zu verhindern; Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung bei Rationalisierungsbetroffenen Arbeitnehmern durchzusetzen; Bestimmungen über Mindestarbeitsinhalte und Höchstleistungsnormen sowie Vereinbarungen über Kündigungs- und Abgruppierungsschutz festzulegen. — Neben der Bereitschaft, die gewerkschaftlichen Forderungen — wenn erforderlich — durch Streik und Warnstreik zu unterstützen, sollen zusätzliche Aktionsmöglichkeiten unterhalb der Streikschwelle weiter entwickelt und stärker genutzt werden. Bereits im Vorfeld der Tarifbewegungen soll mit der Verbreitung wirtschaftlicher Fakten und Zusammenhänge begonnen werden, um von Anfang an allen Versuchen, die tarifpolitische Meinungsbildung der Arbeitnehmer von außen zu beeinflussen, den gewerkschaftlichen Standpunkt entgegenzusetzen.

In den Beschlüssen zu Fragen der *Rationalisierung* wird darüber hinaus eine Erweiterung der gesetzlichen Regelungen — umfassende Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte sowie der Wirtschaftsausschüsse; Änderung der Arbeitszeitordnung usw. — sowie Abschaffung von Steuerbegünstigungen und Subventionen für arbeitsplatzvernichtende Investitionen gefordert.

Die HBV-Delegierten forderten eine beschäftigungsorientierte *Wirtschaftspolitik* und lehnten Lohnleitlinien sowie die Konzertierte Aktion ab. Sie stellten fest, daß die herkömmlichen Mittel der Wirtschaftspolitik zur Verwirklichung der Vollbeschäftigung weder ausreichend noch geeignet sind. Es wird gefordert, daß es ein öffentlich zugängliches Informationsnetz geben muß, daß z.B. Investitionsmeldestellen, erweiterte Publizitätspflicht der Großunternehmen, Regional- und Branchenentwicklungspläne beinhaltet und die Wirkungen wirtschaftspolitischer Instrumente veröffentlicht werden sollen. Als weitere Forderungen wurden benannt: Gezielte Investitionslenkung und Ausbau der demokratischen Kontrolle, Neugestaltung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums seitens der Bundesregierung. — Heftige Diskussionen löste das Antragspaket zu Fragen der *Energieversorgung/Kernenergie* aus. In den Anträgen und in der Diskussion wurden die unterschiedlichen Einschätzungen der Delegierten deutlich. Die Antragskommission änderte ihre Empfehlung daraufhin, alle Anträge und Diskussionsbeiträge zu diesem Thema als Material an den Gewerkschaftsausschuß zu überweisen. Grundlage für die Beratung in diesem Gremium soll ein Antrag sein, der davon ausgeht, daß auf die Nutzung von Kernenergie verzichtet werden soll, wenn die Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden kann und die Entsorgungsfrage nicht gesichert ist.

Abschließende Einschätzung

»Wir werden eine gesellschaftliche Gegenmacht aufbauen und auch in den politischen Raum hineinwirken«, sagte der neugewählte Vorsitzende Volkmar zum Abschluß des Kongresses. Die bisher fortschrittliche Politik der Gewerkschaft HBV hat sicherlich dazu beigetragen, daß sich die Mitgliederzahl in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat. Mit dieser Entwicklung steht die HBV an der Spitze aller DGB-Gewerkschaften. Gewerkschaften, die Sozialpartnerschaft — sei es auch nur punktuell — ablehnen, waren immer schon eine besondere Herausforderung für die Unternehmer, zu deren Instrumentarium nicht erst seit gestern das Mittel der Diffamierung als Methode gehört, um die Gewerkschaften zu schwächen. Auf diesem Gewerkschaftstag sahen die konservativen Kräfte — angeführt von Löwenthal — ihre Stunde gekommen und mußten enttäuscht feststellen: »Das Spektakulärste an diesem Gewerkschaftstag war jedenfalls, daß das Spektakel ausblieb.« — Die Delegierten vermieden in einigen Fragen die Diskussion unterschiedlicher Standpunkte, um nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren, zeigten jedoch zu anderen Themen wiederum auf, wo Organisationsdisziplin ihre Grenzen hat. Brisante Probleme — wie die Überprüfung des Verhältnisses HBV zu den Parteien — sind nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben. Insgesamt wurde der Gewerkschaftstag durch das von außen aufgezogene Thema »angebliche kommunistische Unterwanderung« auch zeitlich so belastet, daß zuwenig Zeit blieb für die Diskussion drängender gewerkschaftlicher Probleme. Die HBV steht angesichts der massiven Rationalisierungsmaßnahmen in den Banken, Versicherungskonzernen und im Handel vor schwierigen Anforderungen. Es gilt, in den tariflichen Leistungen den Nachholbedarf gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen aufzuholen. Riesige Bereiche sind noch zu organisieren. Die Anträge dieses Gewerkschaftstages haben gezeigt, daß die Aufgaben, vor denen die HBV steht, erkannt und durch eine Politik der sozialen Gegenmacht angegangen werden sollen. Die Erfolge werden zum großen Teil davon abhängen, inwieweit es gelingt, eine Einheit zu schaffen zwischen Tarifpolitik und der gewerkschaftlichen Betriebspolitik. Die Voraussetzungen dafür sind auf diesem Kongreß geschaffen worden, die Umsetzung der Beschlüsse bedeutet mühevollere Tagesarbeit vor Ort.

DEMOKRATISCHES GESUNDHEITSWESEN

Zeitschrift für Gesundheits- und Sozialberufe

Die Zeitschrift ist nicht parteigebunden, aber parteilich: Der arbeitende Mensch steht im Mittelpunkt. Gesellschaftspolitische Probleme werden aus medizinischer Sicht betrachtet; medizinische Probleme auf ihre politischen Hintergründe hin analysiert. Soll Krankheitsvorsorge nicht nur dazu dienen, Erkrankungen früh zu erkennen, sondern Gesundheit zu bewahren, müssen alle Gesundheitsberufe offensiv in die medizinpolitische Diskussion eintreten.

Herausgeber

Heinz-Harald Abholz (Berlin),
Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt),
Heiner Keupp (München),
Hans Mausbach (Frankfurt),
Michael Regus (Siegen),
Hans See (Frankfurt),
Jürgen-P Stössel (München),
Erich Wulff (Hannover).

* Heft 3/80

Schwerpunkt: **AMBULANTE VERSORGUNG**

* Heft 4/80

Schwerpunkt: **PATIENTENVERSORGUNG /
ARBEITSBEDINGUNGEN IM KRANKENHAUS**

* Heft 1/81

Schwerpunkt: **SUCHT: MEDIKAMENTENMISSBRAUCH /
ALKOHOLISMUS**

* Heft 2/81

Schwerpunkt: **ZUM "JAHR DES BEHINDERTEN"**



**IN JEDEM HEFT: Leserforum, Nachrichten /
Aktuelles, Buchbesprechungen, Kongreßberichte,
8-Seiten-Dokumentation, Termine . . .**

. . . . und was unsere Leser so alles zusenden !

Die Zeitschrift „DEMOKRATISCHES
GESUNDHEITSWESEN“ erscheint
vierteljährlich im Februar, Mai, Au-
gust, November

Der Abonnementspreis beträgt 3,50
DM zuzüglich 0,50 DM Versandge-
bühr. Das Einzelheft kostet 4,00 DM.

Redaktionsanschrift: „Demokrati-
sches Gesundheitswesen“, Post-
fach 101 041, 4100 Duisburg 1. Kon-
to: BfG-Münster Nr.: 10102947, BLZ
40010111.

Die Redaktion bittet die Leser um
Mitarbeit

Zu bestellen über:

Pahl-Rugenstein Verlag, Gottes-
weg 54, 5000 Köln 51, Tel. (0221)
364051

Buchbesprechungen

Josef Hindels und Peter Pelinka (Hrsg.): Roter Anstoß — Der »Österreichische Weg« (Sozialistische Beiträge), Verlag Jugend und Volk, Wien/München 1980, 363 S.

Deutsche Sozialdemokraten verbinden mit der österreichischen Sozialdemokratie in aller Regel kaum mehr als den Namen ihres Vorsitzenden und Bundeskanzlers, Bruno Kreisky. Hie und da — vor allem bei marxistisch orientierten Genossen — gewinnt die Auseinandersetzung um die Positionen des »Austromarxismus« an Bedeutung, jener besonders durch die Reden und Schriften Max Adlers und Otto Bauers sowie das von ihm inspirierte Linzer Parteiprogramm von 1926 geprägten Epoche der österreichischen Sozialdemokratie. Doch was wissen wir über die heutige Diskussion in der Sozialistischen Partei Österreichs und über die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Nachbarland?

»Roter Anstoß«, so nennt sich ein Sammelband, der sich mit der Politik und Programmatik des »Österreichischen Weges« (Wahlkampfmotto der SPÖ) aus dem Blickwinkel des linken Parteispektrums auseinandersetzt. Wie kommt es zu diesem Titel und mit welchem Autorenkreis haben wir es zu tun?

»Dieses Buch ist kein 'Juso'-Buch. Die Autoren setzen sich vielmehr aus verschiedenen Generationen linker Sozialisten zusammen, die sich größtenteils kontinuierlich an der programmatischen Debatte der SPÖ beteiligt haben, an der Programmdiskussion 1958, an den Roten Markierungen 1972, am Manifest für eine sozialistische Politik der SPÖ 1974 und zuletzt an der Parteiprogrammdebatte 1978.« Übereinstimmend stellen die Autoren fest, daß die »Methode der marxistischen Gesellschaftsanalyse auch für die heutige Gesellschaft Gültigkeit hat«.

Das Autorenverzeichnis hebt den »Roten Anstoß« von ähnlichen Publikationsversuchen deutscher Sozialdemokraten ab: Hier schreibt das gesamte Spektrum der SPÖ-Linken, einer Linken, die mit der SPD-Linken gemeinsam hat, daß sie zahlenmäßig schwach ist und zudem auch in verschiedene Gruppen zerfällt (dabei jedoch nicht so verbissen wie hierzulande), deren Stärke es aber offensichtlich zu sein scheint, sich über unterschiedliche Auffassungen hinweg mit dem vorliegenden Band nach außen hin als politische Alternative zu einem in Ehren und Ämtern erstarrten Partei- und Regierungsapparat zu präsentieren. Unter den insgesamt 33 Mitverfassern des Bandes, die die unterschiedlichsten Funktionen innerhalb der SPÖ bekleiden, finden wir:

Paul Blau, ehemaliger Chefredakteur der »Arbeiterzeitung« und engagierter Streiter wider die Atomkraft; Ernest Bornemann, weit über die Grenzen Österreichs bekannter Sexualwissenschaftler; Josef Hindels, Freiheitskämpfer, Autor zahlreicher Werke zu historischen und aktuellen Fragen des Sozialismus, Mitherausgeber der *spw*; Albrecht K. Konecny, ehemaliger Bundesvorsitzender der Jungen Generation Österreichs (das Gegenstück zu den bundesrepublikanischen Jusos), derzeit Herausgeber der »Arbeiter-Zeitung«; Josef Čap, Vizepräsident der Jugendinternationale und Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreichs; Peter Pelinka, Redakteur der »Arbeiter-Zeitung« und einer der beiden Herausgeber des »Roten Anstoßes«. Ihre Position gegenüber der Parteiführung und der Regierungspolitik der SPÖ resümieren die Autoren in ihrer gemeinsam getragenen Einleitung: »Wir glauben, daß die zehn Jahre SPÖ-Regierung für die Arbeitnehmer in vielen Fragen Fortschritte gebracht haben — sie haben aber strukturell nichts am kapitalistischen Charakter der österreichischen Gesellschaft geändert.« Diese Aussage kann als Leitsatz für die umfassende Bestandsaufnahme der Politik der österreichischen Sozialdemokratie, die im »Roten Anstoß« geleistet wird, gewertet werden.

In vier Teilen behandelt der Band dann die wichtigsten Fragen des »Österreichischen Weges«: I. Die Partei; II. Die Wirtschaftspolitik; III. Der Überbau sowie IV. Die Gesellschaft. Die inhaltliche Gliederung ist nicht willkürlich, sie entspricht dem politischen Selbstverständnis ihrer Autoren. In Teil I geht es um die Partei als dem Dreh- und Angelpunkt sozialistischer Veränderungsstrategien. Mehr noch als in der Bundesrepublik stellt die SPÖ sich bis heute als dominante politische Kraft der Arbeiterbewegung dar: Mit 700.000 Mitgliedern hat die Partei im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung den höchsten Organisationsgrad aller Parteien der Sozialistischen Internationale.

Der Teil II befaßt sich dann mit der Wirtschaftspolitik als zentralem Ansatzpunkt antikapitalistischer Reformen, wobei in Österreich durch den hohen Anteil verstaatlichter Betriebe und Banken Marxisten die Demokratisierung der Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen und die herrschende Ideologie der Sozialpartnerschaft als Haupthindernis für die Verwirklichung sozialistischer Zielvorstellungen sehen.

Der mit dem Titel »Der Überbau« überschriebene Teil III stellt die immer gewichtigere Rolle des ideologischen Kampfes bei der Durchsetzung sozialistischer Politik in Rechnung, während im letzten Teil neben der Behandlung gesellschaftspolitischer Kampffelder schließlich strategische Momente einer Politik des »Dritten Weges« aufgezeigt werden. Josef Cap unterscheidet dabei den »Dritten Weg« im Sinne herrschender sozialdemokratischer Auffassung als »Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus« (Kreisky) von einer eigenständigen, linkssozialistischen Position, die sich an die Vorstellungen der Kommunistischen Partei Italiens über einen »Dritten Weg« anlehnen und dabei Otto Bauers Theorie des »Integralen Sozialismus« in Erinnerung rufen. Otto Bauer war nach dem Sieg der Faschisten 1934 zur Überzeugung gekommen, daß die polare Gegensätzlichkeit der Arbeiterbewegung in eine reformistische Arbeiterbewegung und einen revolutionären Sozialismus überwunden werden müsse.

Die SPÖ nennt sich zwar »Sozialistische Partei«, doch viele ihrer Funktionäre verstehen sich »bestenfalls als Sozialdemokraten«, was schon zeigt, daß sie sich wenig oder kaum mit Theorie beschäftigt haben, sich eher als Pragmatiker und Technokraten verstehen und auch so gesehen werden wollen. Sich selbst als in proletarischer Tradition stehend zu bezeichnen, gilt als unfein und fein sein wollen auch sozialistische Funktionäre in Österreich (Ausnahmen bestätigen hier nur die Regel). Otto Bauer ist vielen als Name bekannt, wenige haben ihn gelesen, geschweige denn sich mit seinen Ideen auseinandergesetzt. Die Tradition und theoretische Aussage des Austromarxismus wird seit einigen Jahren von Teilen der SPÖ wieder aufgegriffen und in die parteiinterne Diskussion eingebracht.

Einer der profundesten Kenner und Vertreter des Austromarxismus, der *spw*-Mitherausgeber Josef Hindels, beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den Gründen für den eindeutigen »Rechtsruck« der SPÖ nach 1945 und versucht, Wege für die Veränderbarkeit der Partei aufzuzeigen. Ausgespart wird dabei keinesfalls Kritik an der in ganz Europa vielbewunderten Sozialpartnerschaft, die nach seiner Meinung eines der deutlichsten Beispiele für den Bruch mit der marxistischen Erkenntnis von der Bedeutung des Klassenkampfes ist: »Die Eigentümer der Produktionsmittel, die Herren des in- und ausländischen Kapitals, sind nicht mehr Klassengegner, sondern Partner, mit denen die Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten im selben Boot sitzen. Das ist ein Schritt weit zurück hinter die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus.« Derzeit ist wohl schlecht gegen dieses Phänomen — Erbe der Koalitionszeit — anzugehen, ist es doch die »heilige Kuh« der österreichischen Innenpolitik, deren Schlachtung unweigerlich den Niedergang des österreichischen Kapitals zur Folge hätte. J. Hindels empfiehlt der Parteilinken, trotzdem nicht auf den »Tag X« zu warten, sondern »revolutionäre Kleinarbeit« zu leisten.

Auf die Rolle der Gewerkschaft innerhalb der Sozialpartnerschaft und auf die Frage der Mitbestimmung geht Peter Ulrich Lehner im Teil II des »Roten Anstoßes« näher ein, in dem darüber hinaus die Rolle der verstaatlichten Industrie, der Multinationalen Konzerne in Österreich, Fragen der Einkommensverteilung, Probleme technologischer Entwicklung, ja sogar die Landwirtschaft im Kontext sozialistischer Politik analysiert werden (wo findet man darüber mal etwas in linken Analysen in der Bundesrepublik?). Lediglich eine Analyse des Fremdenverkehrs — ein gewichtiger ökonomischer Faktor gerade auch durch seine Verstärkung der Außenabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft — fehlt; vielleicht deshalb, weil die Autoren zumeist aus der Bundeshauptstadt Wien kommen.

Lehner stellt fest: »Trotz einer SPÖ-Parlamentsmehrheit blieb das beschlossene Arbeitsverfassungsgesetz beträchtlich hinter Mitbestimmungsvorstellungen zurück, wie sie z.B. von den Freien Demokraten Deutschlands (...) vertreten werden.« Treffend versteht er es auch, »die Scheu der Sozialisten vor dem Sozialismus« zu charakterisieren: »Viele Manager und Arbeiter-

funktionäre, die der SPÖ angehören, glauben, mit der Bekleidung bestimmter Posten durch sie sei der Sozialismus bereits verwirklicht.« Lehner versucht, Wege zur Demokratisierung der Arbeitswelt aufzuzeigen, die durch die Einbeziehung nicht nur von Spitzenfunktionären in den betrieblichen Entscheidungsprozeß zu einer Entwicklung von verschüttetem Klassenbewußtsein führen soll.

Vor dem Hintergrund der neu aufgelebten Diskussion um die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf und die Auseinandersetzung mit den »grünen Roten« oder »roten Grünen« in der Bundesrepublik, gewinnen auch die Beiträge von Michael Häupl und Paul Blau an Aktualität. In ihrem Beitrag kommen sie u. a. zu dem Schluß, daß eine einschneidende Kurskorrektur in Richtung auf eine umweltverträgliche Langzeitwirtschaft nicht Zukunfts-, sondern Gegenwartsaufgabe und Umweltpolitik auch Klassenpolitik sei. In Bezug auf Österreich werden ganz konkrete Forderungen und Handlungsanleitungen entwickelt, die sicher auch für die Bundesrepublik Gültigkeit haben könnten.

In seinem Artikel »Sozialistische Energiepolitik: Mit sanfter Kraft voraus« geht Paul Blau näher auf die Frage der Atomenergie ein, die er nicht nur als eine technische, sondern auch als eine politische betrachtet und zeigt uns den Weg zu einer Weichenstellung für eine alternative Energiepolitik. Für ihn »führen lebensfeindliche Großtechnologien notwendigerweise zu autoritären, streng hierarchischen Organisations- und Verhaltensweisen, die wegen ihres Gefahrenpotentials geradezu Polizeistaatmethoden erzwingen, während der 'sanfte Weg' nicht nur zu lebensfreundlicheren Formen der Gewinnung und Verteilung von Energie, sondern auch des menschlichen Lebens an sich führen könnte«.

Es ist im Rahmen dieser Besprechung nicht möglich, auf jeden Teil und jeden Beitrag des Buches einzugehen. Die ganze Breite der Themen bezieht fast alle wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen ein: Von der Jugend- und Bildungspolitik über die Medienpolitik zur Kulturpolitik, von der Rechtspolitik über kommunale Fragen bis hin zur Wehrpolitik. Zu loben wäre viel, zu tadeln gibt es dieses:

Kein einziger Beitrag beschäftigt sich gründlich und ausführlich mit der Rolle der Frau in der Gesellschaft, es sei denn als »sexuelles Wesen« und so tritt sie auch nur im Beitrag von Ernest Bornemann in Erscheinung. Es ist sicher nicht seine Aufgabe als Sexualwissenschaftler, auf dieses Problem einzugehen, doch hat er als einziger sich der Frauenproblematik angenommen und die dringendsten Fragen angerissen, der Partei und damit den Männern, die in ihr noch immer das meiste, wenn nicht gar alles zu sagen haben, den Spiegel ihres Anspruches vorgehalten. Fast möchte man meinen, einen »Alibi-Beitrag« vor sich zu haben. Die Krux der Arbeiterbewegung und natürlich auch der SPÖ ist es, sich verbal für die Gleichberechtigung der Frau stark zu machen, die Praxis der Durchkämpfung aber den Frauen zu überlassen. Richtig bemerkt Ernest Bornemann: »... Aber die wenigen Männer, die sich ihr Leben lang für die Frauenemanzipation eingesetzt haben, werden nicht mal zu Frauenkonferenzen eingeladen.« Es wäre vielleicht sinnvoll gewesen, sich in einem eigenen Beitrag u. a. mit der Frage auseinanderzusetzen, wieso dies so sein muß, wieso Frauen erstmal ihre Probleme »unter sich« diskutieren wollen, wieso die Frauenbewegung in Österreich weit hinter anderen europäischen Ländern hinterherhinkt und warum auch Frauen Bewußtsein entwickeln müssen. Insbesondere die »Linke«, die sich als fortschrittlichster Teil der Partei versteht, sollte es sich als einen Schwerpunkt ihrer Aufgaben setzen, auch auf dem Gebiet der Emanzipation der Frau eine Vorreiterfunktion wahrzunehmen.

Der »Rote Anstoß« stellt eine breit angelegte Positionsbestimmung der SPÖ-Linken dar, die jedoch nicht jene strenge theoretische Geschlossenheit für sich in Anspruch nimmt, wie etwa die »Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD«. In mehrerer Hinsicht kann der vorliegende Band jedoch beispielhaft für eine auf breite Umsetzung angelegte, und doch grundsätzliche Arbeit angesehen werden:

- Der »Rote Anstoß« ist eine gewissenhafte Bestandsaufnahme gegenwärtiger SPÖ-Politik.
- Allgemeine sozialistische Positionsbestimmungen und der »Sonderfall Österreich« werden sinnvoll zusammengeführt.
- Der Band stellt eine handlungsorientierte Positionsbestimmung dar, die — nicht zuletzt auch

durch eine verständliche Sprache — über einen Kreis von »Vordenkern« hinaus, aufgenommen werden kann.

Natürlich hängt die Veränderung einer Partei nicht von einem (auch noch so gut geschriebenen) Buch ab, doch zeigt die politische Bandbreite der Autoren des »Roten Anstoßes«, daß sich die Linke in der SPÖ nicht im sektiererischen Eckchen mit sich selbst beschäftigen will. Dies zeigt sich bereits im Vorwort, das vom Klub-Obmann (Fraktionsvorsitzenden) der SPÖ-Parlamentsfraktion geschrieben wurde, einem Genossen, der nicht selten als möglicher Nachfolger des »Alten« genannt wird.

Ilse Bettsein und Joachim Günther (Berlin/West)

Uwe Wesel, Der Mythos vom Matriarchat. Über Bachofens Mutterrecht und die Stellung von Frauen in frühen Gesellschaften, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt/M. 1980, 10,— DM.

Matriarchat — Frauenherrschaft: Traumzeit der Frauen, in der alles anderes war als jetzt: wo Frauen, nicht Männer herrschten, Kinder nicht die Last der Frauen waren, sondern ihre Stärke, die Männer schwach und weichlich, die Frauen aggressiv und mächtig galten?

Weiberherrschaft — Schreckensvision einer patriarchalen Männergesellschaft, die in ihr ihren eigenen Zerrspiegel findet oder das heimlich ersehnte Reich der Mütter, wo Männer wieder Kinder sein dürfen? Seitdem 1861 der Baseler Jurist J.J. Bachofen mit seinem Werk »Das Mutterrecht« eine ursprüngliche Frauenherrschaft (Gynaikokratie) aus den antiken Mythen herausinterpretierte, ist das Matriarchat selbst zum Mythos geworden: für Frauen, die das Matriarchat als Kampfzweck gegen ihre Diskriminierung nutzten, für Ethnologen, die aus der Definition des Matriarchats durch Bachofen als Allmuttertum die Frauen in die Rolle des ewigen zweiten Geschlechts verwiesen, weil diese, gebunden an die Mutterrolle, nur bedingt an den schöpferischen kulturellen Leistungen der Menschheit teilnehmen konnten. Die Geschichte des Matriarchatsbegriffs als ein Stück ethnologischer, soziologischer und historischer Wissenschaftsgeschichte in Ansätzen nachzuzeichnen und den Schleier um den »Mythos« vom Matriarchat zu lüften, hat der Rechtshistoriker Uwe Wesel in seinem gleichnamigen Buch mit großer Sachkenntnis versucht, ohne dabei der Gefahr zu erliegen, einen neuen Mythos zu kreieren.

Ist das Matriarchat eine Herrschaft der Frauen? Wesels Antwort ist ein klares Nein. Den Matriarchatsbegriff Bachofens begründet er aus dessen Sozialisation, aus den gesellschaftlichen Bedingungen dieser Zeit. Als Teil eines evolutionären Weltbildes lieferte die Theorie vom universellen Matriarchat »das ideologische Pulver und Blei für die Unterwerfung der dritten Welt« (S.73). Denn Belege für das Matriarchat fanden sich fast überall: in Afrika, in Asien, auf den amerikanischen Kontinenten. Eingriffe in die sozialen Strukturen der unterworfenen Länder konnten als Weiterentwicklung gerechtfertigt werden. Entkolonisationsbewegungen und eine intensive Feldforschungstätigkeit haben den Begriff und seine Funktion verändert. An die Stelle des Matriarchats sind andere Bezeichnungen getreten, die Wesel ausführlich erläutert: Matrilinearität, Matrilinearität, Matrilinearität. Es sind Begriffe aus der Ethnologie, die nicht mehr von Frauenherrschaft ausgehen. Matrilinearität ist die Rechnung der Abkunft eines Kindes ausschließlich in weiblicher Linie, ist somit ein Begriff der Verwandtschaftsordnung. Matrilinearität heißt, daß der Mann nach der Heirat in die Familie der Frau zieht. Wo Matrilinearität und Matrilinearität zusammentreffen, spricht man von Matrilinearität. Das bedeutet, daß die Frau im Zentrum der gesellschaftlichen Ordnung steht, was nicht heißen muß, daß sie herrscht. Dies belegt Wesel an zwei Beispielen, den Irokesen und den Hopi-Indianern. — Die Grundlage der matrilinearen Ordnung der Irokesen und Hopi bilden Arbeitskollektive der Frauen, im Feldbau und für die Verarbeitung von Mais. Die Frauen wohnen zusammen, die Ehemänner ziehen zu ihnen oder besuchen sie nur.

Während lange Zeit der Grund für eine matrilineare Ordnung in der Tatsache gesucht wurde, daß Frauen die Hauptlast der Feldarbeit tragen, wobei nie geklärt werden konnte, wie es dann

zu patrilinearen Formen trotz intensiver Frauenarbeit in manchen Gesellschaften kommen konnte, ist mit der Begründung von Matrilinearität aus der Zusammenarbeit von Frauen ein Durchbruch in der Matriarchatsforschung erfolgt. Ihre Entdeckung geht auf Untersuchungen amerikanischer Anthropologinnen zurück, die seit fast zwei Jahrzehnten die Matriarchatsforschung mit großer Intensität betreiben, und den funktionalen Zusammenhang von Matrilinealität und Arbeitskollektiven beschrieben. Wesels Arbeit ist eine Bilanz ihrer Forschungen.

Die Arbeitsorganisation schließt die Verteilung der Produkte durch die Frauen ein. Sie sind es, die die materiellen Ressourcen ihrer Gesellschaft verwalten. Ältere Frauen mit großer Erfahrung koordinieren die Zusammenarbeit und die Verteilung, sie sichern die Existenz. Darin liegt ihre »Macht«, die nie eine Befehlsgewalt über Männer einschloß. Wesel beschreibt beide Gesellschaften, die der Hopi und der Irokesen als Ausnahmen. Nur hier hätten die Frauen ein außerordentliches Gewicht im gesellschaftlichen Leben genossen. In den meisten Jäger- und Ackerbaugesellschaften und in der europäischen Antike sieht und sah dies seiner Ansicht nach anders aus.

Die Antike brachte Matriarchatsmythen hervor, den Mythos von den kriegerischen Amazonen, der Gattenmörderin Klytaimnestra. Sie wurden vermittelt in Form von Heldengedichten, dramatischen Aufführungen im Theater und historischen Erzählungen. Bachofen interpretierte sie als Zeugnisse einer vergangenen matriarchalen Epoche, einer Zeit ohne monogame *Ehe*, in der die Frauen herrschten. Wenn die Griechen jedoch im 5. Jahrhundert v. Chr. die Vaterschaft über die Mutterschaft stellten, war nach Bachofen damit der Sieg des Vaterrechts über das Mutterrecht vollzogen. Wesel differenziert diese Interpretation. Die Griechen entwarfen Geschichten von der blutrünstigen Herrschaft der Frauen, um die Unterdrückung ihrer eigenen Frauen zu legitimieren.

Dennoch soll es matrilineare und matrilokale Strukturen gegeben haben. Jedoch nicht bei den Griechen, sondern bei anderen Mittelmeervölkern, den Lykiern, den Ägyptern und Kretern. So beschrieben es zum Teil die antiken Historiker selbst. Inschriftenfunde aus Lykien haben ein matrilineares Benennungssystem für dieses kleinasiatische Land bestätigt. Verträge über Eigentumsübertragungen zwischen Ehepartnern aus Ägypten lassen eine rechtliche Gleichstellung der Ägypterin gegenüber ihrem Mann vermuten. Für eine Matrilinearität bei den Kretern gibt es keine eindeutigen Belege. Wesel begründet sie aus der ethnischen Verwandtschaft von Kretern und Lykiern. Sollten etwa matrilineare Strukturen die Sache eines Volkscharakters sein? Das Argument weckt gefährliche Assoziationen an vergangene Schlagworte von gemeinsamer Rasse und Volkstum, die sich in manche althistorische Studie zum antiken Matriarchat eingeschlichen hat, die Wesel benutzte, und die matriachale und patriarchale Sitten an ethnische Gruppierungen banden. So kann es nicht gemeint sein. Aber der alte Ballast schleppt sich mit.

Das Matriarchat als Eigenart nicht-griechischer Völker, so sah es schon Bachofen. Die Griechen dagegen, angeblich aus dem Norden in den Mittelmeerraum zugewandert, waren patriarchalisch. Das paßte in den Gegensatz von Morgenland und Abendland, der seit den Kreuzzügen in Europa eine ideologische Kraft besaß. Die Europäer, die Erben der Antike, so bestätigte Bachofen, waren schon immer Patriarchen. — Wesel distanziert sich von den ideologischen Implikationen einer solchen Theorie, aber er beläßt es bei dem Gegensatz, anstatt seine Entdeckung bei den Irokesen, deren Matrilinearität aus der Arbeitsorganisation zu erklären, auf die Antike zu übertragen, womit die ethnischen Begründungen ausgeschlossen wären.

Inkonsequenzen dieser Art finden sich auch in der Erklärung der nach Wesel relativ »milden« Unterdrückung von Frauen in Jägergesellschaften. Jägergesellschaften leben in Horden zusammen, die aus mehreren Familien bestehen. In der Familie, so die Position Wesels, dominiert der Mann. Der Grund? Es ist die Mutterschaft, die die Frauen für die Jagd unbeweglicher macht. Es kommt zur Arbeitsteilung, der Mann jagt, die Frau sammelt. Das Prestige, so sagt Wesel, gehört wegen des begehrten Wildbrets dem Jäger, nicht der Sammlerin. Obwohl: Jägergesellschaften sind, so haben amerikanische Anthropologinnen herausgefunden, in der Regel Sammlergesellschaften, d.h. die pflanzliche Nahrung bildet das Hauptgewicht in der Ernährung. Nur in ökologisch extremen Situationen verlagert sich das Schwergewicht hin zu Jagd (z.B. Eskimos).

Wenn dies so ist, wie Wesel schreibt, warum sollte dann die kontinuierliche Leistung der Frauen zur täglichen Ernährung weniger Prestige einbringen als die Jagd der Männer? Wesel erwähnt auch ältere Frauen mit Ansehen. »Aber das Wort der Männer hat letztlich das größere Gewicht« (S.84), schränkt er ein. Vor allem aber dort, wo die Männer bei der Jagd zusammenarbeiten. Ihre Kooperation, so erklärt Wesel, bestimmt die patrilokale Residenz der Familie. Jedoch sind nicht alle Järgergesellschaften patrilokal. Es gibt auch Matrilocalität bei Jägern. Wesel erklärt sie nicht, obwohl es einfach wäre. Es muß aber auch Kooperationsbeziehungen zwischen Frauen gegeben haben. Der Mann »dominiert« nicht immer.

Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau fordert Wesel am Ende seines Buches. Die Struktur der Kleinfamilie behindert auch heute die Frau. Der Mann arbeitet, die Frau sorgt für die Kinder. Ist es also doch immer die Natur der Frau, ihre Mutterschaft, der diese die Rolle des »zweiten Geschlechts« zuschreibt? Gemindert wurde ihre Benachteiligung in der Vergangenheit nur durch die zeitweilige kollektive Organisation der Arbeit durch die Frauen selbst, sagt Wesel.

Die Frau als Natur — weil die Arbeitsorganisation in den westlichen Industriegesellschaften nur ein Ziel hat, die Produktion für den Markt, den dort zu erzielenden Profit. Produktion und Reproduktion sind getrennte Bereiche. Als störend empfunden, aber existentiell nicht auslöschar, wird dieser Teil des menschlichen Daseins, die Mutterschaft, nicht als Kultur gedacht, er wird zur Natur.

Wesel distanziert sich von der in der Ethnologie häufig geübten Identifikation der Frau mit der Natur. Aber da er sein bei den Irokesen entdecktes Kriterium, den Status der Frau an der Arbeitsorganisation zu messen, nicht durchhält, kommt es zu Widersprüchen. Wer sein Buch liest, sollte also nicht damit rechnen, ein widerspruchsfreies, glattes Bild von der Geschichte des Matriarchats und der Rolle der Frau von den Anfängen bis zur Gegenwart zu finden. Aber man findet mehr Informationen und sachliche Aufklärung darin, als in jedem anderen Buch, das in den letzten Jahrzehnten zum Thema Matriarchat geschrieben worden ist. Und es liest sich leicht und angenehm.

Beate Wagner (Berlin/West)

Autorenverzeichnis

Beckenbach, Frank, geb. 1950; Dipl.-Volkswirt, wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Politische Wissenschaften der FU Berlin, Arbeitsgebiete: Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, Mitglied der ÖTV.

Beling, Günter, geb. 1957; Studium der Politischen Wissenschaften an der Universität Hamburg, Mitglied der SPD und des Landesvorstandes der Hamburger Jungsozialisten, Mitglied der ÖTV, SJD-Die Falken und der AWO.

Bettstein, Ilse, geb. 1948; Angestellte, Redakteurin der Zeitschrift »Blickpunkt«, Mitglied der SPÖ seit 1972, Mitglied der SPD und der IG Druck und Papier. Mitglied und Sekretärin der spw-Redaktion

Eitel, Ludwig, grad. Betriebswirt, Student der Rechtswissenschaften an der FU Berlin. Mitglied in ÖTV und SPD.

Günther, Joachim, geb. 1951; Studienreferendar, Redakteur der Zeitschrift »Interpol«, Mitglied der SPD seit 1969, 1978-1980 stellv. Landesvorsitzender der Berliner Jusos, Mitglied der GEW.

Häupl, Michael, geb. 1949; Dr. phil., Biologe, stellv. Landesvorsitzender der Jungen Generation in der SPÖ Wien, Bundesvorstandsmitglied der Jungen Generation; Veröffentlichungen zu den Themen Austromarxismus, marxistische Philosophie und zur Ökologiefrage.

Hawreliuk, Heinz, geb. 1947; Sekretär beim Hauptvorstand der IG Metall, bis 1979 Bundesjugendsekretär des DGB, seit 1972 Mitglied der Kommission für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beim Bundesvorstand der Jungsozialisten, Mitglied der SPD.

Kepplinger, Hermann, geb. 1951; Nationalökonom, Angestellter am Ludwig Boltzmann-Institut für Wachstumsforschung in Wien.

Nohara, Erik, geb. 1928; Dipl. Pol., freier Journalist, 1956-1960 Studentensekretär der IUSY, 1960-62 Vorsitzender des Berliner SDS, SPD-Ausschluß wegen SDS-Tätigkeit, Mitglied des BdWi (im Vorstand 1978/79), Mitglied der ÖTV, Redakteur des »Blickpunkt« und der »Schlaglichter«.

Rix-Mackenthun, Christiane, geb. 1953; Dipl. Pol., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, Fachbereich Politische Wissenschaften der FU Berlin, Mitglied der GEW, der SPD seit 1972, Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten von 1976-1978, Mitglied und Sekretärin der spw-Redaktion.

Wagner, Beate, geb. 1950; wissenschaftliche Assistentin für Alte Geschichte an der TU Berlin, Mitglied der SPD seit 1969, Mitglied der GEW.

Bestellungen über:
spw-Vertrieb, Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: 030/834 21 11



HERFORDER THESEN

Zur Arbeit von Marxisten
in der SPD.

Wesentlich überarbeitete,
erweiterte Ausgabe
herausgegeben vom Bezirksvorstand
der Jungsozialisten
in der SPD Ostwestfalen-Lippe.

SONDERHEFT 2